



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Der neue Vorstand des Bayerischen Städtetags (v. l.): 1. stellvertretender Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Stadt Fürth; Oberbürgermeister Markus Pannermayr (Vorsitzender), Straubing und 2. stellvertretender Vorsitzender Erster Bürgermeister Markus Loth, Stadt Weilheim.

Bayerischer Städtetag in Regensburg:

Kommunen brauchen sichere Finanzen

OB Pannermayr zum neuen Verbandsvorsitzenden gewählt
Markus Pannermayr ist neuer Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Bei der Vollversammlung des Kommunalverbandes in Regensburg wurde der Straubinger Oberbürgermeister zum Nachfolger von Altoberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg, gewählt. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden bestimmten die Delegierten erneut den Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, zweiter stellvertretender Vorsitzender ist nunmehr Erster Bürgermeister Markus Loth aus Weilheim i. OB. Er tritt die Nachfolge des ehemaligen Rathauschefs von Dingolfing, Josef Pellkofer, an.

Aufgrund der Einhaltung der Regeln in Folge der Corona-Pandemie wurde die diesjährige Tagung möglichst kurzgehalten. In



Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer.

seiner Abschiedsrede bezeichnete der scheidende Städtetagschef Kurt Gribl die Corona-Pandemie als eine der herausfordernden Phasen der wechselreichen Geschichte des Städ-

tetags seit 1896. Corona hinterlasse Spuren im gesamten gesellschaftlichen Dasein und im kommunalen Handeln. Besonders jetzt sei es wichtig, als Gesellschaft zusammenzustehen.

Finanziell gute Jahre

Mit Blick auf seine dreijährige Amtszeit sprach Gribl von „finanziell alles in allem konjunkturbedingt guten Jahren“. Der kommunale Anteil am Steuerertrag sei angewachsen. Die Schlüsselzuweisungen seien in drei Jahren mehr als zwanzig Prozent gestiegen. Die größte Errungenschaft stelle die Absenkung der erhöhten Gewerbesteuerumlage dar, die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ausgehandelt werden konnte. Hingegen bleibe die Mittelausstattung im Bereich der übertragenen Aufgaben weiterhin eine Baustelle.

Große Herausforderungen für die Städte

Bei den Themen Klimaschutz und Mobilität blickte der scheidende Vorsitzende auf bewegte Jahre zurück. Stickoxide, Dieselskandal und Diskussionen über Fahrverbote stellten die Städte vor große Herausforderungen. Gribl erinnerte an den Kampf der Städte gegen die weitere Lockerung des Anbindegebots, die Verinnerlichung des Grundsatzes des Vorrangs der Innenentwicklung oder an die Verantwortung der Kommunen für Luftreinhaltepläne. Anstelle einer Obergrenze müssten die Kommunen Instrumente der Baulandmobilisierung bekommen, Verfahren schneller werdend (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die **Bayerische GemeindeZeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Ausgleich bei Gewerbesteuer:

Freistaat als verlässlicher Partner der Kommunen

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte erhalten vom Freistaat Bayern 2,4 Milliarden Euro als Ausgleich für aufgrund der Corona-Krise wegbrechende Gewerbesteuereinnahmen. Dies ist das Ergebnis eines Spitzengesprächs der kommunalen Spitzenverbände (KSV) mit Finanzminister Albert Füracker, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Josef Zellmeier, MdL, Kommunalminister Joachim Herrmann, und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Der Freistaat stellt aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie Landesmittel in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung, der Bund steuert eine weitere Milliarde bei.

Wie Minister Füracker feststellte, „ist und bleibt der Freistaat ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Die Handlungsfähigkeit unserer kommunalen Familie in Bayern ist mir ein großes Anliegen. Unser klares Signal bleibt weiterhin: Wir gehen gemeinsam mit unseren Kommunen durch diese schwere Krise.“ Im Gespräch mit den KSV sei es gelungen, bereits jetzt einvernehmlich die Kriterien für die Verteilung der Mittel festzulegen. Die Gelder zur Kompensation von Gewerbesteuermindereinnahmen werden noch im laufenden Jahr, voraussichtlich im Dezember, ausgezahlt.

Maßstab 2017

Maßstab für die Verteilung der rund 2,4 Milliarden Euro ist der Vergleich der Gewerbesteuereinnahmen der bayerischen Städte und Gemeinden im Zeitraum vom 1. Januar bis 20. November 2020 mit dem Durchschnitt der Gewerbesteuereinnahmen der Jahre 2017 bis 2019. Für die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle ist eine bundesgesetzliche Regelung notwendig, die sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindet. Für die Verteilung der Hilfgelder sind anschließend die

Länder zuständig. Um den Kommunen möglichst früh Planungssicherheit zu geben, sind bereits jetzt die Kriterien zur Auszahlung festgelegt worden.

Erhebliche Mindereinnahmen

Die Corona-Krise führt zum Teil zu erheblichen Mindereinnahmen bei Kur- und Fremdenverkehrsbeiträgen. Um Gemeinden, die dadurch in eine finanzielle Notlage geraten, unterstützen zu können, wird der Anwendungsbereich der Bedarfzuweisungen temporär für die-



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker übergibt Förderbescheide für den Oberpfalz Marketing e. V., den Bezirk Oberpfalz und den Landkreis Cham an Landrat und Bezirksstadtspräsident Franz Löffler (vgl. Seite 15).
Bild: stmfh.bayern

Deutscher Städte- und Gemeindebund zum Corona-Rettungsfonds:

Historischer Meilenstein für die EU

„Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist nach einem Verhandlungsmarathon mit einem Erfolg gestartet, der als Meilenstein in die Geschichte der Europäischen Union eingehen dürfte“, bewertete Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB, die Einigung der EU-Staaten auf das größte Haushalts- und Finanzpaket ihrer Geschichte. Es sei gelungen, Beschlüsse über einen Corona-Rettungsfonds und den europäischen Haushalt für die Zeit ab 2021 mit einem Gesamtvolumen von 1,8 Billionen Euro zu vereinbaren.

Viel Geld in der EU werde künftig auch in die Regionen und Kommunen und deren Infrastruktur fließen. Gegen die Corona-Krise mit all ihren Folgen nicht zuletzt durch eine Ankurbelung der Konjunktur durch eine Verstärkung der Investitionen auf der kommunalen und regionalen Ebene anzugehen, ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes nachhaltig zu begrüßen. „Zu sehen ist zwar, dass die Nettozahlungen Deutschlands in den EU-Haushalt steigen werden. Eine erfolgreiche Bewältigung der Corona-Krise, eine Stabilisierung der stark angeschlagenen Wirtschaft und dem folgend der öffentlichen Finanzen

wird aber nur in einem starken europäischen Verbund möglich sein, und dieser muss ausfinanziert werden. Daran hat gerade Deutschland und haben auch unsere Kommunen ein Interesse“, erklärte Landsberg.

Deutscher Beitragsrabatt

Zusätzliche Fördermittel im Wert von über 1,3 Milliarden Euro wird Deutschland für die ostdeutschen Regionen und für die Förderung des ländlichen Raums erhalten. Die Bundesregierung hat zudem einen deutschen Beitragsrabatt in der EU im Wert von über 3,6 Milliarden Euro jährlich ausverhandelt. Das Ergebnis kann sich aus

Haushalte auch hier unterstützt werden. Zudem verdoppelt er die ÖPNV-Bundesmittel für Bus und Schiene auf rund 760 Millionen Euro, davon gehen etwa 460 Millionen Euro an die Kommunen.

Wichtige Entlastung

Eine wichtige Entlastung für die Kommunen bringt auch die Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende. „Dies spart den Kommunen dauerhaft Unterkunftskosten – allein im Jahr 2020 rund 250 Millionen Euro“, betonte Füracker. Hinzu kommen weitere Bundesmittel aus dem Krankenhausstrukturfonds, von denen in erheblichem Umfang kommunale Krankenhäuser profitieren, sowie Maßnahmen bei Kindergärten, Kitas und Krippen und der Digitalisierung der Schulen.

„Sehr zufrieden“ mit dem Verhandlungsergebnis zeigte sich Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl: „Jetzt haben die Gemeinden die Sicherheit, dass die derzeit noch nicht endgültig absehbaren Einnahmefälle im Rahmen der Gewerbesteuer weitgehend kompensiert werden. Der Freistaat steht damit, zusammen mit dem Bund, an der Seite der bayerischen Kommunen. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet, dass die Gemeinden, Märkte und Städte auch in schwierigen Zeiten ihre Handlungsfähigkeit erhalten, eine gewisse Planungssicherheit garantiert wird und die Kommunen in die Lage versetzt werden, in vielen Fällen ihre Investitionstätigkeit aufrecht zu erhalten.“ DK



Vieles ist anders in Corona-Zeiten. Die Menschen suchen Veränderung und Abwechslung. Doch in dieser Feriensaison ist Abstand zu anderen Urlaubern und Ausflüglern das Wichtigste überhaupt, um den Urlaub oder die Freizeit sicher genießen zu können
Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | Seite |
|---|----------------|
| Digitalisierungsgipfel Schule | 2 |
| Ressortübergreifende Cyberabwehr Bayern | 2 |
| Jahresbericht 2019 der Hanns-Seidel-Stiftung | 3 |
| GZ-Kolumne Josef Mederer: Dunkle Wolken am Finanzhimmel der Bezirke | 3 |
| Lesenswerte Ferienlektüre: Gerd Müller – Umdenken | 3 |
| Füracker startet Online-Umfrage „HEIMAT.GEFÜHL“ | 4 |
| Tourismus in Bayern • Freizeitanlagen | 5 |
| Kommunale Bauthemen | 6 - 10 |
| Wasser • Abwasser | 11 - 12 |
| Aus den bayerischen Kommunen. | 13 - 16 |

Digitalisierungsgipfel Schule

Mit knapp 500 Mio. Euro will der Freistaat Bayern die Digitalisierung von Schule und Unterricht in den nächsten Jahren zusätzlich beschleunigen. Dies kündigte Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo nach einem „Digitalisierungsgipfel Schule“ in München mit Vertretern von Schülern, Lehrern und Kommunen an.

Geplant sind unter anderem eine zentrale Bayern-Cloud, eine Schul-Videoplattform, ein eigenes Schul-Rechenzentrum, zusätzliche digitale Leihgeräte für Schüler und Lehrer, neue IT-Systemadministratoren und neue Stellen für die Aus- und Fortbildung von Lehrern.

Ja zur Mitverantwortung

„Der Bayerische Städtetag begrüßt die Ergebnisse des Gipfels. Das sind wichtige Impulse für die Daueraufgabe der Digitalisierung an Schulen. Für Schulen und Kommunen ist es ein guter Tag, da sich der Freistaat erstmals zu seiner Mitverantwortung für die Systembetreuung der Digitalausstattung an Schulen bekennt“, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubing Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Bund und Freistaat wollen den Kommunen für die Systembetreuung 155,6 Millionen Euro bis einschließlich 2024 zur Verfügung stellen. Für die Jahre ab 2025 hat der Freistaat seine Absicht erklärt, die Hälfte der Kosten für die Systembetreuung zu übernehmen. Pannermayr: „Die Kommunen stehen, wie schon in der Vergangenheit, weiter zu ihrem dauerhaften Engagement.“

Die darüber hinaus vom Freistaat zugesagte dauerhafte und vollständige Übernahme der

Entwicklungs- und Betriebskosten für eine Bayern Cloud Schule eröffne die Chance, die örtliche Systemadministration spürbar zu unterstützen. Einen weiteren Impuls verspricht der Freistaat mit höheren Mitteln und mehr personellen Ressourcen zur Lehrerfortbildung für die Digitalisierung an Schulen.

Pannermayr zufolge haben die Erfahrungen mit digitalem Heim-Unterricht in den vergangenen Corona-Monaten gezeigt, wo Stärken und Schwachstellen liegen. Dies biete eine Chance zur Neujustierung. Denn es zeige sich ein Grundsatzproblem: Die digitale Ausstattung der Schulen sei kein herkömmlicher Sachaufwand, wie für Kreide, Tafel oder Schulbank, sondern Teil der Pädagogik. Das Schulfinanzierungsgesetz, das noch aus der Kreide-Zeit stammt, müsse an das digitale Zeitalter angepasst werden.

Der Freistaat sei nun bereit, mehr Verantwortung für das IT-Personal zur Systembetreuung zu übernehmen. Dies sei eine Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung der Schulen flächendeckend nach gleichen Standards in allen Regionen vorankomme. Pannermayr: „Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen, dass alle Kinder in allen Regionen gleiche Bildungschancen erhalten. Es geht nicht nur

um befristete Anschlagprogramme. Nötig sind nachhaltige Lösungen, die neben der Systembetreuung auch die begrenzte Lebensdauer von Geräten und Software berücksichtigen.“

Für die bayerischen Landkreise stellt der Digitalgipfel Schule einen Durchbruch in Sachen digitaler Bildungsinfrastruktur dar, erklärte Verbandspräsident Christian Bernreiter. „Das ist ein Grund zur Freude für die Schülerinnen und Schüler, die Kommunen als Sachaufwandsträger und auch für den Freistaat Bayern, der für eine bestmögliche Bildung verantwortlich ist.“

Gleiche Rahmenbedingungen

Nun sei der Weg frei für gleiche Rahmenbedingungen bei der digitalen Bildung in den Schulen der bayerischen Gemeinden und Städte, Landkreise und Bezirke, erläuterte Bernreiter. Die Kommunen seien nicht zuletzt aufgrund der Veränderungen der Schullandschaft durch die Corona-Pandemie in Vorleistung getreten und hätten nach jeweils eigenen Konzepten digitalen Unterricht ermöglicht. Künftig werde dieses Nebeneinander verschiedenster Lösungen durch eine einheitliche Plattform – die staatlich finanzierte BayernCloud – abgelöst. Ministerpräsident Söder habe die BayernCloud für die Schulen zur Chefsache und damit diesen

Durchbruch für die digitale Bildungsinfrastruktur möglich gemacht. „Wir rücken bei der Digitalisierung unserer Schulen jetzt von den Zuschauerrängen in die Poleposition“, hob der Landkreistagschef hervor.

Ausgleich für Wartung und Pflege

Auch bei der Systembetreuung vor Ort geht der Freistaat laut Bernreiter einen Schritt auf die Kommunen zu. Die Kosten dafür seien in den öffentlichen Schulen in den Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken schwindelerregend. So mache allein das Hosting in einer einzigen Schule (von insgesamt 17) im Landkreis Deggendorf bereits 110.000 Euro aus. Die bayerischen Landkreise hatten deswegen von Anfang an auf eine Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes, nach dem sie alleinige Träger für Sachaufwand sind, gedrängt.

In den nächsten vier Jahren erhalten sie für Wartung und Pflege insgesamt 155,6 Mio. Euro, also knapp 39 Mio. Euro pro Jahr. Nach diesen vier Jahren will der Freistaat die Hälfte der Systembetreuungskosten vor Ort dauerhaft übernehmen. „Die Unterstützung des Freistaates ist keine Eintagsfliege wie anfänglich befürchtet. Freistaat und Kommunen stellen sich gemeinsam den Herausforderungen, vor allem wenn jetzt ein Digitalisierungsschub in allen Schularten kommen wird“, urteilte Bernreiter. **DK**

Herrmann, Eisenreich, Gerlach und Füracker:

Ressortübergreifende Cyberabwehr Bayern

Erfolgreich im Kampf gegen Kriminelle im Netz

Urkundenfälschung, Verbreitung kinderpornographischer Inhalte, Warenbetrug: Mit dem rapiden Anstieg der Internetnutzung besonders in Zeiten des Corona-Lockdowns ist die Gefährdungslage durch Cyberangriffe noch einmal gestiegen. Behörden und Einrichtungen mit Sicherheitsaufgaben stehen unter permanenter Bewährungsprobe. Um im Kampf gegen Kriminelle und staatlich gesteuerte Angreifer im Netz bestehen zu können, haben Innenminister Joachim Herrmann, Justizminister Georg Eisenreich, Digitalministerin Judith Gerlach und Finanzminister Albert Füracker Anfang dieses Jahres die ressortübergreifende „Cyberabwehr Bayern“ ins Leben gerufen.

Die Teilnehmer aus den vier Ministerien und den Landesämtern für Verfassungsschutz und Sicherheit in der Informationstechnik tauschen Informationen über Cyberangriffe oder drohende Cybergefahren aus und stimmen Maßnahmen zur Cyberabwehr schnell und unbürokratisch ab. Seit Jahresbeginn haben sie sich in mehr als 35 Lage- und Sonderbesprechungen zu insgesamt 75 cyberrelevanten Sachverhalten ausgetauscht. Innenminister Herrmann: „Hierbei haben sie zahlreiche Schutzmaßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit in Bayern angestoßen.“

Wie Herrmann berichtete, hat besonders der Waren- und Waren-Kredit-Betrug im Phänomenbereich „Tatmittel Internet“ die Ermittler beschäftigt, zu rückzuführen auf den regelrechten „Hype“ des online-shoppings in Zeiten des Lockdowns. Auch beim Identitätsdiebstahl sowie beim Ausspähen von Daten und bei der Urkundenfälschung sind deutliche Anstiege festzustellen. Herrmann: „Die auf meine Initiative vom Anfang des Jahres neu eingerichtete Cyberabwehr Bayern hatte alle Hände voll zu tun und ihre erste Feuerprobe erfolgreich bestanden.“ Als Beispiel nannte der Innenminister den Angriff auf eine Klinik im europäischen Ausland, bei dem die Schadsoftware in elektronischen Patientenakten versteckt war. Herrmann: „Als schnelle Reaktion hierauf stimmten sich die Teilnehmer der Cyberabwehr untereinander

ab und starteten eine großflächige Sensibilisierungsmaßnahme für bayerische Kliniken und Krankenhäuser. Aufgrund der schnellen Abstimmungsprozesse und der behördlichen Warnhinweise wurde bislang kein erfolgreicher Angriff dieser Art auf Kliniken in Bayern bekannt.“

Bayerns Justizminister Georg Eisenreich betonte: „Die effektive Bekämpfung von Cybercrime ist ein zentrales Thema unserer Zeit. Die Bedrohung ist real, unsere Gesellschaft ist digital verwundbar. Es ist Aufgabe des Staates, für Sicherheit in unserer digitalen Welt zu sorgen. Dieser Aufgabe widmet sich die bayerische Justiz mit großer Entschlossenheit. Mit der Zentralstelle Cybercrime Bayern bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg bringen wir die Täter vor Gericht und zeigen: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. In Berlin setzen wir uns mit Nachdruck für ein modernes Cyberstrafrecht ein. Wir wollen, dass Datendelikte härter bestraft werden können. Unsere Daten sind wertvoll. Sie sind der begehrteste Rohstoff, das ‚Öl des 21. Jahrhunderts‘. Wer sich an den Daten der Bürgerinnen und Bürger vergreift, muss wie ein Dieb oder Hehler in der analogen Welt bestraft werden. Ebenso müssen Angriffe auf Krankenhäuser oder Energieversorger mit deutlich höheren Freiheitsstrafen bestraft werden können. Hier muss der Bundesgesetzgeber nachbessern.“

Bayerns Digitalministerin Ju-



Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode

- Kostenlose Teilnahme
- Dauer ca. 45 Minuten

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION



Termine:
Fr, 10.07.20, 11 Uhr
Do, 06.08.20, 16 Uhr

4. AKDB Kommunalforum:

» Digital 2020 – im Live-Stream

Das diesjährige AKDB Kommunalforum findet am 1. Oktober 2020 erstmals digital per Live-Stream im Internet statt. Es ist für registrierte Teilnehmer wie immer kostenlos. Das Format: **Keynote-Speaker, Referenten und Moderatoren diskutieren teils im Studio, teils werden sie online zugeschaltet.**

Alle Teilnehmer können Vorträge und Diskussionsrunden online mitverfolgen und sich per Chat-Funktion beteiligen. Die Corona-Pandemie hat sich dabei als Digitalisierungs-Beschleuniger erwiesen. Zahlreiche Partner-Unternehmen präsentieren ihre Lösungen in einem eigens eingerichteten virtuellen Ausstellerbereich über sogenannte Showrooms. Unter dem Motto Einsteigen – Durchstarten – Digitalisieren! steht im Fokus der Veranstaltung natürlich die Verwaltungsdigitalisierung in all ihren Facetten.

Wie wichtig Online-Services und digitale Erreichbarkeit der Verwaltung sind, hat die Corona-Pandemie insbesondere in der Lockdown Phase verdeutlicht. „Wir bieten allen Teilnehmern einen abwechslungsreichen Tag voller interaktiver Formate und spannender Premieren und freuen uns, wieder hochkarätige Referenten und Keynote-Speaker an Bord zu haben“, so Wolfram Weisse, Leiter Marketing und Unternehmenskommunikation bei der AKDB. Teilnehmer erhalten Einblicke in Best-Practice-Beispiele kommunaler Digitalisierungspioniere und erleben, welche Lösungen und Konzepte öffentliche Verwaltungen fit für die digitale Zukunft machen.

Neben einer Videogrüßbotschaft von Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach sprechen unter anderem die SPD Bundesvorsitzende Saskia Esken, BSI-Präsident Arne Schönbohm, Dr. Wolfgang Denkhaus vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales, der IT-Referent der Landeshauptstadt München Thomas Bönig, Wunsiedels Landrat Peter Berek, Prof. Hamers Schmid von der Hertie School of Governance, Prof. Katharina Zweig von der TU Kaiserslautern und viele mehr.

Auf dem Programm stehen ein umfangreicher Ausstellerbereich, Chat- und Frage-Sessions, Diskussions-Panels und Innovations-Showcases. Die AKDB präsentiert in ihrem virtuellem Ausstellungsbereich OZG-konforme Online-Dienste, KI- und Blockchain-Lösungen, vollautomatisierte Verwaltungsakte, ihre Leistungen in den Bereichen IT-Sicherheit und Outsourcing sowie Software-Lösungen für alle Fachbereiche.

Kostenlose Anmeldeöglichkeit und weitere Informationen zum Programm unter www.akdb.de/kommunalforum

dith Gerlach erklärte: „Angriffe im Internet können jeden treffen. Das Bayerische Digitalministerium hat deshalb im letzten Jahr die Initiative „Online – aber sicher!“ gestartet: Ein umfangreiches Paket aus 35 Maßnahmen, von denen inzwischen der Großteil bereits umgesetzt ist. Das reicht von bürgernahen Maßnahmen wie einem Passwort-Check und einer Hotline für Cyberdelikte bis zur Vernetzung von Unternehmen und Forschungsinstituten wie dem neuen Cyber-Sicherheitszentrum am Fraunhofer AISEC in Garching, um Bayern zu einem Hub für Cybersicherheit mit europaweiter Strahlkraft auszubauen. Nur wenn die Anwender Vertrauen in die Sicherheit ihrer Daten, in die Anwendungen und auch in unsere digitale Verwaltung haben, wird die digitale Transformation in Bayern gelingen.“

Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“

Finanzminister Albert Füracker hob hervor: „Unser Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik LSI schützt nicht nur das staatliche IT-Netz in Bayern, wir beraten auch Kommunen, kommunale Unternehmen und in Zusammenarbeit mit den BayernLabs auch Bürger in Fragen rund um IT-Sicherheit. Insbesondere die IT von Kommunen und deren Unternehmen, wie Krankenhäuser oder Wasserversorger, ist bestmöglich vor Cyberangriffen zu schützen. Mit dem Siegel „Kom-

munale IT-Sicherheit“ helfen wir den Kommunen bei der praktischen Umsetzung von IT-Sicherheit. Wir empfehlen allen Kommunen, sich dem Bayerischen Behördennetz anzuschließen und so vom IT-Schutzschirm des Freistaats zu profitieren. Das LSI analysiert täglich rund 260 Millionen Zugriffe aus dem geschützten Behördennetz ins Internet und gewährleistet so einen bestmöglichen Schutz der angeschlossenen IT-Arbeitsplätze.“

Heimatminister Albert Füracker:

Behördenverlagerung ist Erfolgsprojekt

„Die Behördenverlagerung ist ein Erfolgsprojekt der Politik des Heimatministeriums“, so Heimatminister Albert Füracker in Bad Neustadt a.d.Saale. Im Rahmen des Konzepts „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerung“ kommen 15 hochqualifizierte Arbeitsplätze in die Außenstelle des Landesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI). „Deren Eröffnung ist ein wichtiger Meilenstein zur Umsetzung der Stärkung des Behördenstandorts Bad Neustadt a.d.Saale“, so der Minister anlässlich der Eröffnung in Unterfranken. In der neuen Dependence werden äußerst wichtige Aufgaben des LSI zum Schutz der öffentlichen IT des Freistaats wahrgenommen.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Rita Böhm
85125 Kinding
am 18.8.

Bürgermeister Christian Glas
83125 Eggstätt
am 19.8.

Bürgermeister
Gottfried Mitterer
84556 Kastl
am 30.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Blum
97773 Aura i. Sinngrund
am 2.8.

Bürgermeister Bernhard Kerler
87730 Bad Gröbenbach
am 3.8.

Bürgermeister Josef Bauer
92331 Parsberg
am 3.9.

Bürgermeister Georg Weigl
83104 Tuntenhäuser
am 9.8.

Bürgermeister Lorenz Müller
86830 Schwabmünchen
am 26.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Bergler
92348 Berg
am 7.9.

Bürgermeister Anton Geier
85410 Haag a. d. Amper
am 11.8.

Bürgermeister Stefan Busch
95152 Selbitz
am 19.8.

Bürgermeister Lorenz Fuchs
84175 Schalkham
am 21.8.

Bürgermeister Andreas Meer
87736 Böhen
am 24.8.

Bürgermeisterin Wilma Hofer
87634 Günzach
am 27.8.

Bürgermeister Richard Strauß
91608 Geslau
am 27.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Claudia Schäfer-Rudolf
89250 Senden
am 2.8.

Bürgermeister
Thomas Schwarzenberger
82494 Krün
am 8.8.

Bürgermeister Martin Birner
92431 Neunburg vorm Wald
am 21.8.

Bürgermeister Stefan Förtsch
91349 Egloffstein
am 24.8.

Bürgermeisterin Nicole Schley
85570 Ottenhofen
am 30.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johannes Schmid
95519 Schlammersdorf
am 5.8.

Bürgermeister Markus Hofmann
93444 Bad Kötzing
am 5.9.

Bürgermeister Andreas Brigl
85135 Titting
am 8.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Öttl
83404 Ainring
am 1.9.

Bürgermeisterin Katja Müller
89415 Lauingen
am 27.8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Irene Biebl-Daiber
83233 Bernau a. Chiemsee
am 20.8.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Elisabeth Simmerlein
91361 Pinzing
am 10.8.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Jahresbericht 2019 der Hanns-Seidel-Stiftung:

Demokratie im Visier

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat im vergangenen Jahr einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema Demokratie in all seinen Facetten gelegt. Dazu gehört die Begleitung der Europawahl genauso wie die Unterstützung von Kandidatinnen und Kandidaten bei den Vorbereitungen für die Kommunalwahlen. Wie der Jahresbericht 2019 darlegt, nahm auch die Stärkung von jungen Demokratien weltweit, die Diskussion über eine freiheitliche Demokratie und deren Gefährdungen oder auch die Befähigung von jungen Staatsbürgern zu einer aktiven Mitwirkung in und an unserer demokratischen Gesellschaftsordnung, z.B. auch im Rahmen der ideellen Förderung der HSS-Stipendiaten, eine zentrale Rolle ein.

Zudem stand das vergangene Jahr im Zeichen personeller Veränderungen an der Spitze des Hauses. Oliver Jörg folgte auf Dr. Peter Witterauf als Generalsekretär und Ursula Männle verzichtete zum Jahresende auf den Vorsitz, um mit dem Europaabgeordneten Markus Ferber zum Jahresende die Spitze des Hauses weiter zu verjüngen.

Im Kern sind Politikberatung und Politische Bildung Gegenstand der Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung im Inland. Mit interdisziplinären Fachtagungen oder Praxisseminaren für Jung und Alt werden Fachkreise und auch die breit interessierte Bevölkerung gleichermaßen angesprochen, wenn auch in unterschiedlichen Formaten. 1.749 Veranstaltungen wurden in München und Berlin durchgeführt, im Bildungszentrum Kloster Banz oder auch in verschiedenen Orten in der Region in ganz Bayern. Dabei wurden stets Themen aufgegriffen, die für den Bürger aktuell und nützlich sind oder eine gesellschaftspolitische Dimension haben.

Wesentliche Seminarinhalte für kommunale Entscheider

Für die Kommunalwahlen in Bayern im März 2020 zählte das Jahr 2019 zur heißen Vorbereitungsphase. Potenzielle Interessenten für die Kommunalwahl mussten teilweise noch vermittelt bekommen, was mit einem Amt als Gemeinde-, Stadt- oder Kreisrat bzw. Bürgermeister auf sie zukommt und entsprechend darauf vorbereitet werden. Der Blick in die Geschäftsordnung sowie hinter die kommunale Selbstverwaltung und die Stellung der Kommune im Staat waren wesentliche Seminarinhalte. Ein besonderer Schwerpunkt galt der Kandidatenschulung. Tagesveranstaltungen, die einerseits das Wissen vermitteln, das man für eine erfolgreiche Kandidatur benötigt und andererseits seinen Wahlkampf erfolgreich managt, fanden bayernweit in den Kommunen statt.

Vom Erfahrungsschatz der Kollegen profitieren

Ein Höhepunkt war laut Jahresbericht die Kommunalreihe für Bürgermeisterkandidaten sowie Kandidaten für das Amt des Gemeinde-, Stadt- oder Kreisrats. In Tagesseminaren wurde praxisnahes Wissen vermittelt. So lernten die Teilnehmer, wie man mit Handy und App einen eigenen Imagetrailer erstellt, wie man seine eigene Homepage gestaltet, was man bei der Erstellung von Plakaten und Broschüren beachten sollte oder wie man sich in einem Rede-Duell als Bürgermeister verhält.

Mit „Auf einen Kaffee mit...“ wurde 2019 ein Format entwickelt, das innerhalb eines kleinen Teilnehmerkreises die Möglichkeit bietet, vom Erfahrungsschatz eines erfahrenen Kommunalpolitikers zu profitieren. Zur Auftaktveranstaltung war mit Christine Borst die ehemalige Bürgermeisterin von Krailingen zur Hanns-Seidel-Stiftung gekommen. Als erste Frau setzte sie sich in ihrem Wahlkampf auf Anhieb gegen fünf Mitbewerber durch.

Die bayerischen Kommunen stehen heute immer wieder

vor großen Herausforderungen: Auf der einen Seite das Problem von Leerstand und unzureichender Infrastruktur in ländlichen Gegenden, auf der anderen Seite überlastete Straßen und Wohnungsknappheit in den Ballungsgebieten. Der demographische Wandel bietet dabei auch Chancen eines umfassenden Innovationsprozesses für die Gesellschaft. In Amberg, Ansbach und Schweinfurt diskutierten Vertreter aus der Kommunalpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft die verschiedenen Perspektiven und möglichen Lösungsansätze vor Ort.

Herausforderung Energieversorgung

Eine der Herausforderungen der Zukunft wird auch für Kommunen das Thema Energieversorgung sein. Wie lange kann man noch auf fossile Träger zurückgreifen, bis wann kann durch die Nutzung regenerativer Energien Klimaneutralität erreicht werden? 2019 befassten sich mehrere Seminare mit Aspekten dieser Fragestellung. So wurde bei einem Exkursionsseminar das energieoptimierte Krankenhaus in Lichtenfels besichtigt, bei der Bürgergenossenschaft Spardorf bei Erlangen ging es um PV-Anlagen auf dem Nahversorgungszentrum und die Projekte der Energiekommune Hallerndorf wurden vorgestellt. Ein weiteres Exkursionsseminar führte zur Umweltstation in Würzburg und zum Windstützpunkt Unterfranken im Landkreis Schweinfurt. Das Seminar zum „Grünen Band“, dem Naturschutzstreifen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze, stellte auch verschiedene Aufgaben der benachbarten Kommunen zum Erhalt dieses wertvollen Naturschutzgebietes vor.

Jubiläum in Berlin

Seit drei Jahrzehnten ist das Hauptstadtbüro der politische Brückenkopf der Stiftung in Berlin. Zur Feier des Jubiläums lud das Büro Berlin in die eigenen Räumlichkeiten ein, wo sonst politische Entscheidungsträger mit Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammengebracht, Delegationen empfangen und Stipendiaten durch Weiterbildungs- und Austauschformate gefördert werden. Weit über 100 Gäste folgten der Einladung zum Jubiläum in die Berliner Repräsentanz der Hanns-Seidel-Stiftung, wo ein Resümee über die Entwicklung des Hauptstadtbüros gezogen und seine Bedeutung in den Gesamtkontext der Stiftung eingeordnet wurde. **DK**

„6 Jahre Mietenstopp“:

BayVGH kippt Volksbegehren

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat die Klage auf Zulassung des Volksbegehrens „6 Jahre Mietenstopp“ abgewiesen. Mietrecht sei Sache des Bundes, lautete die Begründung. Damit schließt sich der Bayerische Verfassungsgerichtshof der Rechtsauffassung des Innenministeriums an: Nach Meinung von Ministerium und Gericht hat das Land diesbezüglich keine Gesetzgebungskompetenz. Mietrecht sei im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geregelt, also Bundesrecht.

Der Bundesgesetzgeber sei bereits mit Regelungen wie der Mietpreisbremse tätig geworden, begründet das Gericht. Von den bundesrechtlichen Ermächtigungen der Landesregierungen zum Erlass von Rechtsverordnungen zur abgesenkten Kapazitätsgrenze bei Mieterhöhungen und zur Mietpreisbremse bei Neuvermietungen habe die

Bayerische Staatsregierung Gebrauch gemacht.

Für eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sieht der Verfassungsgerichtshof keinen Anlass. Das Innenministerium hatte den Fall an das höchste bayerische Gericht zur Klärung weitergeleitet. Hinter der geplanten Volksabstimmung standen v. a. der Mieterverein

GZ

KOLUMNE
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,



Schulbegleitungen, die Familien beim Homeschooling unterstützen, heilpädagogische Fachkräfte, die Kinder zuhause statt in der Kita fördern, und Mitarbeitende von Werkstätten, die in der Altenpflege mit anpacken: In der Corona-Krise ist nichts mehr wie gewohnt. Von einem Tag auf den anderen mussten wir gemeinsam mit der sozialen Landschaft kreative Lösungen und Ideen entwickeln, umsetzen und leben. Auch im Bezirk Oberbayern hat uns die Krise mit voller Wucht getroffen.

Für mich war von Anfang an klar: Wir stehen den Einrichtungen und Diensten, die wir finanzieren, zur Seite. In einer Partnerschaft auf Augenhöhe dürfen wir nicht zulassen, dass diese in existenzielle Nöte geraten. Deshalb haben

Dunkle Wolken am Finanzhimmel der Bezirke

wir Regelungen getroffen, die sich jetzt in der Phase der Lockerung weiter bewähren. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir die Einrichtungen refinanzieren, damit sie abgesichert sind und nach der Krise wieder mit voller Kraft durchstarten können. Wir erhalten damit die erreichten hohen Qualitätsstandards in Oberbayern. Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen sind wichtige Pfeiler unseres Sozialstaates und Garant für unsere Demokratie.

Unsere Sorge gilt den Menschen mit Behinderungen und deren Familien. Sie waren massiv von den Einschränkungen durch das Coronavirus betroffen. Und sie brauchen weiterhin besondere Unterstützung. Selbst wenn die Infektionszahlen aktuell zurückgehen, bleibt trotz der Lockerungen vieles ungewohnt: Veränderte Tagesstruktur, Maskenpflicht oder Abstandhalten ist für Menschen mit Beeinträchtigungen ebenso herausfordernd wie für die Familien und die Beschäftigten in den Ein-

richtungen, die die Maßnahmen umsetzen müssen. Die eingangs erwähnten Beispiele zeigen, dass pragmatische und unbürokratische Wege oft eine gute Lösung sind. Wir müssen sie nur zulassen. Das war auch für uns beim Bezirk Oberbayern ein spannender und wichtiger Lernprozess.

So freut es mich zwar, dass wir zurzeit mit kleinen Schritten Richtung Normalität unterwegs sind. Das wäre eigentlich ein Grund zum Durchatmen. Trotzdem blicke ich nicht sorgenfrei in die Zukunft. Finanziell ziehen dunkle Wolken auf. Der Gemeinde-, Städte- und Landkreistag rechnen mit enormen Steuerausfällen in Höhe von mehreren Milliarden Euro. Dieser Einbruch der kommunalen Finanzkraft schlägt direkt auf die bayerischen Bezirke durch. Wir finanzieren uns maßgeblich über die Bezirksumlage, die sich an der Umlagekraft der Landkreise und kreisfreien Städte bemisst. Sinkt die Umlagekraft in Folge der Covid-19-Pandemie, spüren wir das über Jahre deutlich.

Hier setzt die Resolution „Kommunaler Rettungsschirm für alle kommunalen Ebenen“ an, die wir gerade einstimmig im Bezirkstag von Oberbayern verabschiedet haben. Über Fraktionsgrenzen hinweg fordern die Mitglieder des Bezirkstags, dass uns Bund und Freistaat am kommunalen Rettungsschirm beteiligen – und zwar direkt, bedarfsgerecht und angemessen. Des Weiteren fordern wir, die Bezirke endlich in den qualitativen Steuerverbund aufzunehmen. Das würde unsere eigenständige Finanzierung sichern und zugleich die kommunale Familie entlasten.

Als Bezirkstagspräsident von Oberbayern werde ich mich dafür einsetzen, dass diese Forderungen umgesetzt werden. Deshalb bringen wir unsere Resolution auch in den Bayerischen Bezirkstag ein, damit wir im Schulterschluss aller sieben Bezirke dafür eintreten. Denn gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass die finanzielle Eigenständigkeit der Bezirke wichtiger denn je ist.

Ihr Josef Mederer

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Bezirkspräsident von Oberbayern

Typ für lesenswerte Ferienlektüre:

Gerd Müller – Umdenken

Überlebensfragen der Menschheit

Wir wissen was zu tun ist, um dem Hunger, der mangelnden Gesundheitsversorgung und dem Klimawandel weltweit entgegenzutreten. Theoretisch. Aber Wissen allein genügt nicht, wir müssen die Augen öffnen und unsere Verantwortung erkennen.

Denn brennende Müllhalden, aus denen junge Menschen wertvolle Metalle klaben, und Krankenhäuser, die den Eindruck einer Slumhütte vermitteln: Das ist eine Realität, die wir in unserem Alltag meist nicht sehen – anders als Entwicklungsminister Gerd Müller. Er kennt diese Orte, kennt deren Geschichte und unsere Verantwortung dafür.

In „Umdenken. Überlebensfragen der Menschheit“ nimmt er uns mit auf seine Reisen fernab des europäischen Wohlstands, erzählt von bewegenden Begegnungen und erklärt, warum sich unsere Handlungen in Europa auf den Rest der Welt auswirken – im Positiven wie im Negativen. Müller macht klar: Wir müssen Europas Handlungsfähigkeit stärken und konsequent umdenken. Anstatt für billigen Kaffee die Kinderarbeit in Entwicklungsländern in Kauf zu nehmen und unseren Elektroschrott nach Afrika zu schiffen, müssen wir die Länder dieser Welt als Partner auf Augenhöhe sehen – in Klima, Handel und Wirtschaft.

Gerd Müller ruft zum beherzten Umdenken in einer globalisierten Welt auf, in der ein neuer Europa-Afrika-Pakt und ein neues globales Verantwortungsgefühl die Welt ein Stück friedli-

cher, gerechter und zukunfts-fähig für kommende Generationen gestalten könnte; mit einem Buch, das die Augen öffnet, ohne zu moralisieren, das aber an unsere Verantwortung in einer zusammengewachsenen Welt erinnert.

ISBN: 978-3-86774-649-6

„6 Jahre Mietenstopp“:

und die SPD. Sie wollten die Mieten in 162 bayerischen Kommunen für sechs Jahre einfrieren.

Gleichwohl zeigte sich Bayern-SPD-Vorsitzende Natascha Kohlen, Mitinitiatorin des Volksbegehrens, kämpferisch: Aus ihrer Sicht „sind wir weder juristisch noch politisch geschlagen. Jetzt machen wir das Thema zur harten Kampflinie bei der kommenden Bundestagswahl.“ Es sei bereits viel Zeit verloren gegangen und die Lage vieler Menschen in Miete habe sich gerade in der Corona-Krise nochmals drastisch verschärft, erklärte Kohlen. Es sei schade, „dass der Spruchkörper trotz deutlicher Uneinigkeit mit immerhin drei Sondervoten nicht zu unseren Gunsten entschieden hat“. Die juristischen Experten Professor Markus Artz und Professor Franz Mayer, die das Volksbegehren vor Gericht vertreten hatten, kündigten deshalb an, eine Verfassungsbeschwerde zu dem gefällten Urteil zu prüfen.

Eisenreich: Klare Rechtslage

Bayerns Justizminister Georg Eisenreich hatte bereits im Vorfeld der Kampagne erklärt, dass er ein solches Gesetz für verfassungswidrig halte. Jede andere Entscheidung wäre aus seiner Sicht eine echte Überraschung gewesen. Die Rechtslage sei klar: „Ein Landesgesetz, das die Mieten für Wohnungen auf dem freien Markt für sechs Jahre einfriert, ist verfassungswidrig. Das ist keine Frage des politischen Willens, sondern der Gesetzgebungskompetenz. Diese hat der Bund, nicht die Länder.“

„Die vor allem in Ballungsräumen hohen und steigenden Mieten sind eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen, dass sich Menschen

mit normalen Einkommen, Senioren und Familien das Leben in den Ballungsräumen weiter leisten können. Eine Begrenzung des Mietpreisanstiegs in Ballungsräumen ist daher auch für mich und die Bayerische Staatsregierung ein wichtiges Anliegen“, machte Eisenreich deutlich. Einfache Lösungen gebe es hier nicht. Notwendig sei ein Maßnahmenbündel von Kommunen, Land und Bund in verschiedenen Bereichen.

„Soweit unsere Kompetenzen im Mietrecht auf Landesebene reichen, haben wir gehandelt“, betonte der Minister. „Wir haben die Mietpreisbremse im Freistaat über den 31. Juli 2020 hinaus verlängert, um eine lückenlose Geltung der Mietpreisbremse in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt sicherzustellen. In einem zweiten Schritt werden wir die Mieterschutzverordnung auf aktualisierter Datengrundlage neu erlassen, um die neueren Entwicklungen der bayerischen Wohnungsmärkte zu berücksichtigen. Dazu lässt das Justizministerium von einem externen Institut ein neues Gutachten erstellen.“

Ahnung von Wuchermieten

Eisenreich zufolge „brauchen wir einen fairen Interessenausgleich zwischen Vermietern und Mietern. Wir begrüßen daher ausdrücklich die vom Bundesgesetzgeber beschlossene bessere Rückforderungsmöglichkeit für zu viel bezahlte Miete bei Verstößen gegen die Mietpreisbremse. Zudem setzen wir uns in Berlin für eine spürbare und effektive Ahnung von Wuchermieten ein. Die große Mehrheit der Vermieter handelt verantwortungsvoll. Schwarze Scha-

fe unter den Vermietern verdienen aber keinen Schutz. Die Hürden im Wirtschaftsstrafgesetz sind deshalb gesenkt und der Bußgeldrahmen erhöht werden. Dazu hat Bayern einen Gesetzentwurf vorgelegt, dem der Bundesrat mit klarer Mehrheit zugestimmt hat. Wenn eine Wohnung veräußert wird, halte ich es zudem für sinnvoll, dass die Miete für drei Jahre nicht erhöht werden darf.“

Zufrieden zeigte sich auch Innenminister Joachim Herrmann: Das Gericht habe die Rechtsauffassung seines Ministeriums bestätigt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens nicht gegeben seien.

„Die SPD hat den Bürgerinnen und Bürgern vorgegaukelt, dass man das Problem der Mietpreissteigerung durch einen Mietenstopp landesrechtlich lösen kann. Das ist nicht seriös. Es war von vornherein klar, dass das Volksbegehren nicht zulässig ist“, betonte CSU-Landtagsabgeordneter Josef Schmid. Nach seinen Worten will die CSU zur Lösung des Mietenproblems weiterhin auf den schnellen und vereinfachten Bau neuer Wohnungen setzen. „Ein Mietenstopp oder ein Mietpreisdeckel würden Investitionen hemmen und dafür sorgen, dass gerade kein dringend benötigter Wohnraum in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt geschaffen wird“, stellte Schmid fest.

Er würde sich freuen, wenn das Urteil in Bayern „der Rückkehr zur sachlichen Diskussion über den angespannten Wohnungsmarkt in einigen Ballungsgebieten in Deutschland beiträgt“, hob schließlich Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, hervor. **DK**

Kommunen brauchen sichere ...

(Fortsetzung von Seite 1)
den und die Wohnraumförderung verlässlich auf hohem Niveau ausgestattet sein.

Abschließend dankte Gribl seinen Weggefährten. Er wende sich nicht ab von den Kommunen, sondern wolle diese im Herzen behalten und „vermutlich sogar vermissen“.

Sichere Ankerpunkte für die Menschen

Sein Nachfolger Markus Pannermayr bezeichnete Bayerns Städte und Gemeinden gerade in Krisenzeiten als „sichere Ankerpunkte für die Menschen“. Sie seien die Basis des demokratischen Gemeinwesens, hier erführen die Bürger ihren Staat zuallererst. Die kommunale Daseinsvorsorge von der Wiege bis zur Bahre schaffe seit einem Jahrhundert Lebensvoraussetzungen für alle. Jeder Mensch bekomme Wasser in gleicher Qualität, jeder könne sich im Krankenhaus behandeln lassen. „Diese hohen Standards sind wir gewohnt und erscheinen uns selbstverständlich. Doch der Erfolg unseres Corona-Krisenmanagements im internationalen Vergleich zeigt, wie wertvoll kommunale Daseinsvorsorge ist“, betonte Pannermayr.

Trotz der angespannten Finanzsituation infolge der Pandemie müssten Kommunen weiter in der Lage bleiben, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen und in die Zukunft zu investieren. „Wenn Kommunen weiter investieren sollen, müssen sie sich das auch leisten können, indem Bund und Freistaat

dafür sorgen, dass finanzielle Spielräume erhalten bleiben.“

Mit ambitionierten Konjunkturpaketen wirkten Bund und Freistaat gegen die Krise, fuhr Pannermayr fort. Der Bund erhöhe die Übernahme der Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger um 25 auf 74 Prozent. Dies bringe eine dauerhafte Entlastung von bundesweit 4 Milliarden jährlich, für die bayerischen Städte und Landkreise kann dies laut erster Schätzung des bayerischen Finanzministeriums eine Entlastung von 250 Millionen Euro jährlich bedeuten. Aus Sicht des neuen Städtetagschefs „ist dies eine gute und pragmatische Lösung. Besonders für Städte mit höherer Arbeitslosigkeit, mit sozialen Brennpunkten und in strukturschwachen Regionen bringt dies eine dringend erforderliche nachhaltige Linderung.“

Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle

Ein wichtiger Aspekt ist die Zusage von Bund und Ländern, Ausfälle bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020 je zur Hälfte zu kompensieren. Unter Berücksichtigung der Effekte im bundesstaatlichen Finanzausgleich entfallen auf Bayern 1,05 Milliarden Euro Bundesmittel, die der Freistaat auf 2,4 Milliarden Euro erhöhen will. Dies könnte die in der Mai-Steuerschätzung prognostizierten Rückgänge der Gewerbesteuer von 2,5 Milliarden Euro fast auffangen. Pannermayr: „Die Kompensation der krisenbedingten Gewerbesteuer ausfälle ist eine stabile

Stütze für Städte und Gemeinden. Das ist ein konstruktiver Ansatz und verschafft den Kommunen zumindest für das Jahr 2020 eine Erleichterung.“

„Jetzt kommt es darauf an, dass der Freistaat die Kompensationsmittel des Bundes tatsächlich ergänzt“, erklärte Pannermayr, „und es muss einen Verteilungsmaßstab geben, der sich möglichst gemeindefähig an den tatsächlichen Steuerausfällen orientiert. Die versprochenen Mittel müssen schnell und unbürokratisch fließen. Auch die Bundesregierung will, dass sich die Verteilung der Bundes- und Landesmittel an den zu erwartenden Ausfällen der Gewerbesteuer orientiert.“

Für die Verhandlungen im Herbst zum kommunalen Finanzausgleich 2021 gelte es, vor allem die Verteilungsmasse für die Schlüsselzuweisungen zu stabilisieren. Der Freistaat müsse die Schlüsselmasse erhöhen, um die Finanzkraft der Kommunen sicherzustellen. Städte und Gemeinden gäben Bayern ein Gesicht, sie machten die Attraktivität und die Wirtschaftskraft Bayerns aus.

Globale Herausforderung

Klimaschutz bleibt auch in Corona-Zeiten eine globale Herausforderung. Ein elementares Handlungsfeld ist nach den Worten des ersten stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Dr. Thomas Jung der öffentliche Nahverkehr. Er sei das Rückgrat für Mobilität in Stadt und Land. Öffentlicher Nahverkehr helfe beim Klimaschutz. „Jeder Meter, den wir zu Fuß gehen oder mit dem Rad fahren, nutzt dem Klima. Jeder Kilometer, den wir nicht im Auto, sondern im Bus oder auf der Schiene zurücklegen, reduziert Schadstoffe. Klimaschutz erfordert, Verkehr zu vermeiden und Autoverkehr zu verlagern auf Fuß, Rad, Bus, Tram, S-Bahn, U-Bahn und Bahn.“

Die bisherigen Anstrengungen müssten konsequent fortentwickelt werden, um auf lange Sicht Schadstoffemissionen weiter zu reduzieren, fuhr Jung fort. Nötig sei in Corona-Zeiten ein ÖPNV-Rettungsschirm zur Kompensation von Erlösausfällen, da wegen der geringeren Auslastung des ÖPNV hohe Kosten aufgelaufen sind.

Je engermaschiger das Angebot im öffentlichen Nahverkehrsnetz ist, desto besser für das Klima. Der ökologische Vorteil des ÖPNV muss Jung zufolge weiter intensiviert werden mit dem Ausbau von Schienennetzen und Busspuren, grünen Wellen für Bus und Straßenbahn, effizienteren Fahrzeugflotten, Nutzung von Elektromobilität mit regenerativer Energie, mit Hybridtechnik und alternativen Antrieben.

In Innenstädten entsteht mehr Raum für Fußgänger. Radwege werden ausgebaut, da immer mehr Pendler das Fahrrad nutzen. Mit den Erfahrungen aus Corona-Zeiten experimentieren einzelne Großstädte mit Pop-Up-Radwegen. Jung: „Die Kommunen intensivieren diese Anstrengungen, um bewährte Ansätze für Fußgänger, Radler und Nahverkehr mit neuen Ideen weiter auszubauen.“

Die Zukunft liege in der effizienten digitalen Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsmittel mit attraktiver Umsteigemöglichkeiten. Dynamische digitale Leitsysteme geben an Haltestellen, in Bussen und Bahnen Informationen zum Umsteigen. Verständliche Tarife mit übergreifenden Tarifsystemen und elektronischen Tickets machen den Nahverkehr attraktiver. Umsteigemöglichkeiten, barrierefreie

Haltestellen, Park&Ride, Park&Bike verbessern die Mobilität; Rufbusse, Sammeltaxis und Sharing-Angebote ergänzen den öffentlichen Nahverkehr.

„Nur mit weiteren Investitionen und einer dauerhaften staatlichen Mitverantwortung an den ÖPNV-Betriebskosten lassen sich Verbesserungen erreichen“, bekräftigte Jung. Bund und Freistaat hätten Fahrt aufgenommen. Verkehrsverbünde müssten dauerhafte Förderimpulse bekommen, um sich stärker über Stadtgrenzen und Landkreisgrenzen hinweg zu vernetzen und digitale Technologie einzusetzen. Gute Anfänge seien gemacht. „Auf diesem Weg müssen Bund, Freistaat und Kommunen gemeinsam weitergehen. So stellt sich die Frage, ob der Freistaat ein 365-Euro-Ticket für Jugendliche oder ein 365-Euro-Ticket für Pendler in Verkehrsverbänden dauerhaft mitfinanziert.“

Auf bayerischer Ebene funktioniert Klimaschutz im Schulterschluss von Freistaat und Kommunen, hob Markus Loth, zweiter stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, hervor: „Die Klimaschutzoffensive des Freistaats ist ein solider Schritt und muss nun mit realistischen Zielen und finanziellen Mitteln in die Umsetzung kommen. Der Entwurf zum bayerischen Klimaschutzgesetz bietet eine Grundlage, auf der alle Beteiligten gemeinsam weiterarbeiten können.“

Querschnittsaufgabe Klimaschutz

Loth zufolge sind die Kommunen bereits seit langem im Klimaschutz unterwegs. Die kommunale Daseinsvorsorge öffne mit vielen Maßnahmen Potenziale zur Energieeinsparung, von Abfall und Abwasser bis zur Straßenbeleuchtung. Klima-

Bayern gemeinsam entdecken!

Füracker startet Online-Umfrage „HEIMAT.GEFÜHL“

„Unsere Heimat Bayern hat viel zu bieten: Beeindruckende Natur, herzliche Kultur und viele lebenswerte Städte und Gemeinden. Heimat ist aber nicht nur ein schöner Ort, sondern auch ein einzigartiges Gefühl. Viele von uns verbringen Ihren Urlaub heuer ‚dahoam‘. Lassen Sie uns Bayern gemeinsam entdecken: Ob echte Geheimtipps, ein besonderes Lebensgefühl oder bekannte Sehenswürdigkeiten – was verbindet Sie mit Heimat in Bayern?“ Mit diesen Worten ruft Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum Mitmachen bei der Online-Umfrage „HEIMAT.GEFÜHL“ auf.

Die Umfrage startete am 20. Juli 2020: Unter www.heimat.bayern/heimatgefuehl können bis zum 4. September die persönlichen Schätze (als Fotos mit kurzer Beschreibung) hochgeladen werden. Vom 7. bis 30. September 2020 können dann alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns über ihre Favoriten abstimmen. Mitmachen mit bis zu zehn „HEIMAT.GEFÜHL“-Vorschlägen oder Abstimmen kann jeder ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Bayern. Es werden für jeden Regierungsbezirk „Heimat-Gefühle“ jeweils in den Kategorien „Naturschönheiten & Umwelt“, „Kultur & Architektur“ und „Lebensgefühl & Zusammenhalt“ gesucht.

Unter allen Teilnehmern werden Jahreskarten als Familien- bzw. Partnerkarte für die Sehenswürdigkeiten der Bayerischen Schlösserverwaltung verlost. Für das Abstimmen gibt es den Fotokalender „Dein Bayern.Deine Heimat 2021“ zu gewinnen. Weitere Informationen zur Umfrage im Internet unter www.heimat.bayern/heimatgefuehl. □

schutz brauche langfristige Planung und bleibe auch in Zeiten der Corona-Krise eine Querschnittsaufgabe in allen Bereichen staatlicher und kommunaler Politik. Konzepte zum Klimaschutz umfassten neben kommunalen Liegenschaften auch private Haushalte, Handel, Gewerbe, Dienstleistungen und Industrie. Jeder Mensch könne mit seiner Lebensführung einen Beitrag leisten.

Als praktische Ansätze in Städten und Gemeinden nannte Loth die klimafreundliche Siedlungsentwicklung mit Grünzügen und Bäumen, die energetische Sanierung von Gebäuden, die Steigerung der Energieeffizienz, eine klimafreundliche Energieversorgung und CO₂-arme Energiegewinnung, eine energiesparende Gebäudeklimatisierung und die abgasarme Mobilität.

Wie Loth erläuterte, „können bei Stadtentwicklung und Bauleitplanung wirkungsvolle Hebel zum Klimaschutz ansetzen. Das Leitmotiv für eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung lautet: Innenentwicklung vor Außenentwicklung.“ Die vorhandenen Siedlungsstrukturen böten die Möglichkeit, eine kompakte Stadt weiter zu entwickeln, indem Baulücken und Brachflächen genutzt werden. Dies steigere die Energieeffizienz und spare viele Kilometer zusätzlicher Infrastruktur mit Straßen, Kanälen oder Leitungen für neue Baugebiete auf der grünen Wiese. **DK**

Historischer Meilenstein ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Zusammenhalt, Resilienz und Werte, Nachhaltigkeit, Migration und Grenzmanagement. „Für Themen wie zum Beispiel die Migrationspolitik hätten wir uns gewiss einen größeren Budgetansatz gewünscht. Aber der EU-Haushalt muss finanzierbar bleiben. Ob die EU genügend in die zentralen Zukunftsthemen investieren wird, wird allerdings erst die praktische Haushaltsausführung zeigen. Darauf werden wir aus kommunaler Sicht unser Augenmerk richten“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Mehr Tests in tatsächlichen Hotspots

Mit Blick auf die lokale Bekämpfung des Corona-Virus hat Gerd Landsberg dazu aufgerufen, sich bei lokalen Ausbrüchen stärker auf die tatsächlichen Hotspots zu konzentrieren und mehr Testungen durchzuführen: „Die Pandemie hält an und trotzdem kehren wir langsam zu einer Form von Normalität zurück. Das ist gut und richtig, denn dauerhaft können wir das soziale und wirtschaftliche Leben nicht stilllegen. Mehr Normalität heißt aber auch, das Risiko lokaler Ausbrüche wieder zu erhöhen. Um großflächige Lockdowns zu verhindern, müssen wir schneller und besser darin werden, die Infektionsketten zu erkennen und zu stoppen. Wir müssen mehr und schneller testen und natürlich auch zeitlich und räumlich begrenzt weiterhin Quarantänemaßnahmen in Erwägung ziehen. Ausgangssperren für ganze Kreise sind jedoch aktuell weder erforderlich noch begründet.“

Landsberg zufolge mahnen die Gerichte, Entscheidungen zu treffen, die verhältnismäßig sind. Da sich der Virus nicht an den

Kreisgrenzen orientiere, „sollten auch wir bei der Bekämpfung uns an den Hotspots der Infektion konzentrieren und nicht an geografischen Einheiten. Wir begrüßen, dass der Bund mittlerweile von seinem Vorschlag von großflächigen Ausreisesperren in Kreisen abgerückt ist. Die Einigung von Bund und Ländern zukünftig schneller, kleinräumiger und präziser zu reagieren und nicht mit Kanonen auf Spatzen zu schießen ist richtig. Lokale Lockdowns in Gemeinden, Stadtteilen oder Wohnblöcken zur Bekämpfung von lokalen Ausbrüchen und Identifizierung von Hotspots und Kontaktpersonen sind der richtige Weg. Dafür muss auch die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden, jenseits von Stadt- oder Kreisgrenzen verbessert werden. Nur mit einer einheitlichen Linie lässt sich die Akzeptanz für solche Maßnahmen auch sicherstellen.“

Zielgenau und schnell reagieren

Ziel müsse es sein, dass nicht mehr das ganze gesellschaftliche Leben lahmgelegt, sondern zielgenau und schnell reagiert wird. Dies bedeute auch, dass Lockdowns nicht über Monate oder Wochen gezogen werden, sondern im Idealfall nur wenige Tage anhalten.

„Die Corona-Krise wird uns noch lange beschäftigen“, stellte Landsberg fest. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, immer wieder durch entsprechende Kommunikationskonzepte bei den Menschen für die Akzeptanz der Maßnahmen zu werben, denn: „Wenn die Mehrheit nicht mitmacht, sich zum Beispiel nicht an die Abstandsregeln und die Maskenpflicht hält, werden die Infektionszahlen wieder steigen.“ **DK**

Huml verstärkt Investitionen in Telemedizin

Forschungsschwerpunkt ist Versorgung in der Corona-Pandemie

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml verstärkt vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie die Investitionen in die Entwicklung telemedizinischer Anwendungen. Huml betonte anlässlich der Verlängerung der Förderung des Projekts „Medizin Digital zur Versorgung auf dem Land (MeDiLand)“ der Technischen Hochschule Deggendorf: „Das Projekt MeDiLand erprobt seit 2018 digitale Techniken, um die medizinische und pflegerische Versorgung auf dem Land zu verbessern. Angesichts der Corona-Pandemie bietet das Forschungsprojekt jetzt weitere enorme Vorteile: Die Videosprechstunde ermöglicht den direkten Kontakt zwischen Arzt und Patient unter Beachtung der aktuellen Abstands- und Hygienemaßnahmen. Wir investieren zusätzlich rund 60.000 Euro in dieses Forschungsvorhaben.“

Gerade ältere Patienten oder Patienten mit Vorerkrankungen ließen sich durch das Infektionsrisiko von einem Besuch in der Praxis abschrecken, so Huml. Dabei seien gerade sie auf eine enge hausärztliche Versorgung angewiesen. Mit Hilfe einer audiovisuellen Sprechstunde können diese Patienten weiterhin medizinisch betreut werden.“ Im Rahmen des Projekts MeDiLand zeige sich nunmehr, dass Ärzte, Pflegekräfte und Kliniken vermehrt auf digitale Lösungen wie etwa Videosprechstunden setzen. Die Erfahrungen sollen untersucht und für die Weiterentwicklung der Telemedizin genutzt werden.“

Das niederbayerische Projekt MeDiLand ist Teil der Reihe „Digitales Dorf Bayern“. Die Projektreihe umfasst digitale Initiativen von und mit Bürgern vor Ort. Ziel ist es, die Chancen der Digitalisierung im ländlichen Raum erlebbar zu machen und bestmöglich zu nutzen.

Herzstück von MeDiLand ist ein digitales Netzwerk, das zwei Arztpraxen, Versorgungsassistentinnen in der Hausarztpraxis, das Pflegewohnheim Rosenium in Spiegelau und das Klinikum Grafenau verbindet. Über das digitale Netzwerk können Ärzte und Pflegenden audiovisuell kommunizieren und Vitaldaten von

Patienten und Pflegeheimbewohnern in Echtzeit übertragen. Ziel der Verlängerung des Projekts ist es zu erfahren, welchen Beitrag die Telemedizin in Zeiten

einer Pandemie leisten kann.“

Darüber hinaus ist im Rahmen von MeDiLand ein weiteres digitales Beratungsangebot des Klinikums Zwiesel zum Thema Ausbruchs- und Hygienemanagement geplant, das Hausärzte und Pflegeeinrichtungen nutzen können. Das Forschungsprojekt soll außerdem untersuchen, wie sich im Zuge der Corona-Pandemie die Akzeptanz und Nutzung von Telemedizin durch Patienten und medizinische Fachkräfte verändert.

digitales-dorf.bayern/index.php/die-modelldoerfer/bayerischer-wald-2/mediland/ □

Sozialministerin Trautner und Gesundheitsministerin Huml:

Bayern will Kita-Besuch in Corona-Zeiten planbarer machen

Konzept für Corona-Symptome bei Kita-Kindern

Der Kita-Besuch von Kindern in Bayern soll trotz Corona-Schutzmaßnahmen möglichst planbar für die Eltern sein. Zudem brauchen Erzieherinnen und Erzieher weiterhin klare und praktikable Regelungen im Umgang mit erkrankten Kindern. Deshalb wird es zeitnah einen Leitfaden des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) für den Umgang mit möglichen Krankheits-Symptomen geben. Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs von Bayerns Familienministerin Carolina Trautner und Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml mit Ärztinnen und Ärzten.

Ministerin Huml betonte: „Wir wissen, wie häufig Kinder gerade im Winter an üblichen Erkältungskrankheiten leiden. Daher werden Experten nun Kriterien erarbeiten, in welchen Fällen Kinder trotzdem die Kita besuchen können. Das hilft sowohl den Eltern als auch den Kinderärzten und dem Kita-Personal.“

Ministerin Trautner hob hervor: „Derzeit befinden wir uns in den Kitas noch im eingeschränkten Regelbetrieb. Hier ist besondere Vorsicht nötig. Das dient dem Schutz der Beschäftigten und der Kinder. Wir müssen im-

mer im Blick haben: Wenn es zu einer Infektion mit dem Corona-Virus käme, müsste eventuell die ganze Einrichtung geschlossen werden und es müssten Kinder und die ganzen Familien sowie die Beschäftigten in Quarantäne gehen. Unser Ziel für den Regelbetrieb ab dem neuen Kindergartenjahr im September ist es, praktikable Regelungen für die Erkältungszeit zu finden. Wir müssen dabei den notwendigen Infektionsschutz gewährleisten, ohne die Kinder und Eltern mehr als notwendig zu belasten. □

Glauber zum Motto dieser Sommerferien:

„Urlaub daheim“

Besondere Verantwortung für Bayerns Natur

Sommerferienbeginn in Bayern – Für viele Urlauber sind wegen der Corona-Pandemie die bayerischen Regionen besonders attraktive Reiseziele. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat zum Ferienauftritt eine Wanderung im Naturpark Fränkische Schweiz – Frankenjura unternommen.

Glauber: „Urlaub daheim ist das klare Motto in Corona-Zeiten. Bayerns beliebte Urlaubsregionen werden in diesen Ferien Zuspätschub finden wie noch nie. Natururlaub in der Fränkischen Schweiz zum Beispiel bietet wunderbare Landschaft und ist pure Erholung. Urlaub daheim bedeutet aber auch eine ganz besondere Verantwortung und Wertschätzung für den Lebensraum Natur. Respektvolles und achtsames Verhalten in unserer Natur steht dabei im Mittelpunkt. Ich appelliere an alle Gäste, sorgsam mit unserer Natur und unserer Pflanzen- und Tierwelt umzugehen. Bitte nehmen Sie Rücksicht und achten

Sie auf sich, andere Menschen und die Umwelt.“ Auch müssen die Maskenpflicht, die geforderten Mindestabstände sowie die weiteren aktuellen Regelungen aufgrund der Corona-Pandemie eingehalten werden.

Attraktive Ziele im Freistaat

Bayern bietet zahlreiche vielfältige und wertvolle Natur- und Kulturlandschaften mit etwa 80.000 heimischen Tier-, Pflanzen- und Pilzarten. Für Touristen gibt es eine große Auswahl attraktiver Ziele – von den waldreichen Mittelgebirgen Nord- und Ostbayerns bis zu den Alpen im Süden. Freizeittipps für

die ganze Familie hat das Bayerische Umweltministerium unter www.natururlaub.bayern.de zusammengestellt. So lassen sich mit wenigen Klicks Radtouren entlang der schönsten Sehenswürdigkeiten Bayerns oder der Besuch eines Geo-Lehrpfads planen. Mit coronabedingter Verzögerung ist auch Deutschlands größte Natur- und Umweltbildungsaktion „Bayern-TourNatur“ im Juli an den Start gegangen und bietet allen Naturfreunden über die Sommerferien bis in den Herbst hinein noch jede Menge spannende Freizeitaktivitäten, um Natur und Landschaft hautnah zu erleben.

Um im Urlaub die heimische Natur zu genießen und gleichzeitig zu schonen, bedarf es der Mithilfe aller Besucher. Viele Tiere und Pflanzen sind hochspezialisiert auf einen bestimmten Lebensraum und reagieren sensibel. Bei Beachtung der wichtigsten Verhaltensregeln lässt sich Bayerns vielfältige Natur entdecken und zu-

gleich bewahren. Maßgeblich sind jeweils die näheren Bestimmungen vor Ort, die häufig auf Hinweistafeln oder Bekanntmachungen zu finden sind. In einigen Gebieten, beispielsweise in Nationalparks, Biosphärenreservaten und in vielen Naturparks gibt es Informationseinrichtungen für Besucher, und Ranger sind als Ansprechpartner vor Ort anzutreffen. Diese geben Auskunft zu besonderen Naturerlebnissen in der Region sowie Hinweise zu respektvollem Verhalten in der Natur.

Generell ist es beispielsweise wichtig, auf den markierten Wegen zu bleiben. Sperrungen sind zu beachten, auch um sich nicht möglicherweise selbst in Gefahr zu bringen. Tiere sollten nicht gefüttert werden. Zelten oder Grillen sollte man nur an den dafür vorgesehenen und entsprechend ausgewiesenen Plätzen, Abfälle jeglicher Art wieder mit nach Hause nehmen. Auf das Sammeln oder Mitnehmen von Pflanzen oder Tieren sollte verzichtet werden.

Infos: www.stmuv.bayern.de/service/freizeittipps/ratgeber/index.htm

Wanderwege als weicher Standortfaktor

Von Andreas Schettler*

Dass weiche Standortfaktoren für Kommunen zunehmende Bedeutung erhalten, ist das durchgehende Ergebnis aller empirischen Erhebungen der letzten Jahre. Die Freizeit-Infrastruktur spielt dabei eine wichtige Rolle. Aber wo ist am wirkungsvollsten anzusetzen? Und mit welchen Ausgaben muss man rechnen, und wie entwickeln sie sich zukünftig?

Mehrere Studien, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurden, geben gute Anhaltspunkte (Deutscher Wanderverband: Grundlagenuntersuchung Freizeit- und Urlaubsmarkt Wandern. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2010): weit über 50 Prozent aller Einwohner Deutschlands wandern regelmäßig oder gelegentlich, und der Trend steigt seit mehreren Jahren leicht, aber kontinuierlich. Interessant dabei: Gewandert wird vorrangig dort, wo hinreichend attraktive Wanderwege vorhanden sind, also nicht nur in Gegenden mit landschaftlichen Highlights. Mit Wanderwegen erreicht man daher eine wesentlich



breitere Zielgruppe als mit anderer Freizeit-Infrastruktur, also beispielsweise Touren-Radwegen.

Preisgünstig und sehr beliebt

Vergleichbare Projekte haben aufgrund der großen Zielgruppe fast immer eine hohe Akzeptanz vor allem bei der ansässigen Wohnbevölkerung gefunden: Wandern ist gesund und die wohl naturschonendste Freizeitbeschäftigung im Outdoor-Bereich. Gerade in Zeiten von Corona boomt es – nicht umsonst, stellt es denn eine der wenigen Freizeitbeschäftigungen dar, die fast vollkommen gefahrlos wahrgenommen werden können. Gute Wandermöglichkeiten verbessern die wirtschaftliche Basis für Dorfwirtschaften; außerdem bieten sie nahezu die einzige Möglichkeit, periphere Ortsteile überhaupt ins Bewusstsein von Menschen zu bringen. In gewisser Weise bilden sie Identifikationskeime, die zu einer Verwurzelung von Neubürgern führen können.

Gute Wanderinfrastruktur muss nicht teuer sein, weil bauliche Maßnahmen meist überflüssig sind. Ganz im Gegenteil: Wanderer bevorzugen naturbelassene Wanderwege, sie meiden geschotterte oder gar asphaltierte Trassen. Die nachhaltige Pflege ist mit vergleichsweise geringem Aufwand verbunden, vor allem, wenn man auf Wandervereine oder gut eingewiesenes Ehrenamtspersonal zurückgreifen kann.

Naheliegend und klimafreundlich

Netze von Wanderwegen können so gestaltet sein, dass sie den geänderten Arbeitsbedingungen der heutigen Zeit gerecht werden: Wir verfügen heutzutage über mehr Freizeit als je zuvor; gleichzeitig ist die Freizeit aber stärker zerklüftet, was mit kleineren Zeitscheiben einhergeht. Wo wohnortnahe Freizeitwege zur Verfügung stehen, die ohne PKW-Benutzung erreichbar sind, entspricht man daher nicht nur den Wünschen der ansässigen Bürger, sondern hilft auch dem Klimaschutz auf die Sprünge: Fahrten, die nicht stattfinden, sind allemal klimafreundlicher als jede andere Alternative.

*Unser Autor ist Vorstand für Wegearbeit im Fränkischen Albverein e.V.

Tagestourismus besser steuern

Aiwanger: „Wir optimieren die Besucherlenkung digital“

Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger hat in München den neuen Ausflugs-Ticker für ganz Bayern vorgestellt. Die Webseite www.ausflugs-ticker.bayern bietet neben Ausflugstipps und Veranstaltungshinweisen auch Live-Informationen zur Verkehrs- und Parkplatzsituation sowie zu Wartezeiten an beliebten Attraktionen, Bergbahnen und der Seenschiffahrt.

Aiwanger: „Erfreulicherweise beobachten wir, dass der Tourismus in Bayern wieder anläuft und die Übernachtungszahlen zunehmen. Wir haben in allen Tourismusregionen ausreichend Kapazitäten für Urlaubsgäste und für Tagesausflügler. Mit dem neuen Ausflugs-Ticker Bayern wollen wir die Besucherlenkung optimieren und den Gästen dabei helfen, neue Lieblingsplätze zu entdecken. Auf diese Weise werden auch jene Orte und Sehenswürdigkeiten entlastet, die an manchen Tagen vom Andrang überrollt werden.“

Ausflugs-Ticker Bayern

Von dem digitalen Service profitieren Kommunen und Gäste gleichermaßen. Die Gemeinden können die Besucherströme besser steuern und weniger bekannte Attraktionen bewerben. Gäste, aber auch Einheimische, können Bayern noch besser kennenlernen, Stau und Wartezeiten vermeiden. Aiwan-

ger betont: „Insbesondere Tagestouristen können sich dann vor der Abfahrt über die aktuelle Situation vor Ort und Alternativziele in der Nähe informieren. Das entlastet die Hotspots, lenkt die Besucher aber dennoch gezielt in die bayerischen Urlaubsregionen.“

Der Ausflugs-Ticker Bayern bündelt Informationen von Mitgliedern der vier bayerischen Tourismusverbände und basiert auf dem Ausflugs-Ticker Oberbayern. Klaus Stöttner, Präsident des Tourismus Oberbayern München (TOM) e.V. berichtet von seinen Erfahrungen: „Über 550.000 Zugriffe allein auf den Ausflugs-Ticker Oberbayern bestätigen, dass die Informationsplattform seit Veröffentlichung gut angenommen wird. Der Ausflugs-Ticker, der zunächst nur für die oberbayerischen Sommerferien vorgesehen war, hat Potenzial bayernweit, ganzjährig und langfristig bei der Lenkung von Besucherströmen zu unterstützen. Enttäuschte Erwartungen

und Konflikte können somit verhindert werden.“

Der für Münchens Tourismus zuständige Referent für Arbeit und Wirtschaft Clemens Baumgärtner: „Nach dem Ende des Lockdowns finden wieder mehr Gäste den Weg in unsere Stadt. Ein digitales Instrument wie der Ausflugs-Ticker ist sehr hilfreich dabei, unseren Gästen das Gefühl von Sicherheit wieder zu geben. Der Ausflugs-Ticker bietet dabei interessante Tipps jenseits der bekannten Pfade. Sicherer Urlaub ist in der Großstadt mit Abstand ein entspanntes Erlebnis. Die Münchner Hoteliers und Gastronomen tun alles dafür und freuen sich auf das Wiedersehen mit den Gästen in unserer Stadt.“

Arbeitsgruppe

Welche Wege bayerische Kommunen in der Besucherlenkung noch gehen können, lotet eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Wirtschaftsministeriums aus, an der neben den Geschäftsführern von Bayern Tourismus Marketing, den Tourismusverbänden und der DEHOGA Vertreter lokaler Tourismusdestinationen teilnehmen.

Achtung vor Wasserwalzen!

Der Deutsche Schwimmlehrerverband ruft zu erhöhter Achtsamkeit an Gewässern auf. „Achte auf andere, und natürlich auf dich selbst“, laute das Motto, so DSLV-Präsident Alexander Gallitz. „Auch diesen Sommer werden viele Menschen in Naturgewässern baden gehen, wegen der geschlossenen Grenzen und dem damit ausbleibenden Sommerurlaub vielleicht sogar mehr als je zuvor. Wir sollten uns daher unserer gefährdeten Sicherheit als auch der unserer Kinder bewusst sein. Jeder Einzelne muss im Sommer 2020 seinen Beitrag dazu leisten.“

In besonderer Weise warnen Fachleute vor gefährlichen Wasserwalzen; so auch Ivo Baselt, Laborleiter am Institut für Wasserwesen, Universität der Bundeswehr München. Was von außen oft unscheinbar und friedlich aussieht, kann unter der Oberfläche tückisch und turbulent sein. Wasserwalzen an Flussstufen oder nach Wehranlagen scheinen von außen wenig tückisch aber man will nicht selbst in den Strudel geraten.

Wir optimieren Ihre Freizeit- & Wander-Infrastruktur und machen sie fit für die Zukunft – für Ihre ansässigen Familien wie für Ihre Besucher!



- Konzeption und Planung
- Realisierungsbegleitung
- Nachhaltige Pflege
- Ausstattungselemente und Akzessorien
- Marketing
- Wanderleitsysteme
- Portaltafeln, Info-Elemente
- Wege-Management
- Erlebnis- und Erfahrungswege
- Wanderkarten, Flyer, give aways, Events



SIC

Schettler Consulting KG

Ebracher Weg 16 | 91056 Erlangen
Tel.: 09131 47320 | Fax: 09131 9405162
info@schettler-consulting.de
www.schettler-consulting.de

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm:

191 Millionen Euro für 406 Gemeinden

Der Freistaat unterstützt heuer insgesamt 406 Städte und Gemeinden mit 190,8 Mio. Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm. Wie Bauministerin Kerstin Schreyer anlässlich der Zuteilung der Fördergelder bekanntgab, kommen die Mittel insbesondere kleineren Städten und Gemeinden im ländlichen Raum zugute: „Wir helfen ihnen dabei, die Ortskerne zu erhalten und zu stärken, Gebäudeleerstände zu beseitigen und mit Leben zu füllen.“ Rund 84 Prozent der Mittel aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm fließen in den ländlichen Raum.

Oberbayern

In Oberbayern werden in diesem Jahr 83 Städte und Gemeinden mit rund 24 Mio. Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm unterstützt. Von dem Geldsegen profitiert in Oberbayern unter anderem der Markt Bruckmühl, der sich zur Innenentwicklung bekennt und für Sanierung und Umbau des ortsbildprägenden Gebäudes der ehemaligen Bahnhofsgaststätte Zuschüsse aus der Förderinitiative „Innen statt Außen“ erhält.

In der Gemeinde Fridolfing wird das neue kulturelle Zentrum an der Gemeindewiese mit Jugendräumen, Bücherei und Veranstaltungssaal unterstützt. Die Gemeinde Geltendorf will das ehemalige Schulgelände um die Paarthalle untersuchen und zu einem lebendigen Zentrum im Ortsteil Walleshausen umnutzen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren gibt es auch Sondermittel für die Militärkonversion. Diese kommen zum Beispiel der Stadt Erding zugute, die für die Entwicklung des freiwerdenden Militärsareals einen städtebaulichen Wettbewerb für die Entwicklung von Wohnbauflächen durchführen möchte.

Niederbayern

In Niederbayern werden 31 Städte und Gemeinden mit mehr als sechs Mio. Euro bedacht. Von dem Förderbonus profitiert zum Beispiel die Gemeinde Gangkofen, die sich zur

Öffentliche Räume stärken:

Neuer Baukulturbericht erschienen

Die Bundesstiftung Baukultur hat per Livestream den neuen Baukulturbericht 2020/21 „Öffentliche Räume“ vorgestellt. Der Bericht thematisiert Bedingungen und Herausforderungen für lebendige und vielfältige öffentliche Räume. Angesichts des klimatischen und des demografischen Wandels und angesichts neuer Mobilitätsformen geht es um die Frage, wie Plätze, Verkehrsflächen, Grünanlagen und andere frei zugängliche Orte zukunfts- und menschengerecht neu- oder umgestaltet werden können. Der Bericht liefert Ergebnisse aus Bevölkerungs-, Kommunal- und IHK-Umfragen und zeigt gute Beispiele aus der ganzen Republik. Außerdem bietet er Handlungsempfehlungen, die sich an Politik, Planende, Bauschaffende, Nutzende und Kommunen richten.

„Wir nehmen Baukultur überwiegend in öffentlichen Räumen oder von ihnen aus wahr“, erläutert Reiner Nagel, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur. „Parks, Plätze, Sportanlagen, aber auch Brücken, Straßen und Wege müssen als Gemeinschaftsgut eine höhere Wertschätzung und Priorität genießen.“ Besonders wichtig dabei sei, diese Räume ständig funktional und gestalterisch zu verbessern – „denn als Alltagsräume prägen sie uns und unser Zusammenleben“. In der Corona-Zeit zeige sich besonders, wie wichtig gut gestaltete Freiflächen als Lebensräume und frei zugängliche Ausweichorte vor der eigenen Haustür sind.

„Mit dem neuen Baukulturbericht hat die Stiftung ein oft unterschätztes Thema aufgegriffen, das maßgeblich zur Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden beiträgt“, sagt Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im

Innenentwicklung bekennt und mit der umfangreichen Neugestaltung der Bahnhofstraße im Ortszentrum die Barrierefreiheit für die Bewohner maßgeblich verbessert.

In der Gemeinde Hunderdorf wird ein leerstehender Supermarkt im Ortszentrum reaktiviert. Das Gebäude aus den 1980er Jahren kann nach der Sanierung und Umgestaltung als Bürgersaal und für Vereinsräume genutzt werden. Ein ehemaliges Gasthaus in Massing wird für die neue Nutzung als Haus der Vereine im Erdgeschoss umfassend saniert. Ergänzend wird im Obergeschoss die Schaffung von drei Wohnungen unterstützt.

Oberpfalz

Insgesamt 24 Mio. Euro werden 64 Städten und Gemeinden in der Oberpfalz gewährt. Von der Förderinitiative „Flächensiegelung“ profitiert beispielsweise die Stadt Waldsassen, die sich zur Innenentwicklung bekennt und einen großflächigen Bereich in zentraler Lage entsiegelt und nachhaltig als Erholungs- und Grünfläche anlegt.

Zwölf Gemeinden im Landkreis Tirschenreuth erhalten heuer außerdem Mittel aus der Sonderförderung der Förderinitiative Nordostbayern. Unter anderem werden in der Stadt Erbendorf in einem bisher leerstehenden Anwesen neue Ausstellungsräume für vielfältige Themen geschaffen. Der Markt Friedenfels plant den Umbau des denkmalgeschützten ehe-

maligen Lehrerwohnhauses für eine öffentliche Nutzung.

Sondermittel für die Wiederbelebung von Industrie- und Gewerbebrachen kommen unter anderem dem Markt Neualbenreuth zugute, wo auf einer Gewerbebrache durch Gebäudesanierungen und naturnahe Freianlagen öffentliche Räume für vielfältige Nutzungen entstehen.

Der Baukulturbericht 2020/21 ist der vierte offizielle Statusbericht zur Lage der Baukultur in Deutschland, den die Bundesstiftung der Bundesregierung vorlegt. Er wurde ebenfalls heute im Bundeskabinett behandelt und an den Bundestag und Bundesrat weitergeleitet.

Der Baukulturbericht entstand in einem vielschichtigen Arbeitsprozess unter Mitwirkung verschiedener Experten und Gremien. Beraten wurde die Stiftung von ihrem Beirat sowie Vertretern aus Kammern und Verbänden. Die öffentliche Diskussion des Themas „Öffentliche Räume“ fand bundesweit in drei Baukulturwerkstätten statt.

Der Baukulturbericht 2020/21 steht in thematischem Bezug zu seinen drei Vorgängerberichten: „Gebaute Lebensräume der Zukunft: Fokus Stadt“ (2014/15) befasst sich mit den baukulturellen Herausforderungen für die boomenden Städte und „Stadt und Land“ (2016/17) berücksichtigt die spezifischen Anforderungen ländlicher Räume. Mit dem Baukulturbericht „Erbe – Bestand – Zukunft“ (2018/19) rückt die Bundesstiftung den Umgang mit dem gebauten Bestand und Erbe als Ausgangspunkt einer integrierten, sozial verträglichen, gestalterisch wertvollen und ökologisch nachhaltigen Stadtentwicklung in den Mittelpunkt. □

Thema zur richtigen Zeit

Die Vorsitzende des Beirats der Bundesstiftung Andrea Gebhard, Landschaftsarchitektin und Stadtplanerin, misst dem Thema des Baukulturberichts ebenfalls eine besondere Bedeutung zu: „Die Stiftung hat mit der Fokussierung auf öffentliche Räume ein wichtiges Thema zur richtigen Zeit aufgeworfen. Wir können lebendige und attraktive Standorte nur aus dem Freiraum heraus entwickeln und nicht umgekehrt. Die Stiftung appelliert hier vollkommen zu Recht an die Verantwortung aller Planenden und Bauenden.“

Mittelfranken

47 Städte und Gemeinden in Mittelfranken erhalten rund 18 Mio. Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm. Von der Förderinitiative „Innen statt Außen“ profitiert beispielsweise die Stadt Dinkelsbühl, die sich zur Innenentwicklung bekennt und ein zentrales ortsbildprägendes Gebäude in einen generationenübergreifenden „Ort der Musik und der Begegnung“ umbaut. Die Stadt Hilpoltstein hat mit Hilfe der Förderinitiative das ehemalige Gasthaus „Zur Luft“ erworben und wird darin ein Jugendhaus einrichten.

Mit Hilfe der Förderinitiative „Flächensiegelung“ startet die Gemeinde Rohr (Landkreis Roth) ihren Auftakt in die Ortskernsanierung. Als erste Maßnahme ist die Entsiegelung des Dorfplatzes und die Öffnung des Platzes an das Flüschen Schwabach geplant. In der Gemeinde Sugenheim wird der letzte Bauabschnitt für die Neugestaltung der Randbereiche der Hauptstraße in Angriff genommen. Dabei wird weiterhin besonderes Gewicht auf die Barrierefreiheit gelegt.

Schwaben

Mehr als 17 Mio. Euro erhalten 48 Städte und Gemeinden in Schwaben. Von der Förderinitiative „Innen statt Außen“ profitiert beispielsweise der Markt Babenhausen mit zwei Projekten. Im ehemaligen Ökonomie-

gebäude des Fuggerareals werden mehrere Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht, die bisher noch über die Stadt verteilt sind. Der historische und mächtige Zehentstadel soll künftig als vielseitiger „Kultur-speicher“ der Marktgemeinde dienen. Die angrenzenden Freiflächen werden für eine öffentliche Nutzung und als barrierefreie Wegeverbindung sinnvoll mit einbezogen.

Die Gemeinde Buttenwiesen, die sich zur Innenentwicklung bekennt, erhält einen Zuschuss aus der Förderinitiative für die Sanierung des sogenannten Kaisersaals in einem Rathausflügel. Dieser wird barrierefrei erschlossen und soll als öffentlicher Veranstaltungsraum dienen und das gesellschaftliche und kulturelle Leben bereichern. In Scheidegg wird der historische Straßenzug „Alte Salzstraße“ neugestaltet, um zusammen mit funktionalen Verbesserungen die Aufenthaltsqualität zu steigern und vorhandene Geschäfte zu stärken.

Oberfranken

In Oberfranken werden 95 Städte und Gemeinden mit rund 84 Mio. Euro gefördert. Von dem Förderbonus profitiert zum Beispiel die Stadt Lichtenfels, die sich zur Innenentwicklung bekennt und mit dem Umbau des leerstehenden Gebäudes. Am Marktplatz 10 zur Stadtbücherei und als „Zentrum der Begegnung“ die Attraktivität und Belebung ihrer Ortsmitte wesentlich unterstützt.

Die Gemeinde Oberhaid kann mit Unterstützung der Förderinitiative „Flächensiegelung“ ihren Bereich zwischen Rathaus, Kindergarten und Kirche als Ortszentrum neugestalten. Mit der Entsiegelung des Platzes soll im Zusammenhang mit der Restaurierung der angrenzenden „Alten Mühle“ eine Begegnungsstätte mit Frei- und Aufenthaltsflächen geschaffen werden.

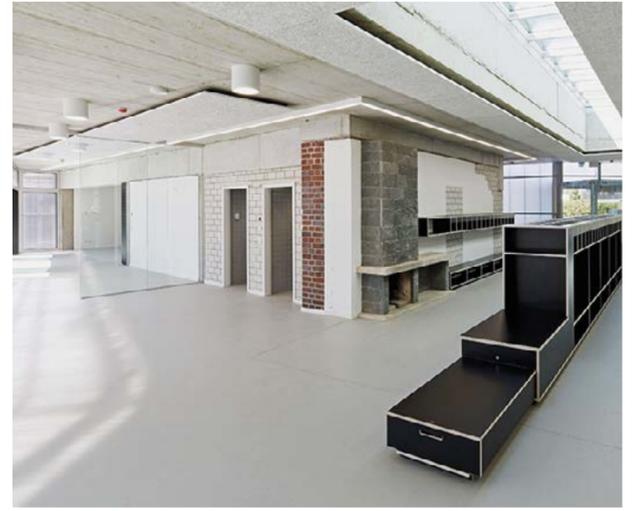
Insgesamt 49 oberfränkische Gemeinden profitieren heuer zudem von der Sonderförderung der Förderoffensive Nordostbayern. So werden in Marktredwitz auf dem ehemaligen Benkerareal Freianlagen für das künftige Quartier angelegt und das Denkmal „Turbinenhaus“ als Energiezentrale umgenutzt. Die Stadt Hof erhält Mittel für die Schaffung eines öffentlichen Freizeitparks mit dem Themenschwerpunkt „Sport für junge Leute“ auf dem Gelände des ehemaligen Eisteichs am Saaleufer.

Wie bereits in den vergangenen Jahren gibt es auch Sondermittel für die Militärkonversion und die Wiederbelebung von Industrie- und Gewerbebrachen. So wird beispielsweise die Konversion des ehemaligen Kasernensareals „Warner Barracks“ in Bamberg bei einem weiteren Finanzierungsabschnitt unterstützt.

Unterfranken

In Unterfranken werden schließlich 38 Städte und Gemeinden mit mehr als 17 Mio. Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm bedacht. Von der Förderinitiative „Innen statt Außen“ profitiert beispielsweise die Stadt Arnstein, die sich zur Innenentwicklung bekennt und einen Zuschuss für den Umbau des leerstehenden, ehemaligen Gasthauses „Schwarzer Adler“ im Ortsteil Büchold zum „Haus des Dialekts“ erhält. Ebenso wird die Gemeinde Niederlauer bei der Modernisierung und dem barrierefreien Ausbau des Gemeinschaftshauses im Ortsteil Oberebersbach im Rahmen der Förderinitiative unterstützt.

In Zeil am Main wird mit der Modernisierung eines stadtbildprägenden Gebäudes ein Gemeindezentrum mit Räumen für



„Nachhaltigkeit bei Bestandsbauten umsetzen“. Projekt: Kita Karoline Goldhofer, Memmingen, Schwaben; heilergeiger architekten und stadtplaner. Bild: Nicolas Felder

Ressourcen schützen:

Bauliche Strukturen und Materialien kreislaforientiert wiederverwenden

Ein Großteil der Emissionen, die beim Verbrauch von Energie und Ressourcen entstehen, und deutlich mehr als die Hälfte des gesamten Abfallaufkommens in Deutschland sind der Bauwirtschaft zuzuschreiben. Bereits seit längerer Zeit wird deshalb intensiv diskutiert, wie Herstellungs-, Bau- und Entsorgungsprozesse hin zu einer kreislaforientierten Materialnutzung verändert werden können. Auch die Europäische Kommission hat im Zuge des „Green Deals“ einen „Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft für ein sauberes und wettbewerbsfähiges Europa“ vorgelegt, der in den nächsten Jahren weiter ausgearbeitet und in den Ländern, Städten und Gemeinden umgesetzt werden soll.

Gerade Städte und Gemeinden stehen heute vor großen Herausforderungen, Strukturen zu schaffen, die Abfall- und Recyclingprozesse effizient und ressourcenschonend organisieren. Diese Prozesse sollten unbedingt nutzerfreundlich gestaltet und nachvollziehbar gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert werden. Denn nur so wird für Bauwillige ein Bewusstsein für nachhaltige Materialnutzung in technischen und biologischen Kreisläufen geschaffen. Steigert sich hierdurch die Nachfrage nach vorhandenen und recycelten Baumaterialien, wächst nicht nur die Wertschätzung dafür, sondern auch deren wirtschaftliche Nutzen und sie landen nicht mehr wie bisher im Abfall.

Kommunale Vorbildfunktion

Gleichzeitig bedarf es verschiedener weiterer Angebote, wie z.B. Materialkataloge, die für Bauherren und Planer recyclefähige Materialien für die Weiternutzung vor Ort sichtbar werden lassen. Nicht unterschätzt werden darf, dass Städte und Gemeinden auch beim nachhaltigen Bauen eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen, wenn sie kreislaugerechtes Bauen bei den eigenen Liegenschaften verantwortungsbewusst umsetzen und die Vorhaben auch hinsichtlich Ökobilanz und Lebenszyklus bewerten.

Der Mehrwert, der dadurch entsteht, zahlt sich auf vielfältige Weise und nicht nur in einer kurzfristigen Rendite aus. Es ist ein wertvoller Beitrag für Klimaschutz, für Baukultur, für die Gesellschaft und für eine lebenswerte Zukunft.

Für die eigene Gemeinde oder eigene Stadt passende und langfristige gültige Modelle für klima- und ressourcenschonendes

Mittagsbetreuung, Jugendtreff und Vereine geschaffen. Sondermittel für die Militärkonversion kommen heuer insbesondere der Stadt Schweinfurt für die Freiflächengestaltung der ehemaligen „Askren-Manors“ auf der Basis eines städtebaulichen Wettbewerbs zugute. **DK**

Bauen zu entwickeln, ist mit intensiver Arbeit verbunden, denn es sind viele Parameter und komplexe Strukturen zu beachten. Dazu gehören neben der Energie- und Ressourceneffizienz von Materialien ebenfalls verlässliche Wertschöpfungsketten und recyclingfähige Materialkreisläufe. Um diese zu stärken, bedarf es zusätzlich einer klaren Motivation, vorhandene bauliche Strukturen und Baustoffe wiederzuwenden. Nicht zu vergessen sind auch finanzielle Anreize, wie Förderungen oder Steuererleichterungen. Entstehen am Ende dauerhaft ökologische Gebäude mit rezyklierfähigen Bauteilen, kann langfristig ein Großteil der in den Bauteilen gebundenen „grauen Energie“ bewahrt werden.

Die Idee, Werkstoffe nach dem Gebrauch wieder zu nutzen, ist nicht neu. Alte Bauwerke – dazu zählt auch das Kolosseum in Rom – wurden und werden häufig als „Materiallager“ mit kurzen Anfahrtswegen genutzt. Heute spricht man bei einer örtlichen Wiederverwendung von Urban Mining, zirkulärer Wertschöpfung, Zero Waste oder Cradle to Cradle. Dies sind alles erfolgversprechende Systeme, deren flächendeckende Umsetzung aber noch auf sich warten lässt.

Unterstützung durch BEN

Städte und Gemeinden, die eine ressourcen- und klimaschonende Weiterverwendung und Abfallvermeidung voranbringen möchten, müssen sich intensiven Planungen stellen und dabei auch das Expertenwissen über Roh- und Baustoffe, deren Gewinnung, Verarbeitung, Instandhaltung und Wiederverwertung einbeziehen. Architekten, Landschaftsplaner, Innenarchitekten und Städteplaner können sich in diesen Prozess mit ihrer Qualifikation, Erfahrung und mit innovativen Ideen direkt einbringen.

Die Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit BEN der Bayerischen Architektenkammer unterstützt Städte und Gemeinden beim klima- und kreislaforientierten Bauen mit kostenlosen Erstberatungen. □

Bayerischer Gemeindetag:

Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung in Irsee

Bereits vor der Corona-Pandemie fand in Kloster Irsee die 4. Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung des Bayerischen Gemeindetags statt. Wie immer unterteilte sich die zweitägige Tagung in vier thematische Blöcke: „Privates Baurecht und Grundstücksvergabe“, „Bauen, Planen, Umwelt“, „Gute Beispiele“ und „Das richtige, bedarfsgerechte und nachhaltige Wohnen planen“. Diese spiegelten den Arbeitsalltag in den städtischen und gemeindlichen Bauämtern wider.

„Zum Umgang mit den Belangen Hochwasser und Starkregen in der Bauleitplanung“ lautete der Titel des Referats von Dr. Hadumar Roch vom Wasserwirtschaftsamt Rosenheim im Planungsrechtsblock. Darin zeigte er anhand zahlreicher positiv wie negativ bebildeter Beispiele auf, wie die Themen Hochwasser- und Starkregenschutz in kommunalen Bauleitplänen zielführend bewältigt werden können. Dabei wurde deutlich, dass die Sammlung an konkreten Festsetzungsmöglichkeiten, die den Städten und Gemeinden zur Verfügung stehen, beachtlich ist und mittlerweile zahlreiche Erfahrungswerte vorliegen, die in einem Leitfadens des Umweltministeriums zusammengefasst wurden.

Mit einem Beispiel, das sogar der Bund als preiswürdig ansah, begann der Themenblock der Praxisberichte. Es handelt sich dabei um die Neugestal-

tung der Altmühlpromenade in Gunzenhausen sowie dem dabei geschaffenen Hochwasserschutz, der durch einen außergewöhnlichen Bürgerbeteiligungsprozess begleitet wurde. Simone Teufel, Stadtbaumeisterin der Stadt Gunzenhausen erläuterte, wie ein workshopbasierter Bürgerbeteiligungsprozess, bei dem Anwohner ungewöhnlich stark in den Planungsprozess eines komplexen und streitanfälligen städtebaulichen Projekts eingebunden wurden, zur Befriedung und damit gelungenen Entwicklung zentraler Projekte beitragen kann.

Praxisbericht

Thomas Lehenherr, Umweltbeauftragter der Stadt Bad Saulgau und Jens Wehner, dortiger Stadtgärtnermeister, hatten ebenfalls ein preisgekröntes Beispiel im Gepäck, nämlich die Biodiversitätsstrategie der „Landes-

hauptstadt der Biodiversität“ aus Baden-Württemberg. Die beiden Experten veranschaulichten, welche konkreten Maßnahmen Bad Saulgau in den vergangenen rund 20 Jahren unternommen hat, um Naturvielfalt im ganzen Stadtgebiet herzustellen und die Tier- und Pflanzenwelt zu unterstützen.

Nachhaltiges Wohnen

Im letzten Themenblock, der der Planung nachhaltigen Wohnens gewidmet war, setzte sich Prof. Dr. Manfred Miosga, Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth und Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V., mit der Frage auseinander, welcher Wohnraum tatsächlich benötigt wird. Anhand von Zahlen, Daten, Fakten und Erkenntnissen aus der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung wies er darauf hin, dass im Ländlichen Raum häufig ein „Einfamilienhaus-Dispositiv“ bestehe, das dazu führt, dass an tatsächlich vorhandenen Wohnraumbedarfen vorbeigeplant wird. Miosga empfahl insofern, der konkreten Bedarfsermittlung im Planungsprozess besondere Aufmerksamkeit

zu widmen. Eine solche Bedarfsermittlung sei Voraussetzung für die bedarfs- und zukunftsgerichte Kommunalentwicklung in ihrer ganzen gesellschaftlichen Breite.

Laut Prof. Dr. Arno Bunzel, Bereichsleiter Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Deutschen Institut für Urbanistik sowie außerplanmäßiger Professor an der Technischen Universität Berlin, hat das Bundesverfassungsgericht schon sehr früh festgestellt, dass Grund und Boden aufgrund seiner Unvermehrbarkeit in einer sozialgerechten Wirtschafts- und Sozialordnung anders betrachtet werden müsse, als andere Wirtschaftsgüter. Diese Erkenntnis gelte es gerade in Zeiten eines scheinbar ungebremsten Bodenwertzuwachses in weiten Teilen der Republik in den Vordergrund zu rücken, wenn über eine Weiterentwicklung des Baugesetzbuchs debattiert wird.

Bauleitplanung im Bestand

In seinem Vortrag „Bauleitplanung im Bestand“ arbeitete schließlich Dr. Gerhard Spieß, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht aus München, heraus, dass die Schaffung von zusätzlichem oder geändertem Baurecht in einer Bestandsituation zu den komplexen Themen des Rechts der Bauleitplanung gehört. Das Geheimnis liege neben einer Beachtung der Entschädigungsvorschriften in einer substantiierten Ermittlung und Bewertung der Bestandsbaurechte sowie in einer fundierten städtebaulichen Begründung des geplanten Vorgehens. Informelle Planungen, wie ein Rahmenplan oder ein integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept, können hierfür eine wertvolle Basis liefern. **DK**

Kloster Benediktbeuern und Nürnberger Volksbad:

Nationale Projekte des Städtebaus 2020

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat die Auswahl der 26 Projekte im Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus 2020“ bekanntgegeben. Aus Sicht des DStGB ist es sehr erfreulich, dass eine breite Palette an Projekten berücksichtigt wurde. In der Projektliste finden sich zahlreiche Städte und Gemeinden aus dem Mitgliederbereich des DStGB und damit auch Kommunen der unterschiedlichsten Größenklassen.

Als bayerisches Projekt wurde die Sanierung des historisch bedeutenden Südakadentrakts im Kloster Benediktbeuern ausgewählt. Mit der dringenden denkmalgerechten Sanierung soll durch die Rückführung in die ursprüngliche Nutzung als Speise- und Versorgungsstrakt zugleich die Zukunftssicherung als interkultureller Begegnungsort für Jugendliche und internationale Tagungen im Sinne Don Boscós erfolgen. Die Bundesförderung beläuft sich hierfür auf 7,6 Mio. Euro.

Reaktivierung des Nürnberger Volksbads

Ein weiteres Projekt aus dem Freistaat ist die Reaktivierung des Nürnberger Volksbads. Als überragendes bauliches Zeugnis des Jugendstils soll das 1914 erbaute und seit 25 Jahren geschlossene Volksbad als identitätsstiftender und städtebaulich prägnanter Bau bewahrt sowie als attraktives Hallenbad für die wachsende Nürnberger Weststadt reaktiviert werden. Dafür ist eine Bundesförderung in Höhe von 4 Mio. Euro vorgesehen.

Die Projekte werden mit insgesamt rund 75 Millionen Euro vom Bund gefördert. Zuvor hatten

sich 98 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland beworben. Eine Jury unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Volkmars Vogel hatte die Projekte ausgewählt und eine Förderempfehlung ausgesprochen.

Projektaufruf für 2021

Mit der Bekanntgabe der Förderprojekte 2020 hat das Bundesinnenministerium gleichzeitig auch den Projektaufruf für das kommende Jahr gestartet. Kommunen in Deutschland sind bis zum 22. Oktober 2020 aufgerufen, ihre Bewerbung und Projektskizzen für eine Förderung im Jahr 2021 einzureichen.

Laut Bundesminister Seehofer stehen Kommunen und Städte heute vor enormen Herausforderungen in der Stadtentwicklung: „Sie müssen den Bestand erhalten, die Quartiere weiterentwickeln und sich demografischen Entwicklungen stellen. Die Nationalen Projekte des Städtebaus zeigen, wie Städte zukunftsweisend, mutig und innovativ weiterentwickelt werden. Deshalb steht der Bund den Kommunen auch im nächsten Jahr als starker Partner zur Seite und fördert herausragende Projekte.“ **KI**

Denkmalschutzmedaille 2020 für Bürgermeister:

Kulturelles Erbe erhalten

Gemeinsam mit Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil hat Bayerns Kunstminister Bernd Sibler die 26 Preisträger der Denkmalschutzmedaille 2020 bekanntgegeben, unter ihnen drei Bürgermeister. Aufgrund der Corona-Pandemie musste in diesem Jahr die feierliche Verleihung in der Alten Münze in München entfallen.

Neben Erstem Bürgermeister Markus Dauch, der sich in Neukirchen-Balbini (Landkreis Schwandorf) für die Instandsetzung des Schießloches und den Umbau des Anwesens zu einem Forschungszentrum für Erdstallforschung engagierte, wurde Erster Bürgermeister Albert Nickl für die Instandsetzung des Hauses der Dorfkultur im Klosterdorf in Speinshart (Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab) ausgezeichnet.

Haus der Dorfkultur im Klosterdorf Speinshart

Das Gebäude ist Teil des Klosterhofs, der nach einem Brand in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden ist. Das Haus diente als Wirtschaftsgebäude der Prämonstratenser-Abtei. Die Teilnehmergemeinschaft, eine Gruppe, die sich um die Dorferneuerung kümmert, erwarb das baufällige Anwesen 23 um die Jahrtausendwende von einer Erbgemeinschaft. Eine sogenannte Notsicherung wurde vorgenommen, damit sich die Schäden nicht noch weiter verschlimmern.

Nach einer langen Pause übernahm die Gemeinde das Objekt und begann 2017 mit der Generalsanierung. Mauerkrone, Gewölbe und Fundamente mussten ausgetauscht werden. Die Gemeinde kaufte auch die zweite Hälfte des Osttors und sanierte es. 1,2 Millionen Euro kostete die Instandsetzung, zahlreiche Behörden unterstützten das Vorhaben finanziell.

Im Mai 2019 waren die Bauarbeiten beendet. Entstanden ist laut Bürgermeister Nickl „ein mustergültig saniertes Kleinod“. Vor der Corona-Pandemie nutzten die Speinsharter das Haus für Feiern, Versammlungen und Hochzeiten. Im Obergeschoss befinden sich eine Arztpraxis und eine Wohnung.

„Diese Auszeichnung ver-

stehen wir auch als eine Auszeichnung für das gesamte historische Klosterdorf, dass einschließlich des Klosters seit etwa drei Jahrzehnten eine Baustelle war und bei der Gesamtanierung und Revitalisierung unheimlich viel erreicht wurde“, erklärte Nickl. Das Klosterdorf erstrahle bis auf wenige Anwesen heute in neuem, altem Glanz.

Schlosssanierung Emtmannsberg

Das Gewinnertrio komplett macht Erster Bürgermeister Gerhard Herrmannsdorfer aus der Gemeinde Emtmannsberg (Landkreis Bayreuth) für die Sanierung des hiesigen Schlosses und das Nutzungskonzept, das u.a. die Schaffung eines Bürgermeisterbüros, eines Sitzungs- und Mehrzwecksaals sowie eines Raums für Volkshochschulkurse beinhaltet. Hinzu kommt der im Schloss eingerichtete Dorfladen mit vor allem regionalen und saisonalen Produkten im Sortiment, der die Möglichkeit bietet, dass die Bewohner wieder direkt im Dorf einkaufen können. Außerdem bringt die Schlossgaststätte mitsamt integriertem Biergarten die Menschen wieder näher zusammen.

Dem Abriss nahe

„Bevor wir das Schloss Emtmannsberg 2013 von einer Privatperson gekauft haben, war es 50 Jahre lang nicht genutzt und dem Abriss nahe. Dem Vorbesitzer fehlten die finanziellen Mittel, um das Schloss wiederherzurichten“, erläuterte Rathauschef Herrmannsdorfer. Bei der Sanierung sei es der Gemeinde wichtig gewesen, so viel historische Bausubstanz wie möglich zu erhalten. So wurden beispielsweise die 300 Jahre alten Fenster nicht vollständig ausgetauscht, sondern lediglich mo-

dernisiert und die Stuckdecken im Schloss nur aufbereitet.

Wertvolle Zeugen

Wie Kunstminister Sibler feststellte, „sind unsere Denkmäler wertvolle Zeugen unserer Vergangenheit, aus denen wir auf ganz besondere Weise in unsere Geschichte eintauchen können. Wenn wir uns auf sie einlassen, finden wir in den historischen Bauwerken einen Teil unserer Identität. Sie prägen das charakteristische Erscheinungsbild unserer Städte, Dörfer, Gemeinden und Landschaften und lassen uns wissen: Hier sind wir zuhause, das ist unsere Heimat! Dafür bewahren und pflegen wir sie.“

Historisches bewahren

„Die Preisträgerinnen und Preisträger aus ganz Bayern haben sich in vielfacher Weise um den Erhalt von Denkmälern verdient gemacht: Familien, Vereine, Dorfgemeinschaften, Heimatpfleger und Stiftungen haben Gebäude – vom Totengräberhäuschen bis zur Burg – instandgesetzt, Ausgrabungen unterstützt, archäologische Funde erfasst oder ihr denkmalpflegerisches Fachwissen weitergegeben“, fuhr Sibler fort. Dafür zollte er ihnen großen Respekt: „Sie scheuen keine Anstrengungen und Mühe, um die Schönheit und Einzigartigkeit unserer Baudenkmäler wieder hervortreten zu lassen. Sie helfen mit, dass unser kulturelles Erbe erhalten und lebendig bleibt. Herzlichen Dank für Ihren außerordentlichen Einsatz um die Denkmalpflege!“

Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil betonte: „Allen Trägerinnen und Trägern der Denkmalschutzmedaille gemeinsam ist ihr überragendes Engagement für den Denkmalschutz. Ihr sensibler Umgang mit den Zeugnissen der Vergangenheit ist vorbildlich. Ihre Projekte zeigen, wie gut es gelingen kann, Historisches zu bewahren und gleichzeitig mit unseren heutigen Ansprüchen in Einklang zu bringen.“ **DK**



UNIPOR SILVACOR

Höher.
Ökologischer.
Nachhaltiger.

UNIPOR WS08 SILVACOR

NEU// Der holzgefüllte Dämmstoff-Ziegel für besonders nachhaltiges Bauen im Mehrgeschossbau.



SORTENREINE
NADELHOLZFÜLLUNG

- ⊕ Natürliche Rohstoffe
- ⊕ Nachhaltig und recycelbar
- ⊕ Hoher Wärmeschutz
- ⊕ Optimales Wohnklima
- ⊕ Hohe Tragfähigkeit

UNIPOR

Ein attraktives Lernumfeld

Fassade der Walter-Höllner-Realschule in Sulzbach-Rosenberg als Hingucker

Die zweite Halbzeit bei der Generalsanierung der Walter-Höllner-Realschule in Sulzbach-Rosenberg hat begonnen. Seit etwas mehr als einem Jahr laufen dort die Bauarbeiten. Rund 30 Millionen Euro investiert der Landkreis Amberg-Sulzbach in die Sanierung der Realschule inklusive Ersatzneubau der Turnhalle. Nun informiert Landrat Richard Reisinger gemeinsam mit Thomas Raithel vom Gebäudemanagement des Landkreises und Schulleiter Martin Zimmermann über den aktuellen Stand der Bauarbeiten. Und der kann sich im wahrsten Sinne des Wortes sehen lassen.

Optischer Hingucker ist die neue, bunte Fassade der Walter-Höllner-Realschule. Vorbei ist es mit dem tristen Grau von früher, die Realschule strahlt seit wenigen Tagen in völlig neuem Glanz.

Altbau aus den 1960er Jahren

Im Juli vergangenen Jahres rückten die Bagger der Fassade des Altbaus aus den 1960er Jahren zu Leibe und nahmen die Stahlbetonfassade ab. Anschließend ersetzte die Firma Schulte & Falk Montage GmbH aus Sulzbach-Rosenberg die alte Fassade durch eine vorgehängte, hinterlüftete Fassade. 18.000 Löcher mussten hierfür gebohrt und 18.000 Nieten angebracht werden.

Die Obergeschosse haben laut Thomas Raithel vom Gebäudemanagement des Landkreises Amberg-Sulzbach eine dunkle Plattenverkleidung aus Faserzement

erhalten, von denen sich die Stützen mit leuchtenden Farben absetzen. Im Erdgeschoss sticht eine umlaufende Pfosten-Riegel-Fassade aus Leichtmetall ins Auge.

Meilensteine

„Dem Landkreis ist es ein großes Anliegen, hier in Sulzbach-Rosenberg eine moderne und zukunftsfähige Realschule entstehen zu lassen und für die Schülerinnen und Schüler ein attraktives Lernumfeld zu schaffen“, betonte Landrat Richard Reisinger beim Pressetermin. Hierbei ist die neue Fassade ein weiterer wichtiger Meilenstein. Ein zusätzlicher Höhepunkt ist das Folienkissendach, ein Alleinstellungsmerkmal, das an die Allianz-Arena in München erinnert und als Überdachung für den Innenhof dient. Dieser konnte dadurch zu einer großzügigen, hellen und begrünten Halle werden, in der die Mensa, ein offe-

ner Ganztagesbereich und Ausweichräume ihren Platz gefunden haben.

Farbakzente

Schulleiter Martin Zimmermann dankte Landrat Richard Reisinger für die richtungsweisenden Schritte, die der Landkreis bereits gesetzt hat, bei denen die Anforderungen der Schule stets berücksichtigt wurden. „Energetische Ansprüche werden hier an der Walter-Höllner-Realschule perfekt mit ästhetischen und pädagogischen Aspekten verknüpft“, so Zimmermann. Der Schulleiter kündigte schon einmal an, dass die Farbakzente nicht nur die Außenfassade, sondern die vier Farben als „Schulfarben“ künftig auch das Innenleben der Schule prägen werden.

Zum Hintergrund: Die Walter-Höllner-Realschule wurde 1968/69 gebaut und zählt aktuell rund 640 Schüler. Die erste Generalsa-

nierung wurde von 1987 bis 1992 durchgeführt. 2005 wurde die Schule mit dem Anbau erweitert.

Für die aktuelle Generalsanierung sprachen laut Landrat Richard Reisinger erhebliche Mängel beim Brandschutz und bei den Sicherheitsanlagen. Zudem war das Gebäude „teilweise abgewirtschaftet“, wie Thomas Raithel erklärt, Fenster und Verschattung waren defekt, sanitäre Anlagen marode.

Generalsanierung und Neubau der Sporthalle

Auch energetisch entsprach der Altbau nicht den aktuellen Erfordernissen. 2017 stimmte deshalb der Kreistag des Landkreises Amberg-Sulzbach unter Vorsitz von Landrat Richard Reisinger für die Generalsanierung der Walter-Höllner-Realschule. Diese wird rund 30 Mio. Euro kosten. Der Abschluss der Bauarbeiten am Hauptgebäude ist für Frühjahr 2021 geplant. Dann folgt der nächste Schritt, der Neubau der Sporthalle. Diese soll dann bis spätestens Frühjahr 2023 fertiggestellt sein. □



Die Walter-Höllner-Realschule ruft mit ihrer lebendigen Fassade positive Emotionen hervor. Davon überzeugten sich nun (von links): Hubert Saradeth, Peter Rußwurm, Thomas Raithel (alle Gebäudemanagement Landkreis Amberg-Sulzbach), Landrat Richard Reisinger, Schulleiter Martin Zimmermann und Hans Dieter Falk (Schulte & Falk Montage GmbH). Bild: Christine Hollederer

Cadolzburg:

Einzigartiger Einblick in mittelalterlichen Burgbau

Sonderausstellung „Mehr als Stein. Holz im mittelalterlichen Burgbau“ öffnet

„Das Bürgerlebnismuseum Cadolzburg erfreut sich großer Beliebtheit. Die Besucher erleben im einzigartigen Mitmach-Museum eine faszinierende Zeitreise in die Geschichte unserer Heimat. Gerade in der beginnenden Ferienzeit bietet sich ein Abstecher zur Cadolzburg mit einem einzigartigen Einblick in fränkische, bayerische und deutsche Burgengeschichte an“, teilt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zur Eröffnung der Sonderausstellung der Bayerischen Schlösserverwaltung „Mehr als Stein. Holz im mittelalterlichen Burgbau“, mit.

Eine zusätzliche Bereicherung für die wieder möglichen Besuche der Burg bietet die neue Sonderausstellung zum Thema „Baustoff Holz“ in mittelalterlichen Burgen. Beim Anblick der mächtigen Steinmauern von mittelalterlichen Festungen ist es heute kaum vorstellbar, dass das meistverwendete Baumaterial Holz war: Wehrgänge, Gerüste, Decken, Türen, Wurfgeschütze, Brunnenhäuser, Abtritte und Möbel – das alles war aus Holz.

Spannende Fragen

In welcher Menge und wozu wurde das Holz beim Bau einer Burg benötigt? Diese und weitere spannende Fragen werden in der neuen Sonderausstellung beantwortet. Die Ausstellung kann bis 28. Februar 2021 im Bürgerlebnismuseum Cadolzburg im Landkreis Fürth unter Einhaltung der notwendigen Abstands- und Hygieneregeln besucht werden. Der Eintritt in die Schlösser und Burgen der Bayerischen Schlösserverwaltung ist für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei.

Mit dem Sonderausstellungsraum erwartet die Besucherinnen und Besucher ein abwechslungs-

reicher Rundgang mit zahlreichen Stationen innerhalb und außerhalb der Cadolzburg. Viele der erhaltenen Holzreste und der intakten Originale sind dort zu sehen, wo sie sich ursprünglich befanden. Abbildungen und spätere Rekonstruktionen ergänzen den Rundgang. Leihgaben der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (Freising) und aus dem Fränkischen Freilandmuseum Bad Windsheim bereichern die Ausstellung.

Außerdem hat sich eine Klasse der Beruflichen Schule 11 Nürnberg an der Ausstellung beteiligt. Hierfür haben angehende Zimmerleute während des Schuljahrs eine Fachwerkwand hergestellt, die auf Augenhöhe im Burghof in ihrer soliden Technik zu bestaunen ist. Mit der Wand lassen sich die historischen Arbeitsschritte, die bei der Holzbearbeitung im Mittelalter auf jeder Baustelle bewältigt werden mussten, anschaulich nachvollziehen.

Die neue Sonderausstellung „Mehr als Stein“ läuft parallel zur Sonderausstellung „Flaschenpost aus der Vergangenheit“ und ist zu den Öffnungszeiten der Cadolzburg zugänglich und im Eintrittspreis enthalten. □

Bezirk Mittelfranken:

Neue Wohnprojekte in Gunzenhausen und Dinkelsbühl

Der Bezirk Mittelfranken unterstützt den Sozialkonzern Diakoneo beim Neubau eines Wohnheimes für Menschen mit Behinderung in Gunzenhausen mit rund 670.000 Euro. Zudem wurde grünes Licht für ein rund acht Millionen teures Bauprojekt der Lebenshilfe Ansbach in Dinkelsbühl gegeben.

Bei dem Wohnheim-Projekt in Gunzenhausen handelt es sich um einen Ersatzneubau im Zuge der Dezentralisierung der von Diakoneo betriebenen Pölsinger Heime. Der Bezirksausschuss hat die Zuschussung dafür in seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen und damit den Weg für die Realisierung des Vorhabens geebnet. Da es sich um eine reine Standortverlagerung handelt, verringert sich die Zahl der Wohnplätze in Pölsingen entsprechend. Insgesamt sind zwischen den Pölsinger Heimen mit den verschiedenen Standorten und dem Bezirk Mittelfranken als überörtlicher Träger der Sozialhilfe rund 320 Wohnplätze vereinbart.

In innenstädtischer Lage am Stauerwall in Dinkelsbühl soll ein Wohnheim mit 24 Plätzen sowie

eine Tagesbetreuung für Menschen mit Behinderung nach dem Erwerbsleben, eine sogenannte TENE, mit 16 Plätzen entstehen. Mit zehn Prozent, das sind rund 800.000 Euro, beteiligt sich der Bezirk Mittelfranken an den Baukosten.

Die Lebenshilfe Ansbach betreibt derzeit vier Wohnheime in Ansbach, Herrieden und Feuchtwangen mit rund 120 Plätzen. Dazu kommen weitere Angebote im Bereich Leben, Arbeiten und Wohnen für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Insgesamt besuchen rund 800 Kinder, Jugendliche und Erwachsene die Einrichtungen der Lebenshilfe Ansbach. Der Bezirk Mittelfranken finanziert die Plätze zu 90 Prozent, das sind über 15 Millionen Euro. □

Würzburg:

Neue Farbtupfer für Lengfelder Spielplatz Erlenweg

Gartenamt schließt die Umgestaltung ab

Nicht nur auf dem Heuchelhof, wo mittlerweile die Geräte in der Tokio- und Otsustraße bespielbar sind, hat das Gartenamt die Zeit der coronabedingten Sperrung der Spielplätze für Umbaumaßnahmen genutzt. Auch der Lengfelder Spielplatz Erlenweg wurde zwischenzeitlich saniert.

Aus Sicherheitsgründen musste bereits vor einigen Jahren ein Spielplatz mit Rutsche zurückgebaut werden. Die Schaukel konnte nicht mehr betrieben werden, da keine Möglichkeit bestand, den Fallschutzbereich am aktuellen Standort zu erweitern. Außerdem waren die als Gestaltungselemente verwendeten Holzpalisaden in die Jahre gekommen. Diese Punkte machten eine grundlegende Erneuerung des Spielplatzes unausweichlich, für die das Gartenamt ca. 45.000 Euro investierte.

Zeitliche Verzögerung

Als Basis für die Planung des Gartenamtes, die in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend und Familie/der ARGE Familien in der Stadt erfolgte, dienten Rückmeldungen von Nutzerinnen und Nutzern sowie einer Klasse der Grundschule Lengfeld. Das Gartenamt ließ die Anregungen in die Entwurfsplanung einfließen. Im Anschluss erfolgte die Rückkopplung an die Beteiligten. Bereits Ende 2018 konnten die Spielgeräte bestellt werden. Die Lieferung erfolgte Mitte 2019.

Projektleiterin Marie-Luise Löchner: „Unser Ziel war es, den Spielplatz bereits im Sommer 2019 umzubauen. Leider haben wir im Zuge der Ausschreibung der Spielplatz- und Wegebauarbeiten kein einziges Angebot erhalten. Daher erfolgte die Aufhebung der Ausschreibung.“ Mittlerweile konnte der Auftrag vergeben werden und die Ende April begonnenen Bauarbeiten sind abgeschlossen. Nach dem Entfernen der Bauzäune sind die neuen Spielgeräte nutzbar.

„Dem Gartenamt ist es natürlich ein Anliegen, auf den Spielplätzen möglichst viele Spielinhalte anzubieten. Allerdings ist die Grundfläche der Planung die zur Verfügung stehende Fläche. Dabei müssen auch immer die To-

pografie und natürlich die bestehenden Bäume berücksichtigt werden“, so Bürgermeister Martin Heilig und Referent Wolfgang Kleiner. Hinzu kommt, dass um



Die neuen farbenfrohen Attraktionen auf dem Spielplatz Erlenweg. Bild: Gartenamt/Marie-Luise Löchner

alle Spielgeräte eine bestimmte Abstandsfläche vorgeschrieben ist. Außerdem sind auch Frei- und Bewegungsflächen wichtig.

Viele Wünsche umgesetzt

Unter Berücksichtigung aller Vorschriften und Maßgaben konnten viele der Nutzerwünsche umgesetzt werden. Den Kindern stehen künftig ein kleines Spielhaus, ein 1,45 m hoher Kletterturm mit Rutsche, Leiter, Kletterwand und Rutschstange, eine Nestschaukel sowie ein 2-fach-Reck zur Verfügung. Außerdem wurden die Sitzgelegenheiten überarbeitet. Charakteristisch für den Spielplatz Erlenweg ist unter anderem die bestehende Eingrünung. Auch im Sommer finden sich hier schattige Bereiche. Dieses Farbspiel der Vegetation wird künftig ergänzt durch die in Gelb, Grün und Türkis gehaltenen Pfosten der Spielgeräte. □



Positiv bewerten Oberbürgermeister Gerhard Jauernig (l.), Behindertenbeauftragter Thomas Burghart und Stadtbaumeister Georg Dietze die neuen barrierefreien Laufwege in der südlichen Altstadt. Bild: Julia Ehrlich/Stadt Günzburg

Günzburg:

Bauabschnitt in der südlichen Altstadt abgeschlossen

Die Laufwege aus Granitplatten für mehr Barrierefreiheit sind im südlichen Altstadtbereich nun verlegt, auch die Altstadtbeleuchtung wurde frisch verkabelt. Der Stadtrat beschloss im Dezember 2018 den Einbau der ebenen Laufwege, die das Gehen erleichtern und vor allem den Weg für Rollstuhlfahrer, Menschen mit Rollatoren und Kinderwagen einfacher machen. Je nachdem, welche Breiten in den teilweise doch sehr engen Altstadtgassen zur Verfügung stehen, kamen verschiedene Alternativen zur Ausführung – vom reinen Rinnenausbau bis zu einem neuen Laufweg mit einer Breite von eineinhalb Metern.

Der Kontrast in Helligkeit und Rauigkeit zwischen Bestandspflaster und Plattenbelag bietet zudem Sehbehinderten eine bessere Orientierung. Ausgestattet mit dem neuen Pflaster sind jetzt die Kapuzinergasse, der Durchgang zum Wätteplatz vom Bürgermeister-Landmann-Platz aus, Münzgasse, Wätteplatz, Wättegasse, Hechtgasse sowie Hofgasse. „Mit unserer Teilnahme an ‚Bayern.barrierefrei2023‘ haben wir uns ins Konzept geschrieben, den Betroffenen die Teilhabe am alltäglichen Leben zu erleichtern. Dazu gehören auch das Erleben und die Teilhabe an unserer malerischen Altstadt. Deshalb ist die Verbesserung der Zugänglichkeit der Altstadtgassen ein wichtiger Baustein unseres Modellprojekts“, erklärt Oberbürgermeister Gerhard Jauernig.

Ein weiterer Vorteil der Laufwege: Auch den nicht direkt Betroffenen bietet der Umbau ein Mehr an Komfort; für Kinderwagen oder Fahrräder ist das neue Pflaster ebenfalls bequemer. Damit auch die maroden Erdverkabelungen der Altstadtbeleuchtung saniert werden konnten, wurden zeitgleich mit den Laufwegen neue Leerrohrtrassen für die Beleuchtung mitverlegt und

Stromverteiler für Märkte und Veranstaltungen sukzessive neu hergestellt. Das erspart eine weitere Baustelle in der Altstadt.

Der Umbau der Altstadtgassen ist insgesamt in vier Bauabschnitten von 2019 bis 2021 vorgesehen. Der erste Bauabschnitt beinhaltet die wichtige Wegverbindung vom Bürgermeister-Landmann-Platz zum Marktplatz, da hier das größte Fußgängeraufkommen herrscht. Im Herbst setzt sich der Umbau fort.

Funktionalität und Stadtbild sind kein Widerspruch

Der Bauabschnitt Nr. 3 berücksichtigt auch die mittelfristig geplante Sanierung des Schloßplatzes. Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwa eineinhalb Millionen Euro. Die Maßnahme wird im Rahmen der Städtebauförderung von der Regierung von Schwaben stark gefördert. Im Jahr 1984 war das Kopfsteinpflaster in der Altstadt verlegt worden, das seitdem viel Kopfzerbrechen bereitet. „Damals stand über allem der Erhalt des Stadtbilds. Heute hingegen leben wir Inklusion. Funktionalität und Stadtbild sind kein Widerspruch mehr“, sagt OB Jauernig. □

Unipor-Ziegel-Gruppe:

Kita-Anbau energetisch und baubiologisch optimiert

Kinder verbringen heute viel Zeit mit Altersgenossen in Kindertagesstätten. Dort sind Spiel- und Lernräume eigens auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet. Diesem Anspruch wird die Kita „Arche Noah“ in Hainburg aufgrund ihres neuen Anbaus in besonderem Maße gerecht – auch dank hochwärmedämmender Außenwände, die aus sogenannten Ziegel-Holz-Hybridbaustoffen bestehen.

Raum zum Spielen und Lernen: Mit der Erweiterung der Kindertagesstätte „Arche Noah“ erhalten 25 Kinder einen neuen Betreuungsplatz. Aufgrund des begrenzten Platzangebots setzte das Hainburger Architekten & Ingenieurbüro Michael Kopp dem bestehenden Gebäude in Längsrichtung einen Anbau an. Zwei neue Gruppenräume sind darin untergebracht: einer für eine altersübergreifende Gruppe und einer eigens für Kinder unter drei Jahren.

Strukturelle Erweiterungen

Angegliedert daran befinden sich jeweils ein Schlaf- und Wickelraum sowie ein Raum mit Küchenzeile zur flexiblen Nutzung. Unter anderem ist im Anbau auch

Platz für eine Bibliothek und einen „Matschraum“, in dem die Kinder mit Wasser experimentieren können. Von diesen strukturellen Erweiterungen profitieren auch die drei bestehenden Gruppen.

Standardaufgaben ökologisch ernstgenommen

Die Gemeinde Hainburg als Bauträger sowie Bauleiter Dipl.-Ing. Michael Kopp waren anspruchsvoll, als es um die Ausführung der vorgegebenen monolithischen Bauweise ging. Die Entscheidung, den „W07 Silvacor“ der Unipor-Gruppe für das Außenmauerwerk zu verwenden, fasst Kopp in einem knappen Satz zusammen: „Er ist innovativ, ökologisch und wird in Hainburg hergestellt.“

Wohngesunde Lösung

Aber letztendlich gab das technische Konzept des Ziegels den Ausschlag, denn der „Unipor W07 Silvacor“ ist ein neuartiger Ziegel-Holz-Hybridbaustoff. Seine Hohlräume sind mit einem Dämmstoff aus sortenreinen Nadelholzfasern verfüllt. Das macht den Mauerziegel zu einer ausgesprochen umwelt- und ressourcenschonenden, wohngesunden sowie hochwärmedämmenden Lösung im Hausbau. Zudem verfügt er über hervorragende bauphysikalische Werte. Die gleichmäßig dünne Lagerfuge garantiert, dass die hohe Wärmeleitfähigkeit von 0,07 W/(mK) nicht nur rech-

nerisch, sondern auch in der Praxis voll zum Tragen kommt. Bei einer Wanddicke von 36,5 Zentimetern erreicht das Mauerwerk einen U-Wert von 0,18 W/(m²K), der durch den mineralischen Innen- und Außenputz noch ein wenig verbessert wird.

Eigene Bauprojekte verwirklichen

Im Rahmen des vorgegebenen Budgets wurde in monolithischer Bauweise ein hoher ökologischer und energieeffizienter Standard umgesetzt. Den Kindern kommt aber nicht nur das wohngesunde Umfeld des Gebäudes zu Gute: Hier können sie nun auch ihre eigenen Bauprojekte mit Spielzeug-Mauerziegeln aus Schaumstoff verwirklichen. Die kindgerechte Version des massiven Baustoffes ist dabei den Ziegel-Holz-Hybriden nachempfunden, die im Anbau der Kita zum Einsatz kamen.

Dipl.-Ing. Architekt Peter Gahr



Der Anbau der Kindertagesstätte wurde aus ökologischen Ziegel-Holz-Hybridbaustoffen errichtet. Diese schaffen beste Voraussetzungen für ein wohngesundes Umfeld. Bild: UNIPOR /München

Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern geht nach Straubing

Ehepaar Dr. Rudolf Finkl und Annegret Finkl erhält Auszeichnung für vorbildliche Instandsetzung der Villa Jungmeier

Seit 2002 zeichnet der Bezirk Niederbayern Hauseigentümer für herausragende Leistungen bei der Erhaltung ihres Baudenkmals mit dem Denkmalpreis aus. In diesem Jahr kann sich das Ehepaar Dr. Rudolf Finkl und Annegret Finkl über die mit 7.500 Euro dotierte Auszeichnung für die vorbildliche Instandsetzung der Villa Jungmeier in Straubing freuen.

Der einstimmige Beschluss wurde in der Sitzung des Kultur-, Jugend- und Sportausschusses unter dem Vorsitz von Bezirks tagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl gefasst. Das Gremium folgte damit dem Vorschlag des Kulturreferats, für das Leiter der Kulturdirektion und Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder verantwortlich zeichnet.

Villa mit Nebengebäude

1903/04 erbaute das Straubinger Baugeschäft Franz Dendl für den Ziegelei-Fabrikbesitzer Fritz Jungmeier eine Villa mit Nebengebäude, Garten und Einfriedung an der Regensburger Straße – daher auch die Bezeichnung „Jungmeier-Villa“. Die Eheleute Finkl erwarben 2007 das für den Bau- und Wohnstil des gehobenen Bürgertums um 1900 typische Anwesen. Damals nicht als Baudenkmal eingetragen, war der nachträgliche Listeneintrag ganz im Sinne der neuen Eigentümer, die von Anfang an den größtmöglichen Erhalt der Gebäude anstrebten.

Stilgerechte Ergänzung historischer Baustoffe

Während des gesamten Planungs- und Bauprozesses zeichnete sich das Ehepaar durch große Sensibilität und beispielgebendes Engagement aus. Beides bewiesen sie u. a. durch ihre ak-

ribische Suche nach geeigneten Handwerksbetrieben und stimmigen Materialien, um historische Baustoffe wie Dachziegel, Kacheln oder Bodenbeläge stilgerecht zu ergänzen.

Instandsetzung von höchster Qualität

„Durch den unermüdlichen Einsatz von Dr. Rudolf und Annegret Finkl, die Fachkompetenz des Architekturbüros Gartner, der beteiligten Restauratoren und Handwerker sowie die beständige Abstimmung und Kooperation mit den Denkmalbehörden, ist eine Instandsetzung von höchster Qualität gelungen, die eine Auszeichnung mit dem Denkmalpreis verdient hat“, so Bezirks tagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl.

Unabhängig von der Auszeichnung eines einzelnen herausragenden Projekts mit dem Denkmalpreis hält der Bezirk Niederbayern fördert der Bezirk die Denkmalpflege. Bezirks tagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Alljährlich stehen für denkmalpflegerische Maßnahmen 700.000 Euro im Bezirkshaushalt bereit.“

Die Preisverleihung wird vorbehaltlich der Corona-Entwicklung und unter Einhaltung der einschlägigen Vorsichtsmaßnahmen am 13. September 2020 im Rahmen eines Festakts im Festsaal des Bezirksklinikums Mainkofen stattfinden.

Das erste Tool für digitale Bürgerbeteiligung

COVID-19 verstärkt aktuell die Problematik um Bürgerbeteiligung vor Ort. Viele Verfahren sehen eine körperliche Anwesenheit vor und können aus Gründen des Infektionsschutzes nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Die bestehenden Formate für einen Dialog fallen weg.

Mit publicDialogue hat die VAL-you digital services GmbH das erste Tool zur digitalen Bürgerbeteiligung entwickelt. Mit diesem einfachen und flexiblen Werkzeug können Bauleitverfahren und Erörterungstermine auch während der Corona-Beschränkungen durchgeführt werden. Und in der Zeit danach ergänzt publicDialogue die klassischen Präsenzinstrumente. publicDialogue ist damit das erste digitale, interaktive Tool, das in allen Stufen der Bürgerbeteiligung ergänzend zu den heute üblichen Verfahren eine schnelle, einfache und sichere Teilnahme ermöglicht. Die einzige Zugangsvoraussetzung ist ein Online-Zugang.

Barrierefreier Zugang

Bürgerbeteiligung wird für alle barrierefrei zugänglich. Jeder kann sich informieren. Jeder kann mitmachen und sich einbringen. Wann immer er will. Wo immer er will. Damit wird Bürgerbeteiligung demokratischer, schneller und einfacher. publicDialogue ist von Kommunen, Vorhabensträgern, auch von Interessensgruppen und Bürgerinitiativen einsetzbar. Das Tool ermöglicht die digitale Durchführung von Bürgerworkshops, Bürgerversammlungen sowie allen bei Bebauungsplan- oder Planfeststellungsverfahren vorgesehenen Partizipationsformaten (u.a. nach § 3.1 oder § 4.1 BauGB).

Teilnahme am Dialog

publicDialogue ist ein individuelles Tool, das für jedes Vorhaben lizenziert wird. Die Gestaltung der Homepage erfolgt im Rasterformat von publicDialogue und ist höchst flexibel auf die Wünsche und Gestaltungsrichtlinien des Lizenznehmers anpassbar. Für jedes Vorhaben wird eine individuelle Verfahrensseite bereitgestellt, die der Lizenznehmer mit seinem individuellen Content bestückt.

Auf der Homepage finden sich eine digitale Vorhabenspräsentation sowie eine Mediathek, auf der vertiefende Inhalte (Film, Foto, Audio, Animation, Grafik, Textbeiträge, Links, FAQs) zur Verfügung gestellt werden. publicDialogue ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme am Dialog. Dabei können verschiedene Stufen der Authentifizierung zum Einsatz kommen. Mitmachen ist nur mit An-

meldung möglich: Registrierten Nutzer können an Dialogformaten im passwortgeschützten Dialograum teilnehmen. Die Dialogbeiträge (Statements, Fragen, Voting-Ergebnisse) sind auch für nicht registrierte Nutzer ohne Anmeldung sichtbar. Mehr Infos unter www.publicdialogue.de

Der Bundestag hat am 14. Mai den Entwurf für ein Planungssicherstellungsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz – PlanSiG) wird sichergestellt, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie besondere Entscheidungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung auch unter den erschwerten Bedingungen während der Pandemie ordnungsgemäß durchgeführt werden können und Vorhaben wegen der Corona-Pandemie nicht ins Stocken geraten.

Für Ersatz sollen vor allem die Möglichkeiten des Internets genutzt werden. Vorerst ist das Gesetz bis 31. März 2021 befristet. Ziel ist es, dieses moderne, digitale Verfahren möglichst auch über das Jahr 2021 hinaus anzuwenden. Ein Rückschritt ins Analoge soll verhindert werden, neuen digitalen Möglichkeiten gilt die Zukunft.

Bautafel

- **Projekt:** Erweiterung der Kita „Arche Noah“ in Hainburg
- **Bauherr:** Gemeinde Hainburg, Hauptstraße 44, 63512 Hainburg
- **Planung:** Architektur & Ingenieurbüro Michael Kopp, In der Aue 7, 63584 Gründau-Lieblos
- **Verarbeiter Mauerwerk:** RBW-Bau GmbH, Kreuzstraße 23, 98590 Schwallungen
- **Tragwerksplanung:** Architektur & Ingenieurbüro Michael Kopp
- **Hautechnikplanung:** Architektur & Ingenieurbüro Michael Kopp
- **Ziegellieferant:** Klinker- und Ziegelwerk Franz Wenzel GmbH & Co. KG, 63512 Hainburg, Mitglied der Unipor-Gruppe
- **Grundstücksfläche:** 3.571 Quadratmeter
- **Nutzfläche gesamt:** 1.013,77 Quadratmeter
- **Wärmeversorgung:** Luftwärmepumpe in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage
- **Außenwandbaustoff:** Unipor

Bayerisches Jahreskrankenhausbauprogramm 2020

Der Regierung von Unterfranken stehen für Baumaßnahmen an unterfränkischen Krankenhäusern in diesem Jahr insgesamt 21,76 Millionen Euro zur Verfügung

Der Regierung von Unterfranken stehen insgesamt 21,76 Millionen Euro an Fördermitteln für das Jahr 2020 für zehn große Baumaßnahmen an unterfränkischen Krankenhäusern zur Verfügung. Dies ergibt sich aus dem Jahreskrankenhausbauprogramm 2020 der Bayerischen Staatsministerien für Gesundheit und Pflege sowie der Finanzen und für Heimat.

Das Bayerische Jahreskrankenhausbauprogramm wird jährlich neu aufgestellt und bildet die Grundlage der Einzelförderung der Bauvorhaben im Klinikbereich. Die Fördergelder können je nach Baufortschritt und Mittelbedarf von den Krankenhausträgern abgerufen werden.

Geförderte Maßnahmen

Die Regierung von Unterfranken begleitet die Baumaßnahmen in baufachlicher und förderrechtlicher Hinsicht, sorgt für eine zügige Auszahlung der im Staatshaushalt zur Verfügung stehenden Fördermittel und prüft nach Abschluss der Projekte deren ordnungsgemäße Verwendung. Gefördert werden in Unterfranken in 2020 im Einzelnen folgende Maßnahmen:

- Klinikum Aschaffenburg-Alzenau Standort Aschaffenburg (Erweiterung der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie) mit 1,01 Millionen Euro
- Bezirk Unterfranken (Neubau Psychiatrische Klinik Aschaffenburg) mit 3,26 Millionen Euro

- Leopoldina Krankenhaus der Stadt Schweinfurt (Erweiterung der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie) mit 0,39 Millionen Euro
- Bezirk Unterfranken (Neubau Tagesklinik für Psychiatrie Schweinfurt) mit 0,13 Millionen Euro
- Missioklinik Würzburg (Erweiterung Entbindung) mit 2,78 Millionen Euro
- Bezirk Unterfranken (Angliederung einer psychiatrischen Klinik und Neugestaltung Aufnahmebereich an der Klinik König-Ludwig-Haus Würzburg) mit 0,34 Millionen Euro
- Klinik Kitzinger Land (Erweiterung und Umbau) mit 1,81 Millionen Euro für den 1. BA sowie
- 5,14 Millionen Euro für den 2. Bauabschnitt
- Landkreis Main-Spessart (Neubau des Klinikums Main-Spessart Lohr am Main) mit 6,50 Millionen Euro
- Bezirk Unterfranken (Neustrukturierung 1. BA, Ersatzneubau, insbesondere von Pflege- und Therapiebereichen – Gerontopsychiatrie am Bezirkskrankenhaus Lohr am Main) mit 0,40 Millionen Euro.

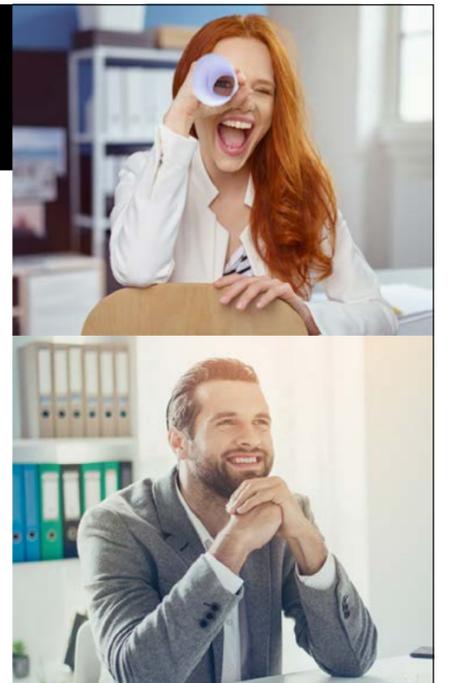
HBC.
HOCHSCHULE
BIBERACH
UNIVERSITY
OF APPLIED SCIENCES

Bachelor of Laws
WIRTSCHAFTSRECHT
(BAU UND IMMOBILIEN)

- Flexibles Fernstudium
- Weiterbildend
- Berufsbegleitend

Studienstart:
01.09.2020 | 01.03.2021

www.hochschule-biberach.de



Neubau im Olympiapark München

Die Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften und der Zentrale Hochschulsport der Technischen Universität München nutzen Gebäude, die vor knapp 40 Jahren errichtet worden waren. Da diese nicht mehr den aktuellen Ansprüchen entsprachen, wurden umfassende Baumaßnahmen in die Wege geleitet. Hierzu gehört die Erstellung eines großen Baukörpers, in dem unter anderem verschiedene Räume für Forschung und Lehre vereinigt sind.

In diesem Zusammenhang wurde eine Kletterhalle mit 15,30 m Höhe gebaut, deren Stahlbetonwände zum Teil in Sichtbetonqualität ausgeführt werden sollten. Mit den entsprechenden Aufgaben wurde die Firma Grossmann Bau beauftragt, die seit Jahren mit den Systemen der NOE-Schaltechnik arbeitet und auch für dieses Bauvorhaben darauf zurückgriff.

Umfassende Baumaßnahmen

Für viele, auch nicht sportlich Interessierte, ist der Olympiapark in München eng mit den Olympischen Spielen 1972 verbunden. Und auch heute noch ist er Austragungsort verschiedener sportlicher und kultureller Veranstaltungen. Zudem befinden sich auf dem Gelände unterschiedliche Bildungseinrichtungen. Beispielsweise nutzen seit knapp 40 Jahren die Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften und der Zentrale Hochschulsport der Technischen Universität München (TUM) das Gelände des TUM Campus im Olympiapark (TUM CiO) sowie dessen Gebäude im nördlichen Bereich des Olympiaparks.

Doch die Bauten, die im Rahmen der Olympischen Spiele errichtet wurden, sind im Laufe der Zeit in die Jahre gekommen und entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Aus diesem Grund entschieden sich die Verantwortlichen des Freistaats Bayerns zu umfassenden Baumaßnahmen, die aus drei Bauabschnitten

bestehen. Im ersten Abschnitt wurden Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, einige Gebäude abgerissen und Rettungswege geschaffen. Im zweiten und dritten werden unter



Für den Bau der enorm hohen Wände wurde auf NOE-Schal-systeme zurückgegriffen.

Bild: NOE Schaltechnik, Süssen

anderem neue Sporthallen, eine Mensa, eine Bibliothek und Hörsäle sowie Institutsräume für Forschung und Lehre gebaut.

Den hierzu ausgeschriebenen Wettbewerb konnte das Architekturbüro Dietrich Untertrifaller mit Balliana Schubert Landschaftsarchitekten aus Österreich für sich entscheiden. Ihr Entwurf sieht einen gigantischen Neubau mit sechs Innenhöfen vor, der

vor allem aus Holz und Glas besteht und an einigen Stellen Sichtbeton aufweist. Der zweite Bauabschnitt wurde Ende 2018 abgeschlossen. Einen wesentlichen Beitrag zu dessen Gelingen leistete die Firma Grossmann Bau aus Rosenheim. Sie übernahm sämtliche Baumeisterarbeiten, d. h., sie war für die Erdarbeiten, die Kanal- und Entwässerungsarbeiten und den Hochbau verantwortlich. Dies brachte mit sich, dass durchschnittlich 75 bis 80 – zu Spitzenzeiten ungefähr 100 – Mitarbeiter auf der Baustelle waren.

Bei sämtlichen Betonierarbeiten verwendet das Unternehmen schon seit vielen Jahren die Systeme der NOE-Schaltechnik. Und so setzte es diese auch für das Bauvorhaben im Olympiapark ein. Das wichtigste System des Herstellers ist die Wandschalung NOEtop. Sie zeichnet sich unter anderem durch ihre Vielseitigkeit aus. Dank der integrierten Gurtung kann sie gleichermaßen als Rahmen- und als Trägerschalung verwendet werden. Dabei sind die Spannstelllagen frei wählbar. Zudem bietet der Hersteller sie in vielen verschiedenen Größen an. Unter anderem auch in der XXL-Version. Diese erlaubt den Bau einer fugefreien Fläche von über 14,00 m². Bei der Münchner Baustelle kamen vor allem die 2,65 m und 3,31 m hohen Schalungselemente zum Einsatz.

15 Meter hoch und in Sichtbetonqualität

Eine der größeren Herausforderungen, der sich die Bauarbeiter zu stellen hatten, war die Errichtung der Kletterhalle und des Audimax. Sie haben insgesamt eine Grundfläche von 27x33 m und werden von 15,3 m hohen Wänden umrahmt. Diese mussten zum Teil in Sichtbetonqualität SB 3 (= Betonflächen mit hohen gestalterischen Anforderungen) ausgeführt werden. Um die entsprechenden Betonoberflächen erzielen zu können, wurde die NOE-Schalung mit neuer Schalhaut belegt. Martin Haslberger, der Bauleiter des Projekts, sagt hierzu: „Obwohl unsere NOE-Schalung bereits bei vielen anderen Baustellen im Einsatz war, leistete sie

Gewerbe- und Industriebau:

Hörmann setzt auf BauBuche

Die bisher flächenmäßig größte Halle mit Dachwerkträgern aus BauBuche in Bayern steht in Buchloe

Die Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG setzt bei Hallenkonstruktionen auch auf BauBuche. Die außergewöhnlichen Festigkeitswerte der BauBuche ermöglichen schlanke hochbelastbare Konstruktionen mit großen Spannweiten. Faktoren, die im Gewerbe- und Industriebau eine tragende Rolle spielen. Aktuell hat das Unternehmen auf dem Betriebsgelände in Buchloe die BauBuche für eine eigene Metallfertigungshalle verwendet.

Mit 5.700 m² und einer maximalen Gesamtbreite von bis zu 77 Metern ist dies flächenmäßig die größte Halle mit Dachwerkträgern aus BauBuche in Bayern und eine der größten dieser Art weltweit. Dank hoher Festigkeit ermöglichen Träger aus BauBuche schlanke Konstruktionen für große Lasten und Spannweiten. Ihre Tragfähigkeit ist etwa dreimal höher als die von Fichtenbrettschichtholz. Das erlaubt ein sehr viel eleganteres Bauen. Ein Vorteil, der auch dem Hallenbau zugutekommt. Deshalb setzt Hörmann mittlerweile Tragwerkskonstruktionen aus BauBuche im Hallenbau ein.

Konstruktiver Holzbau

Buchenfunierschichtholz ist für das Unternehmen Hörmann zu einer interessanten Alternative im konstruktiven Holz-

uns auch bei den Sichtbetonwänden wertvolle Dienste. Auf der Baustelle achteten wir allerdings sorgfältig darauf, dass die neu belegten Schalungen nur bei den Wänden eingesetzt wurden, bei denen SB 3 gefordert wurde. Das Ergebnis entsprach der gewünschten Optik.“

Die Tatsache, dass die NOEtop auch noch nach vielen Einsätzen für den Bau von ästhetisch anspruchsvollen Sichtbetonwänden verwendet werden kann, ist ein guter Beweis für ihre Langlebigkeit und Robustheit. Um sie derart widerstandsfähig zu machen, sorgt der Hersteller dafür, dass alle Schalungen mit einer einheitlichen Profilstärke ausgestattet sind. Darüber hinaus sind Rahmen und Profile innen wie außen feuerverzinkt.

Alle NOEtop Schalungen halten einem Betondruck von 88 kN/qm stand. Bei der Kletterhalle verbauten die Mitarbeiter des Bauunternehmens ca. 2000 m³ Beton und erstellten die 15,30 Meter hohen Wände in einem Zug. Konkret bedeutet dies, dass sie fast sieben Stunden lang mit einer Steiggeschwindigkeit von 2,4 m/h betonierten. Dabei hatte der Normalbeton eine mittlere Festigkeitsentwicklung (F3) und es wurde kein Verzögerer zugegeben. Verdichtet wurde mithilfe von Außenrüttlern.

Weitere Aufgaben

Neben der Errichtung der Wände für die Kletterhalle war die Firma Grossmann Bau auch mit weiteren anspruchsvollen Aufgaben betraut. Beispielsweise erstellte sie eine Tribünenkonstruktion für den Audimax mit Betonfertigteilen, baute Sichtbetonfassaden (ebenfalls SB 3) und betonierte weitere massive Innenwände (ebenfalls SB 3). So kam es, dass ca. 1200 Tonnen Bewehrungsstahl und ca. 11.900 Kubikmeter Beton verbaut wurden, wobei ca. 1200 Quadratmeter Schalung auf der Baustelle vorrätig waren.

Die Betonierarbeiten waren innerhalb von zehn Monaten abgeschlossen – angesichts der Größe des Objektes und der besonderen Herausforderungen eine sehr zügige Leistung. Mit der fristgemäßen Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts sind nun die Wege für den dritten geebnet. Dieser soll bis 2022 – also genau 50 Jahre nach den Olympischen Sommerspielen 1972 – fertiggestellt sein. □

bbiv zu Corona-bedingten Bau-Mehrkosten:

Kommunen müssen fairen Anteil übernehmen

„Der Bund und der Freistaat Bayern haben sich selbst dazu verpflichtet, einen Teil der Corona-bedingten Mehrkosten ihrer Bauprojekte zu tragen. Eine entsprechende Zusage der bayerischen Kommunen steht bislang aber noch aus. Die Kommunen müssen ebenfalls einen fairen Anteil übernehmen“, fordert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

Die Politik habe seit Beginn der Corona-Pandemie immer wieder betont, wie wichtig es sei, laufende Bauprojekte fortzuführen und neue an den Markt zu bringen. Mehrfach habe Bauministerin Kerstin Schreyer unterstrichen, die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur für die Bevölkerung und die Wirtschaft müsse unbedingt sichergestellt sein. Notwendige Baumaßnahmen müssten daher fortgesetzt und neue Bauvorhaben ausgeschrieben werden.

„Die Bauindustrie hat diese Verantwortung auf sich genommen. Sie hat die laufenden Baustellen offengehalten und neue Bauprojekte angefangen, mit deutlich höherem Aufwand und zusätzlichen Kosten. Unseres Erachtens gebieten es Fairness und Partnerschaft, dass sie diese Kosten nicht alleine zu tragen haben“, so Schmid. Diese Verantwortung haben der Bund und der Freistaat bereits übernommen.“

Für den gesamten Bundeshochbau, den Bundesfernstraßen- und -wasserstraßenbau, ebenfalls für den Schienenwegebau der DB Netz AG sowie für die Bayerische Staatsbau- und Wasserwirtschaftsverwaltung gelte: Die Corona-bedingt auf den Baustellen angefallenen Mehrkosten übernimmt der Auftraggeber. „Kommunen und Landkreise sollten daher für ihre Bauprojekte diese Regelung ebenfalls übernehmen. Das wäre ein fairer Umgang mit den Corona-Mehrkosten“, so Schmid abschließend. □

BMI verstärkt Sportstättenförderung

Bund und Länder haben sich gemeinsam auf einen neuen Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten verständigt. In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungsprogramms der Bundesregierung stehen in diesem Jahr mit dem 2. Nachtrag zum Bundeshaushalt 2020 kurzfristig 150 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung. Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung hat Bundesminister Horst Seehofer heute für den Bund unterzeichnet. Sie tritt in Kraft, sobald alle Bundesländer gegengezeichnet haben.

Im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten nimmt der Bund damit seine Verantwortung im Kontext des Städtebaus wahr, um dem angestauten Investitionsbedarf bei Sportstätten bundesweit entgegenzuwirken.

Sport verbindet

Wie der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, betonte, verbindet Sport, fördert Respekt und Toleranz. „Als Sport- und Bauminister möchte ich die Trainingsbedingungen für alle Sportbegeisterten Stück für Stück verbessern. Wir haben bei den Sportstätten bundesweit große

Investitionsbedarfe, die wir allein in diesem Jahr mit zusätzlich 150 Millionen Euro aus dem Städtebau angehen können. Deutschland ist eine Sportnation. Wir können in der Weltspitze aber auf Dauer nur mithalten, wenn wir vor Ort in den Städten und Gemeinden investieren.“

Der Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten soll auch in den kommenden Haushaltsjahren fortgeführt werden. Im Beschluss zu den Eckwerten zum Bundeshaushalt 2021 und zur mittelfristigen Finanzplanung sind von 2021 bis 2023 jeweils weitere 110 Mio. Euro pro Jahr und im Jahr 2024 160 Mio. Euro Bundesmittel vorgesehen. □

Generalinstandsetzung der Feldherrnhalle:

Füracker erteilt Planungsauftrag

Die letzte umfassende Instandsetzung der Feldherrnhalle in München liegt bereits über 70 Jahre mit der Beseitigung der Kriegsschäden zurück. „Im Vorfeld einer anstehenden Gesamtrenovierung der Feldherrnhalle lässt die Schlösserverwaltung derzeit Voruntersuchungen zur Schadenskartierung an den seitlichen Plattformen durchführen“, teilt Finanz- und Heimatminister Füracker aus Anlass der Erteilung des Planungsauftrags für eine Gesamtinstandsetzung an die Bayerische Schlösserverwaltung mit.

Mit den umfangreichen Sanierungsarbeiten soll nach dem Vorliegen der jetzt angeforderten Detailplanung und der anschließenden Genehmigung durch den Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags begonnen werden.

„Die aus heimischem Kalkstein gefertigte, weit gespannte Bogenkonstruktion der Halle ist konstruktiv anspruchsvoll und reiht den Bau – wie etwa auch die Propyläen oder das Siegestor – in die herausgehobene Klasse Münchner Baukunstwerke des Historismus ein“, merkte Füracker an. Die Feldherrnhalle nimmt als Südbauabschluss der Ludwigstraße eine herausgehobene Rolle im Münchner Stadtbild ein.

Bei der vorgesehenen Gesamtinstandsetzung der nach drei Seiten offenen Feldherrnhalle werden unter anderem die Gebäudehülle aus Naturstein und steinimitierender Putzoberfläche gesäubert und Fehlstellen ergänzt. Das mit Skulpturen geschmückte Bogenfries und das Dach sollen restauriert und gegebenenfalls erneuert werden. Das Podium erhält wieder einen historischen Asphaltbelag. Der

Asphaltbelag war von dem Architekten F. J. Kreuter als eine der ersten Teerdecken Bayerns gestaltet worden. Zudem werden die Großbronzen im Halleninneren und die markanten Löwenstandbilder, die die Zugstreppe flankieren, restauriert.

Die Feldherrnhalle, deren architektonisches Vorbild die „Loggia dei Lanzi“ in Florenz ist, wurde 1841 bis 1844 im Auftrag König Ludwigs I. von Bayern nach Entwürfen von Friedrich von Gärtner errichtet. Mit dem Bau wollte Ludwig I. der bayerischen Armee und ihren siegreichen Feldherren ein Denkmal setzen. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurde die Feldherrnhalle als Kultort inszeniert, denn am 9. November 1923 war hier ein Zug von Putschisten, unter ihnen Adolf Hitler, auf dem Weg zum Kriegsministerium von der Landpolizei aufgehalten worden.

Bei der nachfolgenden Schieberei hatte es auf beiden Seiten Tote und Verletzte gegeben. Heute erinnert eine kleine Bronzetafel vor der Halle an die vier beim Putschversuch 1923 getöteten Landpolizisten. □



Die Fertigungshalle in der Innenansicht. Bild: Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG

10 Tonnen Traglast verbaut, die zusätzliche Lasten für das Tragwerk bedeuten. Deshalb haben wir Stahlstützen mit Fachwerkträgern aus BauBuche kombiniert“, erklärt Michael Hörmann, Bereichsleiter Gewerbe- und Industriebau bei der Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG. Die BauBuche punktet nicht nur durch ihre dem Stahlbau ähnlichen Bauteildimensionen. Sie besticht besonders durch ihre ästhetische Erscheinung. Tragende Elemente lassen sich im sichtbaren Bereich einsetzen. Ein Pluspunkt, der für das Unter-

nehmen Hörmann bei Verkauf- und Ausstellungshallen von Bedeutung ist.

„All das macht die BauBuche für uns zu einem zeitgemäßen Baumaterial im Hallenbau, mit dem wir bei Hörmann gerne arbeiten. Selbstverständlich werden auch die Bauelemente aus BauBuche sowie alle weiteren Komponenten bei uns im Betrieb konstruiert und gefertigt. Getreu unserem Motto: Planen, Fertigen, Ausführen“, erläutert Rolf Hörmann, Geschäftsführer der Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG. □

Sanfter Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen:

Offizieller Spatenstich für ersten Teilabschnitt

Nach Jahrzehnten erbitterten Widerstands haben nun die Baumaßnahmen für den sanften Donauausbau ohne Staustufen in Niederbayern begonnen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder gab im Gemeindegebiet Niederwinkling im Polder Sulzbach (Landkreis Straubing-Bogen) gemeinsam mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer den Startschuss für den ersten Teilabschnitt zwischen Straubing und Deggendorf auf einer Strecke von 38 Kilometern.

Mit den dafür vorgesehenen 600 Millionen Euro sollen unter anderem Ortschaften an der Donau vor einem hundertjährigen Hochwasser geschützt werden. Die Kosten für die von Bund und Freistaat finanzierte Gesamtmaßnahme zwischen Straubing und Vilshofen belaufen sich auf rund 1,4 Milliarden Euro. Für die Umsetzung sind sieben Jahre vorgesehen.

Faire Kompromisslösung

Nach Söders Worten ist der sanfte Ausbau der Donau eine Kompromisslösung, die sowohl den Themen Mobilität und Hoch-

wasserschutz, aber auch dem Umweltschutz gerecht werde. „Der Klimawandel wird uns weiter fundamental beschäftigen“, betonte der Ministerpräsident.

Nach dem Baubeginn im Polder Steinkirchen sollen heuer noch der Ausbau der Wasserstraße sowie der Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen im Polder Offenberg/Metten beginnen. 2021 ist geplant, die Arbeiten im Polder Parkstetten/Reibersdorf und kurz danach im Polder Sand/Entau zu starten.

Schutz vor Hochwasser

Durch die Deichrückverlegun-

gen werden künftige Hochwasserspiegel abgesenkt. Im gesamten Planungsbereich gewährleistet der vorhandene Donaudeich Schutz vor einem ca. 30-jährlichen Hochwasser der Donau. Nach dem Landesentwicklungsprogramm Bayern sollen besiedelte Gebiete vor einem 100-jährlichen Hochwasserereignis geschützt werden, gleichzeitig muss Revisionsraum erhalten und, wo möglich, wieder reaktiviert werden.

Möglichkeiten für Motorbootfahrer verbessern

Im Zuge des naturnahen Ausbaus der Donau wollen einige Gemeinden jetzt auch die Möglichkeiten für Motorbootfahrer verbessern. So soll in Niederwinkling der erste Hafen in diesem Abschnitt entstehen. Damit die Bewohner des Ortes auch weiterhin Zugang zur Donau ha-

ben, hat sich Bürgermeister Ludwig Waas eine Zufahrt für die Wasserwacht im Planfeststellungsverfahren erkämpft. Zudem plant er auf 200 Metern am Ufer einen Badestrand und einen kleinen Motorboothafen sowie außerhalb des Deichs ein Gebäude für die Rettungskräfte der Wasserwacht.

Lärmzunahme und örtliche Übernutzung befürchtet

Widerstand gegen den gegenüberliegenden Hafen kommt sowohl vom Fischereiverein Irlbach-Straßkirchen als auch vom dortigen Bürgermeister Armin Soller. Da er eine deutliche Zunahme des Lärms und eine örtliche Übernutzung befürchtet, plädiert er ebenso wie der Verein „Freunde der Donau“ in Niederalteich (Landkreis Deggendorf) für die Erneuerung einzelner Slip-Stellen entlang der Donau. Dabei handelt es sich um Steinrampen, über die Bootsfahrer ihre Schiffe rückwärts ins Wasser lassen können.

Für die Mitglieder der Interessengemeinschaft „lebenswertes Niederalteich“ ist dieses Ansinnen allerdings nicht nachvollziehbar. Viele von ihnen ha-



V.l.: Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Umweltminister Thorsten Glauber, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und Verkehrsministerin Kerstin Schreyer im Baustellenbereich des Polders Sulzbach am Deich Waltendorf.

Bild: Staatskanzlei

ben in den vergangenen gut 25 Jahren gegen den staugestützten Donauausbau gekämpft. Diesen Kampf haben sie gewonnen. Sollte aber die Slipanlage ertüchtigt werden, stehe zu befürchten, dass der Ort ein Mekka für Motorbootfahrer wird.

Der Niederalteicher Rathauschef Albin Dietrich sieht dies an-

ders. Er sieht keine Gefahr, dass die Gemeinde mit dem traditionsreichen Kloster durch diesen Hotspot überrannt werden könnte. „Man kann sagen, die Einlassstelle wird bevorzugt von Hiesigen benutzt oder benutzbar. Das ist noch nicht ausgegoren. Da muss man noch schauen, was für einen Konsens man finden kann.“

DK

Neue Strategie für die fünf Heil- und Thermalbäder in Niederbayern:

Bezirksausschuss beschließt Erarbeitung einer Neukonzeption

Insgesamt mehr als 8.600 Quadratmeter Heil- und Thermalwasserflächen sowie hervorragende Therapiebereiche stellt der Bezirk Niederbayern über die fünf Bäderzweckverbände in der Europa Therme Bad Füssing, der Rottal Terme Bad Birnbach, der Wohlfühl-Therme Bad Griesbach, der Limes-Therme Bad Gögging und der Kaiser-Therme Bad Abbach zur Verfügung. Die Thermen werden von den Zweckverbänden, an denen der Bezirk mit 60 Prozent beteiligt ist, die jeweiligen Landkreise und Städte/Gemeinden anteilig, als Eigenbetriebe geführt.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich beschäftigten in der Sitzung die Fragen: „Wo sollen die Heil- und Thermalbäder in 10 bis 15 Jahren stehen?“ und „Wie lässt sich der finanzielle Aufwand für die Bäder verringern bzw. zumindest die stetig steigenden Kosten aufhalten?“ Der daraus resultierende einstimmig gefasste Beschluss beinhaltet den Auftrag an die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit einem Fachbüro und externen Beratern eine Neukonzeption auszuarbeiten. Die beteiligten Gebietskörperschaften werden eingebunden.

Am Puls der Zeit

Stete Veränderung kennzeichnet die fünf niederbayerischen Heil- und Thermalbäder. So stieg zu Beginn der 1990er Jahre die Nachfrage nach ambulanten Bädern. Die Bäderzweckverbän-

de reagierten darauf mit einer Vergrößerung der Wasserflächen in nahezu allen Bädern. Rund zehn Jahre später begann der Rückgang der Verordnungen für Bäder und medizinische Leistungen. In Folge mussten die Thermalbäder mit ergänzenden Angeboten, wie Sauna- und Wellnessbereichen „nachgerüstet“ werden.

Verändertes Freizeitverhalten

Die Badegäste, die noch die um die Jahrtausendwende gängige „klassische“ Kur kennen, werden weniger, das Freizeitverhalten hat sich verändert, die Zahl der Angebote hat sich vergrößert. Zusammen genommen bedeutet das für die Thermen der Zweckverbände sinkende Besucherzahlen und damit sinkende Einnahmen.

Die von allen Verbandsmitgliedern aufzubringende Umlage zeigt insbesondere in den letzten zehn Jahren einen gravierenden Anstieg. Die Schließungen

im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben die Situation noch verschärft. „Die Verlustdeckung des laufenden Betriebs bei gleichzeitig geringeren Investitionszuschüssen des Freistaates Bayern für notwendige Baumaßnahmen gestaltet sich zunehmend schwierig“ so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Strategische Neukonzeption

Die Existenz aller Thermalbäder zu sichern ist nicht zuletzt für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt der Regionen von großer Bedeutung. „Um nicht eines Tages vor die Frage gestellt zu werden, ob wirklich fünf Thermalbäder der öffentlichen Hand zu halten sind, sollte nun eine strategische Neukonzeption der Thermalbäder erfolgen“ so Heinrich.

Wichtige Aspekte sind hierbei die Gewinnung neuer Gästegruppen wie beispielsweise die Generation der heute Berufstätigen oder auch mögliche Kooperationspartner. Weitere Überlegungen sind hinsichtlich der Angebotsgestaltung und Organisation anzustellen, damit die einzelnen Heilbäder ihren individuellen Charakter erhalten können und nicht zu Konkurrenten werden.

Deutsche Wasserwirtschaft:

Branchenbild 2020

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung in Deutschland funktioniert bestens und ist auch im europäischen und internationalen Vergleich auf einem sehr hohen Niveau. Diese Leistungsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft dokumentiert das Branchenbild 2020, das im Namen der führenden Verbände der Wasserwirtschaft an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übergeben wurde.

Der Bericht beschreibt die Vielfalt der Aufgaben der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland sowie ihre zukünftigen Herausforderungen. Der aktuelle Überblick wurde in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund erarbeitet. Zentrales Ziel der deutschen Wasserwirtschaft ist es, die hohen Qualitätsstandards zu sichern und – wo immer möglich und notwendig – zu verbessern.

Garantierte Versorgungssicherheit

„Die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser müssen in Deutschland verlässlich funktionieren. Wie wichtig das ist, spüren wir gerade in Krisenzeiten. Die Versorgungssicherheit wurde in der Vergangenheit und wird auch in Zukunft durch unsere Branche verlässlich sichergestellt. Vor dem Hintergrund vielfältiger Veränderungen unternehmen alle Beteiligten erhebliche Anstrengungen, um weiterhin erfolgreich zu agieren“, erklärten die Repräsentanten der deutschen Wasserwirtschaft anlässlich der Übergabe.

Wesentliche Leistungsmerkmale der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland sind laut Bericht „eine langfristige Sicherheit der Ver- und Entsorgung, hohe Trinkwasserqualität, hohe Abwasserentsorgungsstandards, hohe Kundenzufriedenheit und sorgsamer Umgang mit den Wasserressourcen bei wirtschaftlicher Effizienz“. Diese Aspekte würden im 5-Säulen-Konzept des Benchmarkings betrachtet.

Durch in verschiedenen Projekten angewendetes Benchmarking hätten sich Unternehmen in allen Leistungsbereichen deutlich verbessert. Um zukunftsfähig zu bleiben, müsse die Wasserwirtschaft leistungsfähig, kostendeckend und für die Kunden transparent sein. Benchmarking-Projekte seien hierbei ein Schlüsselinstrument. Wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg der Benchmarking- und Kennzahlenprojekte seien Vertraulichkeit und Frei-

willigkeit, aber auch die Konsistenz und Kompatibilität der erhobenen Daten. Hierzu würden die Kennzahlensysteme von der Branche stetig weiterentwickelt.

Entgelte, Trinkwasserqualität, Umweltauflagen sowie Wasserentnahmerechte und Einleitrechte unterliegen dem Branchenbild zufolge strenger staatlicher Kontrolle. Die Steigerungen der Entgelte für Trinkwasser und Abwasser liegen seit vielen Jahren überwiegend unter dem Inflationsindex. Versorgungssicherheit und Trinkwasserqualität haben für die Kunden die größte Bedeutung. Laut Kundenerhebungen werden die dafür zu entrichtenden Entgelte für angemessen gehalten.

Lokal angepasste Lösungen erforderlich

Die spezifischen regionalen und lokalen Rahmenbedingungen bestimmen die Ver- und Entsorgungsbedingungen vor Ort. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erforderten daher stets lokal angepasste Lösungen. Dies, verbunden mit unterschiedlichen landesrechtlichen Vorgaben, führe zu unterschiedlichen Aufwänden und Kosten. Berücksichtige man den jeweiligen Wassergebrauch und die Leistungsstandards, so gäben die Kunden in Deutschland weniger für ihr Trinkwasser aus als die Kunden in vergleichbaren EU-Ländern.

Die Anforderungen an einen modernen nachhaltigen Umgang mit Wasser stiegen stetig: „Es geht nicht mehr nur darum, Trinkwasser bereitzustellen und Abwasser zu behandeln. Immer wichtiger wird der ganzheitliche Ansatz mit dem Ziel einer nachhaltigen integrierten Wasserwirtschaft. So gehören neben der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung unter anderem auch die Gewässerunterhaltung, der Schutz der Gewässer, der Landschaftswasserhaushalt und der Küsten- und Hochwasserschutz zu den Aufgaben einer funktionierenden Wasserwirtschaft.“

Zudem beeinflussten die Veränderungen gesellschaftlicher Prioritäten die Arbeit der Wasser-

wirtschaft. So rückten Energieverbrauch und -effizienz sowie Ressourcenschutz verstärkt in den Fokus. Zunehmende Nutzungskonflikte mit der Wasserwirtschaft müssten im gesellschaftlichen Konsens gelöst werden.

Und weiter: „Als Folge unserer modernen Industriegesellschaft und verfeinerter Analytik lassen sich vermehrt anthropogene Spurenstoffe und weitere Verunreinigungen wie z.B. Mikroplastik nachweisen. Zu deren Auswirkungen auf Menschen und Umwelt besteht erheblicher Forschungsbedarf. Diese Herausforderung muss im Zusammenspiel von Verursachern, Nutzern und der Wasserwirtschaft gelöst werden. Beim Umgang mit Spurenstoffen muss die Vermeidung des Eintrags an der unmittelbaren Quelle im Vordergrund stehen.“

Stabiler Wassergebrauch

Der Wassergebrauch der Bevölkerung sinkt laut Report seit Jahrzehnten und hat sich in den vergangenen Jahren auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Trotzdem müssen die Unternehmen für den Spitzenbedarf entsprechende Kapazitäten und eine hierauf ausgelegte Infrastruktur zur Verfügung stellen, wie beispielsweise das Trockenjahr 2018 gezeigt hat. Zudem gibt es auch Regionen in Deutschland, wo der konkurrierende Wasserbedarf zum Beispiel durch Beregnung, Tierhaltung usw. stetig ansteigt.

Der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung ist im Wasserhaushaltsgesetz geregelt und verfassungsrechtlich abgesichert. Mit Blick auf die künftig zu erwartenden erhöhten Ansprüche an die Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in klimatisch bedingt zunehmenden Trockenperioden gilt es, diesen Vorrang gegenüber konkurrierenden Nutzungen im Vollzug sicherzustellen.

Gemeinsames Ziel von Politik und kommunaler Wasserwirtschaft müsse es daher sein, die mit dem Erhalt der Infrastrukturen verbundenen Herausforderungen noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Eine funktionierende und qualitativ hochwertige kommunale Wasserwirtschaft stelle die Basis der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland dar.

DK

Wussten Sie schon?

Wir sanieren auch Ihre Infrastruktur



www.bayerngrund.de

Bayern Grund

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in Ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr "Bauamt auf Zeit" bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten
- ✓ Wir arbeiten für Sie selbstverständlich nach den Vergabe- und Fördermittelrichtlinien



Klärschlamm-trocknung:

Bissinger Anlage mit Vorbildcharakter

Erfahrungsberichte nach drei Jahren Inbetriebnahme

Seit drei Jahren geht die schwäbische Gemeinde Bissingen beim Thema Klärschlamm neue Wege. Damals wurde die Klärschlamm-trocknung für die Marktgemeinde im Landkreis Dillingen in Betrieb genommen. Die Trocknungsanlage aus dem Hause Jumbo Group hat die Feuerprobe eindrucksvoll bestanden. Unisono zeigen sich die Projektbeteiligten sehr zufrieden mit der Anlage, die aus ihrer Sicht „uneingeschränkt weiterempfohlen“ werden kann.

Kurz zum Hintergrund: In den Jahren 2013 bis 2016 stiegen die Preise für die Entsorgung von Klärschlamm laut Silke Otterbein, Geschäftsführerin der Neusäßer Firma BSB 5, die im Auftrag der Gemeinde die Bissingen die Kläranlage betreibt, extrem an, so dass bei einem Jahresaufkommen von 2.800 Tonnen entwässerten Schlamm eine Optimierung vorgenommen werden musste.

Durch Zufall sei man auf die Trocknungstechnik der Firma Jumbo Group in Buttenwiesen gestoßen, die sich bislang hauptsächlich mit der Trocknung von Gärresten beschäftigt hatte. Nach einem informativen Kennenlerngespräch mit Firmeninhaber Franz Kraus waren Otterbein zufolge eindeutige Synergieeffekte erkennbar, so dass das Projekt Klärschlamm-trocknung auf der Kläranlage Bissingen zeitnah gestartet werden konnte. Nach einem erfolgreichen Versuch im Krausschen Betrieb konnte die Effizienz des Trockners nachgewiesen werden, gleichzeitig wurden Emissionsmessungen durchgeführt. Innerhalb eines Jahres entwi-

ckelte die Jumbo Group ihren Trockner für Schlamm aus kommunalen Kläranlagen. Die Inbetriebnahme erfolgte 2017, die hohe Schlammmenge von 2.800 Tonnen konnte bereits im ersten Jahr auf 608 Tonnen Trockenschlamm reduziert werden. „Die Ersparnis über die Menge zur Entsorgung war ausreichend, damit war eine schnelle Amortisierung des Projekts erkennbar“, betont Silke Otterbein. „Bis heute haben wir über 8.500 Tonnen nassen Schlamm getrocknet.“

Nahezu energieautarker Betrieb

Für den Trocknungsprozess werden die heißen Abgase von zwei Blockheizkraftwerken verwendet. Ein Kraftwerk wird zusätzlich zum Klärgas auch mit Erdgas betrieben. Mit dem dabei erzeugten Strom kann die Kläranlage nahezu energieautark betrieben werden.

Zufrieden mit der Klärschlamm-trocknung zeigt sich auch die Molkerei Gropper, größter Einleiter der Kläranlage Bissingen und als solcher auch finanziell am Projekt beteiligt. „Für uns ist

dies eine sehr gute Lösung und wir sparen uns natürlich dadurch auch Geld“, heißt es aus der Unternehmensleitung.

Zufriedene Gemeinde

Voll des Lobes sind zudem Bissingens Bürgermeister Stephan Herreiner und der Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft mbH Markt Bissingen (EMB), Jürgen Ostermair. Die Anlage habe sich bewährt und die Erwartungen voll erfüllt. Der Betrieb laufe seit der Inbetriebnahme problemlos. Die Biofilter wirkten hervorragend, „wir haben hier so gut wie keine Geruchsbelästigung im Bereich der Klärschlamm-trocknung“. Die Wartungsarbeiten würden regelmäßig von der

Glauber zur Erneuerung des Stahlwasserbaus am Sylvensteinspeicher:

Schutz der Metropolregion München vor Hochwasser und Trockenheit

Baumaßnahmen für 12 Millionen Euro abgeschlossen

Für 12 Millionen Euro wurde der Stahlwasserbau am Sylvensteinspeicher im Oberen Isartal aktuell umfassend erneuert. Insbesondere die Tiefauslässe des Speichers wurden ausgetauscht und an das inzwischen stark vergrößerte Speichervolumen der Talsperre angepasst. Umweltminister Thorsten Glauber gab die neue Infrastruktur offiziell für die Nutzung frei.

Glauber zufolge „reguliert der Sylvensteinspeicher den Abfluss in der Isar und hat damit herausragende Bedeutung für den Ballungsraum München bis Lands-hut. Der Sylvensteinspeicher ist die Schutzmauer des Isartales vor einem Hochwasser. Für München war der Sylvensteinspeicher zuletzt beim Katastrophenhochwasser 2013 die Lebensversicherung. Die Baumaßnahmen schaffen zukunftsweisenden Hochwasserschutz auf höchstem Niveau. In Zeiten der Trockenheit hat er die gegen-teilige Funktion: Dank der Wasserzugabe aus dem Sylvensteinspeicher führt die Isar auch an Hitzetagen jederzeit genügend Wasser.“

Gezielte Steuerung der Abgabemenge

Ähnlich dem Ablauf einer Badewanne verfügt der Sylvensteinspeicher über zwei auf Höhe des Seegrundes liegende Tiefauslässe: den Triebwasserstollen und den Grundablass. Durch

Jumbo Group durchgeführt, unvorhergesehene, zusätzliche Kosten seien bislang ausgeblieben.

Der Umstand, dass der ursprünglich angefallene Nassschlamm deutlich reduziert werden konnte, habe zu erheblichen Einsparungen im Bereich der Entsorgung geführt. 615.000 Euro hatte die Gemeinde in das Projekt investiert, man geht von einer Amortisationsdauer von fünf bis sieben Jahren aus.

Zusätzliche Investitionen

Zwischenzeitlich wurden zusätzliche Investitionen getätigt und ein Hochsilo zur Lagerung der Pellets erstellt. Damit können Silozüge beladen und künftig auch andere Entsorgungswegen in Betracht gezogen werden. Mit den Pellets sei ein weitestgehend staubfreier Prozess gelungen, was wiederum zu Erleichterungen im Explosionsschutz führte. Für die Zukunft ist eine automatische Befüllung des Trockners angedacht, derzeit



Erwartungen voll erfüllt: Der Anlagenbetrieb läuft problemlos. Bild: Jumbo

erfolgt dies noch per Radlader.

Laut Herreiner und Ostermair war und ist es der gemeindliche Wunsch, auf der Kläranlage ein durchgängiges Konzept vorzuhalten. Hierzu wird der hohe Gasanfall durch den Faulturm über Blockheizkraftwerke zur Stromerzeugung und die Abwärme der BHKW wiederum zur Klärschlamm-trocknung genutzt. Ziel ist es, in Zukunft sowohl im Stromverbrauch als auch im Erdgasverbrauch autark zu werden, weshalb ein zweiter Faulturm in Planung sei. Mit dem Bau soll nächstes Jahr begonnen werden, um damit noch mehr Met-hangas zu erzielen.

Darüber hinaus arbeite man mit BSB 5 und der Jumbo Group an der Entwicklung neuer Ab-

satzmärkte, um letztlich aus der Entsorgungskette des Klärschlamm ausbrechen zu können, betonen die Gemeindevertreter. Durch Verbrennung der Pellets würden aktuell hochwertige Rohstoffe vernichtet, dabei sollte doch eine nachhaltige Nutzung das Ziel sein.

Neue Wege

Zahlreiche Delegationen, überwiegend aus Deutschland, aber auch aus Österreich und der Schweiz, haben die Anlage in Bissingen inzwischen besichtigt. Die neuen Wege, die die schwäbische Gemeinde beschritten hat, könnten für andere Kommunen somit durchaus beispielgebend sein. **DK**

Lindbergmühle züchtet künftig mehr gefährdete Fischarten

Stillgelegter Teich wird nach 20 Jahren reaktiviert

Mainkofen. Der niederbayerische Bezirksausschuss hat dafür gestimmt, einen Teich im Fischereilichen Lehr- und Beispielbetrieb in Lindbergmühle zu reaktivieren und dort künftig noch mehr gefährdete Fischarten wie Elritze oder Barbe zu züchten.

Im Jahr 2000 wurde der Teich zusammen mit den gepachteten Wartner-Teichen aus der Bewirtschaftung herausgenommen, da es eine rechtsaufsichtliche Beanstandung durch das Bayerische Staatsministerium des Innern gegeben hatte – mit dem Inhalt, dass der Fischereiliche Lehr- und Beispielsbetrieb in der Fischproduktion überdimensioniert sei und in Konkurrenz zur privaten Erwerbsfischerei trete. Damals wurden die Pachtverträge für die Wartner-Teiche gekündigt und der L-Teich (so genannt wegen seiner L-Form) nicht mehr besetzt.

Allerdings, so führte Bezirks-tagspräsident Dr. Olaf Heinrich aus, war damals das Ziel,

die Verfahren für die Vermehrung und Aufzucht gefährdeter Fischarten soweit zu entwickeln, dass diese Arten zukünftig von Erwerbsfischereibetrieben selbst produziert werden können. „Dieses Ziel konnte in den letzten zwei Jahrzehnten nicht erreicht werden.“

Es habe sich gezeigt, dass das erforderliche Wissen und die Erfahrung, der hohe zeitliche Aufwand und der begrenzte Markt das Interesse von Erwerbsbetrieben an der Produktion bestandsgefährdeter Fischarten stark limitiert. Die meisten Fischer und Setzlinge müssen nach wie vor von den Lehr- und Beispielsbetrieben der Bezirke, der Anlage des Landesamtes für Umwelt in Wielenbach und des Landesfischereiverbandes in Massenhausen bereitgestellt werden.

Gesellschaftlicher Auftrag

„Die Einbeziehung des L-Teiches in die Aufzucht von gefährdeten Fischarten kommt letztlich dem gesellschaftlichen Auftrag des Artenschutzes nach. Sie verstößt nicht gegen die damalige rechtsaufsichtliche Beanstandung des Staatsministeriums des Innern und entspricht der Beratungsaufgabe sowie der Unterstützung der Fischereivereine und der privaten Teichwirtschaft“, so Heinrich.

Es ist vorgesehen, im L-Teich bestandsgefährdete karpfenartige Fische, wie etwa die Elritze oder Barbe, heranzuziehen. Durch die extensive Wirtschaftsweise entstehen keine zusätzlichen erheblichen Kosten (geschätzt weniger als 1.000 Euro jährlich), so dass der Aufwand voraussichtlich über die Verkaufserlöse gedeckt werden kann. **□**



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Beiträgen und Benutzungsgebühren leitungsgebundener Einrichtungen
- Berechnung Beitrags- & Gebührensätze
- Satzungsarbeiten und Dokumentation
- Unterstützung bei der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr
- Ermittlung 12%-Erheblichkeitsschwelle
- Ermittlung gebührenpflicht. Flächen
- Information der Bürger und der politischen Gremien

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de



Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse:

Rekordumsatz und Corona-Krise

Licht und Schatten kennzeichneten die diesjährige Sommer-Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse. Einerseits war für die Messegesellschaft 2019 mit einem Umsatz von 285,7 Mio. Euro und einem Gewinn von 2,3 Mio. Euro das erfolgreichste ungerade Jahr in der Unternehmensgeschichte, andererseits folgt ein coronabedingt äußerst herausforderndes Messejahr 2020 mit aktuell 41 Verschiebungen oder Absagen im Messekalender, davon allein 23 im Messezentrum Nürnberg.

Wie Dr. Roland Fleck, CEO NürnbergMesseGroup, betonte, führte die Messegesellschaft weltweit 176 Veranstaltungen durch, an denen sich 35.439 Aussteller auf 1,1 Mio. Quadratmeter Netto-Ausstellungsfläche und rund 1,4 Mio. Besucher beteiligten. Mit einem Plus von 3 % bei den Besuchern, einer Zunahme von 4 % bei der Aussteller-Fläche und einer Steigerung von 5 % bei den Ausstellern wuchs die NürnbergMesse im sechsten Jahr in Folge deutlich dynamischer als der Wettbewerb: „Für die NürnbergMesse war das Geschäftsjahr 2019 ein echtes Rekordjahr. Unsere starken Finanz- und Veranstaltungskennzahlen bildeten die stabile Ausgangsbasis für ein weiteres erfolgreiches und ebenso rekordverdächtiges Messejahr 2020 – bevor wir dann ebenso unverschuldet wie massiv von der Corona-Pandemie beeinträchtigt wurden“, berichtete Fleck.

Auf die Ausbreitung des Coronavirus 2020 und die damit verbundenen Einschränkungen für die globale Messewirtschaft reagierte die NürnbergMesse in zweifacher Hinsicht: Zum einen hat die Sicherung von Liquidität unverändert höchste Priorität. Um dies zu erreichen, wurden in allen Bereichen des Unternehmens konsequent Kosten gesenkt, das arbeitsplatzsichernde Instrument der Kurzarbeit erstmals eingeführt und geplante Investitionen, wie in das NCC Süd und die Mitarbeiterimmobilie, verschoben. Zum anderen investiert die Nürnberg-

Messe zugleich gezielt in Maßnahmen, die für die weitere Unternehmensentwicklung von großer Bedeutung sind. Hierzu zählen hybride Messekonzepte, der Ausbau von Services sowie das Stärken der Kernkompetenz – nämlich Messen und Kongresse. Dies beinhaltet auch umfassende Sicherheits- und Hygienemaßnahmen.

Digitale Erweiterung

Die Corona-Pandemie führte laut CEO Peter Ottmann dazu, dass die NürnbergMesse ihr bewährtes Messe-Angebot digital erweitert hat. Der zu Jahresbeginn gegründete neue Geschäftsbereich „Corporate & Digital Development“ steuert die wichtige Unternehmenstransformation und forciert in enger Kooperation mit Veranstaltungspartnern, Ausstellern und Besuchern die Einführung neuer hybrider Messeformate.

Den Startschuss bildete Anfang Juli die virtuelle Messeausgabe der MedtecLIVE, bei der sich vom klassischen Zulieferer der Medizintechnik über Forschungsgruppen bis hin zu Start-ups alle Akteure auf einer gemeinsamen Online-Plattform austauschen konnten. Auch bei GalaBau und it-sa im Herbst sei entschieden worden, sie in diesem Jahr nicht wie gewohnt durchzuführen.

Ein kleiner Teil der GalaBau-Gemeinschaft trifft sich dennoch im Herbst in Nürnberg: Wie geplant wird der beliebte Landschaftsgärtner-Cup am 17.

und 18. September im Messezentrum Nürnberg, jedoch ohne Publikum, stattfinden, zeitgleich zum BGL-Verbandskongress, der BGL-Bildungsklausur und der GALK-Mitgliederversammlung, wobei die Teilnahme Mitgliedern vorbehalten ist. Mit der World Urban Parks Conference wird partiell das ursprünglich geplante Fachprogramm digital abgebildet.

Die it-sa 365 startet ab dem 6. Oktober online und bietet dann ganzjährig innovative Dialogformate, um die IT-Sicherheitsindustrie bestmöglich zu vernetzen. Anders als die GalaBau ist die it-sa eine echte Arbeitsmesse, wie Ottmann darlegte. Die Durchführung einer derart dialogorientierten Veranstaltung mit Dienstleistungen und Anwendungen direkt an Bildschirmen oder auf mobilen Rechnern wäre durch die Verpflichtung zur Einhaltung von Abstandsregeln deutlich beeinträchtigt.

„Deshalb führen wir die ursprünglich geplanten Elemente des Rahmen- und Forenprogramms der it-sa nun in virtueller Form unter einem Dach zusammen. Unseren Kunden bieten wir damit künftig ganzjährig aktuelles Fachwissen rund um IT-Sicherheitsfragen. Im Mittelpunkt stehen dabei interaktive Dialogformate, Produktinformationen und Beiträge von IT-Sicherheitsanbietern sowie Neuigkeiten aus der Welt der IT-Security. it-sa 365 ist damit die logische Erweiterung zur it-sa und knüpft ein virtuelles Band zwischen Ausstellern und Besuchern.“

„Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang ein partnerschaftliches Vorgehen: Als NürnbergMesse orientieren wir uns an den Wünschen der verschiedenen Branchen. Gleichzeitig setzen wir, trotz der aktuellen He-

rausforderungen der Corona-Pandemie, die Resonanz und Ergebnisse der einzelnen Kundenbefragungen konsequent in neue Messeformate um“, stellte der CEO fest und ergänzte: „Im Hinblick auf die Digitalisierung bei der NürnbergMesse begreifen wir die von uns unverschuldete Krise als Chance: Wichtige, bereits vor der Corona-Pandemie eingeleitete Schritte werden nun noch schneller und entschlossener angegangen, um das zu tun, was wir am besten können: Menschen nicht nur real, sondern auch digital zu vernetzen!“

Zukunftsthema Wasserstoff

Neue Wege geht die NürnbergMesse auch beim zukunftssträchtigen Thema Wasserstoff: Mit der Veranstaltung Hydrogen Dialogue am 18. November 2020 im Nürnberger Messezentrum vernetzt das Unternehmen nicht nur bayerische, deutsche und europäische Akteure rund um das Thema Wasserstoff, sondern unterstützt auch die Wasserstoffstrategie des Freistaates Bayern. Das neue Format ist die künftig zentrale Plattform für Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und macht Nürnberg damit laut Ottmann „endgültig zur Wasserstoff-Hauptstadt“.

Welche betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Lockdown auf das Geschäftsjahr 2020 konkret haben wird, können Roland Fleck und Peter Ottmann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht seriös beziffern. Entscheidend dafür wird sein, wie sich die Veranstaltungen im zweiten Messe-Halbjahr entwickeln. Das ursprünglich geplante Umsatzziel von 350 Mio. Euro für 2020 werde aber virusbedingt definitiv nicht mehr zu erreichen sein, unterstrichen beide CEOs. Stattdessen geht die NürnbergMesse zum jetzigen Zeitpunkt von einem Umsatz von rund 100 Mio. Euro für 2020 aus. **DK**

Licht und Schatten

Messe München feiert Rekordjahr 2019 und zeigt sich in Corona-Krise resilient

Die Messe München hat das Jahr 2019 mit einem neuen Rekordumsatz von 474,2 Millionen Euro abgeschlossen. Das EBITDA – das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen – beträgt 138,4 Millionen Euro. Durch die Corona-Pandemie bedingten Absagen von Messen und Kongressen steht die Messe München im laufenden Jahr vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. Digitale Formate sollen das bestehende Messeportfolio erweitern.

Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München blickt durchweg positiv auf das vergangene Jahr zurück: „2019 war das erfolgreichste Geschäftsjahr in der Geschichte der Messe München. Wir sind sehr stolz auf die Ergebnisse, die wir bei unseren Veranstaltungen in München und an unseren Standorten im Ausland erzielen konnten.“ Gleichzeitig betont Dittrich die Herausforderungen in der aktuellen Situation: „Die Corona-Pandemie zeigt wie verletzlich die globale Wirtschaft trotz Rekordergebnissen ist. Daher müssen wir als Unternehmen weiterhin innovative Formate entwickeln, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben.“

bauma der Superlative

Mit über 32.000 Ausstellern und rund 2,5 Millionen Besuchern am Standort Riem verzeichnete die Messe München 2019 ein Rekordjahr. Großen Anteil daran hatte die bauma – die flächenmäßig größte Messe der Welt – mit über 3.000 Ausstellern und mehr als 620.000 Besuchern aus 200 Ländern. Insgesamt fanden im vergangenen Jahr 15 Eigen- und 163 Gastveranstaltungen auf dem Gelände der Messe München statt, 30 Veranstaltungen im Ausland.

Neben der bauma gab es im Jahr 2019 noch weitere Highlights bei Messen und Konferenzen. Im Juni öffnete Europas größte Outdoor Fachmesse erstmals in München ihre Tore. Über 20.000 Besucher und mehr als 1.000 Aussteller nahmen an der Outdoor by ISPO teil. Für einen historischen Moment sorgte die Gründerplattform Bits & Pretzels im September. Der ehemalige US-Präsident Barack Obama eröffnete das Event vor 5.000 Teilnehmern.

Wirtschaftsmotor für Stadt und Land

Welche wirtschaftliche Bedeutung die Messen und Kongresse der Messe München für die Wirtschaft in München, Bayern und Deutschland besitzen, zeigt die aktuelle Studie des ifo Institutes zur Umwegrentabilität. Jeder Euro Umsatz bei der Messe München führt zu zehn Euro Umsatz bei Dritten, wie z.B. Hotellerie, Gastronomie, Standbau, Reise- und Speditionsgewerbe, Einzelhandel oder Agen-

turen. In einem durchschnittlichen Messejahr sorgen Aussteller und Besucher der Münchner Messen und Kongresse für einen Gesamtumsatz von 3,3 Mrd. Euro. Rund 80 Prozent dieser Kaufkrafteffekte entfallen auf München (1,8 Mrd. Euro) und das übrige Bayern (0,8 Mrd. Euro). Im Rekordjahr 2019 lag die Umwegrentabilität sogar bei 4,3 Mrd. Euro.

Einen ähnlichen Effekt erwartet die Messe München von der IAA – der Plattform für die Mobilität der Zukunft – die im September 2021 zum ersten Mal in München stattfinden wird. Die neue Veranstaltung wird einen Gesamtumsatz von rund 500 Mio. Euro in die Region München bringen. „Deshalb ist der Neustart von Messen im Moment unser vorrangigstes Ziel. Denn Messen sind das wirksamste Konjunkturprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft“, erklärte dazu Klaus Dittrich.

Digitale Formate und Hybrid-Plattformen

Als Veranstalter von Messen und Kongressen wurde die Messe München von der Corona-Pandemie unmittelbar und hart getroffen. Seit März finden keine Events mehr statt. „Im schlimmsten Fall rechnen wir mit Umsatzverlusten von bis zu 240 Mio. Euro im laufenden Jahr. Wir haben in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet und aktuell einen konsequenten Sparkurs eingeschlagen. Wir unternehmen alles, um die Gesundheit unserer Aussteller, Besucher und Mitarbeiter zu schützen und die im Herbst bevorstehenden Veranstaltungen erfolgreich durchführen zu können, fasst Klaus Dittrich die aktuelle Situation zusammen.“

Als Ersatz für abgesagte Veranstaltungen hat die Messe München digitale Konferenzen und Plattformen entwickelt, um ihren Kunden zumindest online Präsentations-, Kontakt- und Geschäftsmöglichkeiten zu bieten. „Wir wollen gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und sehen sie auch als Chance, unser Geschäftsmodell weiterzuentwickeln. Zu den innovativen Formaten, die von der Messe München entwickelt wurden, zählen die „ISPO Re.Start Days“, „IFAT impact“ sowie der „Expo Real Hybrid Summit“.

fügung stehende Raum intelligenter genutzt werden, weil die Nutzungsansprüche mehr und vielfältiger werden. Veit zufolge wird deshalb die Landes- und Regionalplanung, die sich mit verschiedenen Themen wie der Änderung des Landesplanungsgesetzes, der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms, der Überarbeitung der Förderrichtlinie Landesentwicklung sowie der Interreg-Förderperiode 2021 bis 2027 auseinandersetzt, dringend benötigt.

Für die Zukunft ist Veit zufolge keine Neugestaltung von Landes- und Regionalplanung nötig, sondern eine Konsolidierung und Nutzung der Gestaltungsmöglichkeiten. Der Ministerialrat bat den Regionalen Planungsverband Donau-Wald darum, den Regionalplan aktuell zu halten und die Regionalentwicklung voran zu treiben. **DK**

Bezirkstag von Oberbayern verabschiedet Resolution:

Kommunaler Rettungsschirm für alle!

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution fordert der Bezirkstag von Oberbayern die direkte Beteiligung der Bezirke an einem kommunalen Rettungsschirm. „Die Steuerausfälle durch die Coronakrise werden uns hart treffen“, erläuterte Bezirksstagspräsident Josef Mederer im Rahmen der Vollversammlung in Fürstenfeld. „Um unsere gesetzlich verankerten Aufgaben vor allem für Menschen mit Behinderungen dauerhaft zu sichern, müssen uns Bund und Freistaat bedarfsgerecht am Rettungsschirm beteiligen.“

Aufgrund der Covid-19-Pandemie rechnen Gemeinde-, Städte- und Landkreistag mit Steuerausfällen von mehreren Milliarden Euro. „Dieser Einbruch der kommunalen Finanzkraft hat auch deutliche Auswirkungen auf die umlagefinanzierten Bezirke“, heißt es in der Resolution. Sie finanzieren sich über die Bezirksumlage, die sie bei den Landkreisen und kreisfreien Städten erheben. Auch der Bezirk Oberbayern befürchtet durch die sinkenden Steuereinnahmen deutliche Auswirkungen auf seinen Haushalt und damit auf die Bezirksumlage. Diese liegt in Oberbayern für 2020 bei 21 Prozentpunkten.

Gefährdet seien nicht nur die Leistungen für Menschen mit Behinderungen und für pflegebedürftige Menschen. Ausreichende finanzielle Mittel seien auch notwendig für die bezirklichen Leistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe, die Schulbegleitung, die jungen Erwachsenen im Asylbereich, die Auswirkungen durch das Angehörigen-Entlastungsgesetz, die Sicherstellung der Ausbildung in den Fachschulen und die identitätsstiftende Kultur- und Heimatpflege. „Es darf zu keinen Einbußen

bei den erreichten Qualitätsstandards kommen“, fordern die Mitglieder des Bezirkstags. All diese Leistungen seien wichtige Pfeiler des Sozialstaates und Garantien für die Demokratie.

Zudem müssten die Bezirke bei der Verteilung der Rettungsschirm-Mittel „ausreichend und direkt berücksichtigt werden“. Die Bezirksräte fordern den Freistaat Bayern auf, „im Dialog mit den kommunalen Ebenen tragbare Lösungen zu finden und im Bund für die entsprechenden gesetzlichen Ausgleichsregelungen zu sorgen“.

Finanzierung sicherstellen

Zudem erneuern sie ihre Forderung, „die Bezirke endlich am quotalen Steuerverbund zu beteiligen“. Aus Sicht von Bezirksstagspräsident Mederer „wäre damit endlich unsere eigenständige Finanzierung sichergestellt. Deshalb werden wir diese Forderung solange erheben, bis sie umgesetzt ist.“ Eingereicht haben die Resolution die Bezirksstagsfraktionen CSU, Bündnis 90/ Die Grünen, Freie Wähler, SPD, FDP und Linke. Sie soll auch in den Bayerischen Bezirkstag eingebracht werden. **DK**



Sitzung im Forum Fürstenfeld. Wegen der Corona-Pandemie tagte der Bezirkstag aushäusig. Die Vollversammlung des Bezirkstags fand im Forum Fürstenfeld in Fürstenfeldbruck statt. Im gewohnten Sitzungssaal in München hätten die 82 Bezirksrätinnen und Bezirksräte nicht den erforderlichen Mindestabstand von 1,5 Metern einhalten können.

Bild: Wolfgang Englmaier/Bezirk Oberbayern

Regionaler Planungsverband Donau-Wald:

Laumer bleibt Vorsitzender

Landrat Josef Laumer (Landkreis Straubing-Bogen) ist weiterhin Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald. Bei der Verbandsversammlung in Wolferszell, Gemeinde Steinhilber, wurden Lothar Venus, Bürgermeister in Wegscheid (Landkreis Passau), und der Deggendorfer Oberbürgermeister Christian Moser zu Laumers Stellvertretern bestimmt.

Die Region umfasst die fünf Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau, Regen und Straubing-Bogen sowie die beiden kreisfreien Städte Straubing und Passau. In Bayern gibt es 18 Planungsregionen, die Region Donau-Wald ist flächenmäßig mit gut 5.690 Quadratkilometern die Größte. Gemeinsam am Bevölkerungsanteil (etwa 660.000 Einwohner) handelt es sich um die fünftgrößte Planungsregion in Bayern.

In seinem Rückblick auf die vergangene Amtsperiode nannte Laumer als Schwerpunkte die

Themen Windkraft und 10-H-Regelung, die Fortschreibung des Regionalplans, Siedlungswesen und Freiraumsicherung, Gleichwertige Lebensbedingungen im Freistaat und die Integrierte ländliche Entwicklung in Bayern. Wichtige Themen für die Zukunft seien die Wasserversorgung in der Region, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen, eine flächendeckende Verkehrsinfrastruktur, sowie Klimaschutz und Flächensparoffensive. Der Planungsverband, so der Vorsitzende, werde auch künftig als



Landrat Josef Laumer

Bild: Landkreis Straubing-Bogen

Sprachrohr für die Region dienen.

Ministerialrat Rainer Veit vom bayerischen Wirtschaftsministerium informierte über die aktuelle Landes- und Regionalplanung und stellte die Planungsebenen vor. Aus seiner Sicht muss künftig der nur begrenzt zur Ver-

Förderung von kommunalen Testzentren

Um die Pandemie einzudämmen, schafft die Staatsregierung weitere Testmöglichkeiten und unterstützt Landkreise und kreisfreie Städte finanziell. Zudem hat der Ministerrat den Aufbau eines Pandemiezentallagers beschlossen, um die Versorgung mit ausreichend Schutzausrüstung sicherzustellen. Ab September will Bayern auch wieder zum Regelbetrieb in der Kinderbetreuung zurückkehren. Ein Drei-Stufen-Modell soll bei Verschlechterung des Infektionsgeschehens garantieren, dass Einschränkungen möglichst gering bleiben ohne den Infektionsschutz zu vernachlässigen.

Ausreichende Testmöglichkeiten bezeichnet die bayerische Staatsregierung als einen zentralen Baustein zur Erkennung und Eindämmung der Corona-Pandemie. Der Freistaat weitet deshalb seine Teststrategie zum raschen Erkennen von Infektionen aus und fördert künftig kommunale Testzentren finanziell. Damit sollen weitere Testmöglichkeiten geschaffen werden. Zusätzlich zur Testung in Arztpraxen und freiwilligen Reihentestungen zum Beispiel in Alten- und Pflegeeinrichtungen, bei Polizei, Justiz, Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern unterstützt der Freistaat damit nun auch das Angebot in Testzentren.

Unterstützung für Städte

Kreisfreie Städte und Landkreise werden mit einem Betrag von 50 Prozent der Kosten für die Organisation und den Betrieb der Testzentren unterstützt. Hinzu kommt eine Pauschale für die Koordinierung insbesondere der Terminvergabe und eventuell anfallende Transportkosten für Proben. Die Kosten für Testungen in Testzentren, also ärztliche und labordiagnostische Leistungen, werden im Rahmen der Bayerischen Teststrategie komplett vom Freistaat Bayern übernommen, soweit sie nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Der Betrieb eines Testzentrums liegt in der Entscheidung der jeweiligen kreisfreien Stadt und des jeweiligen Landkreises entsprechend der bestehenden Nachfrage und dem konkreten Bedarf an Testungen vor Ort. Die voraussichtlich anfallenden zusätzlichen Kosten von rund 4,7 Mio. Euro pro Jahr werden aus den Mitteln für die Umsetzung der Bayerischen Teststrategie (insgesamt 272 Mio. Euro) finanziert.

Kreisfreie Städte und Landkreise können ihre Anträge auf anteilige Kostenübernahme quartalsweise beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) einreichen, das nach Prüfung die erstattungsfähigen Aufwendungen auszahlt.

Pandemiezentallager mit Schutzausrüstung

Mit Blick auf eine mögliche zweite Corona-Welle, aber auch andere Pandemien in der Zukunft, arbeitet Bayern weiter intensiv für einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung. Der Gesundheitsschutz hat dabei immer Priorität. Entscheidend für die Eindämmung und Bekämpfung einer Pandemie ist unter anderem die Verfügbarkeit von medizinischem Schutzmaterial. Die Erfahrungen der letzten Monate haben deutlich gemacht, dass dies zu einer großen Herausforderung werden kann. Für die Bedarfsträger, wie Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeheime, kann die Beschaffung nahezu unmöglich werden, wenn Lieferketten ganz oder zeitweise abbrechen. Der Ministerrat hat deshalb den Aufbau eines Pandemiezentallagers beschlossen.

Das Zentrallager soll die Versorgung der medizinischen und pflegerischen Bedarfsträger in pandemischen Krisensituationen mit der notwendigen persönlichen Schutzausrüs-

tung garantieren. Bei der ersten Corona-Infektionswelle im Frühjahr hatte der Freistaat die Aufgabe der Beschaffung medizinischen Materials in großem Umfang für die Bedarfsträger übernommen. Das diente der Unterstützung im medizinischen und pflegerischen Bereich sowie im Rettungsdienst, in der Gefahrenabwehr und in der Öffentlichen Sicherheit. Das Pandemiezentallager wird Schutzausrüstung mit einem Lagerwert von rund 300 Mio. Euro enthalten. Das Geld wird in OP- und Atemschutzmasken des Standards FFP2 und FFP3, Pflegekittel- und OP-Kittel, Schutzanzüge verschiedener Schutzstufen, Infektionsschutzhandschuhe und Augenschutzbrillen investiert.

Standort noch nicht fix

Zur Berechnung der vorzuzählenden Mengen an Schutzausrüstung wurde die Zahl der bayerischen Meldedfälle während der Corona-Pandemie zugrunde gelegt und auf die Ausbruchsschwere im deutlich stärker betroffenen Spanien hochgerechnet. Ausgehend davon wurde der Bedarf für sechs Monate ermittelt, um vorausschauend eine größtmögliche Sicherheit im Pandemiefall zu schaffen. Der strategische Grundstock enthält zudem Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte. Auch bereits beschaffte CT-Geräte und Blutgas-Analysegeräte sollen in den Grundstock integriert werden. Die bereits beschafften Ausstattungsgegenstände zur Ausstattung etwaiger Notunterkünfte sowie zur Durchführung von Reinigungs- und Infektionsschutzmaßnahmen werden ebenfalls Teil des Grundstocks. Über den Standort des Pandemiezentallagers soll zeitnah entschieden werden. Übergangsweise werden die bisherigen Lagerkapazitäten weiter genutzt.

Rückkehr zum Kita-Regelbetrieb

Da sich das Infektionsgeschehen in Bayern in den vergangenen Wochen deutlich verbessert hat, will der Freistaat zum Regelbetrieb zurückkehren. Gerade Familien waren durch die Einschränkungen besonders betroffen.

Bayernweit gibt es etwa 9.800 Kindertageseinrichtungen, in denen etwa 590.000 Kinder betreut werden. Sollte das Infektionsgeschehen weiterhin stabil bleiben, soll der Regelbetrieb in der Kinderbetreuung wieder ab 1. September 2020 starten.

Weil sich die Situation schnell ändern könne, sieht das Konzept zur Wiederaufnahme des Regelbetriebs deshalb auch Stufen bei Verschlechterung des Infektionsgeschehens vor. Dabei sollen zunächst vorrangig lokale Einschränkungen greifen, um die Einschränkungen für Familien möglichst gering zu halten bei bestmöglichem Infektionsschutz. Alle Entscheidungen werden jeweils aktuell unter Berücksichtigung des weiteren Infektionsgeschehens getroffen.

Stufe 1: Rahmen-Hygienekonzept

Das Drei-Stufen-Modell für die Kindertagesbetreuung in Bayern zum neuen Kindergartenjahr ab 1. September 2020 sieht in der ersten Stufe vor, dass

die Kinder mit möglichst wenig Einschränkungen die Kindertageseinrichtung beziehungsweise Kindertagespflegestelle besuchen können. Im Regelbetrieb müssen die Einrichtungen weiterhin ein Schutz- und Hygienekonzept einhalten, das sich an dem Rahmen-Hygieneplan Corona des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) orientiert. Dieser Rahmen-Hygieneplan für die Kindertageseinrichtungen wird aktuell überarbeitet und sollte noch vor den bayerischen Sommerferien veröffentlicht werden. Ziel sei es, dass die Träger ihr Schutz- und Hygienekonzept vor Ort entsprechend der Personalausstattung, der Anzahl und der Größe der Räume sowie der Anzahl und des Alters der Kinder noch individueller ausgestalten können – was Flexibilität schaffe. Zudem sollen offene Betreuungskonzepte wieder zugelassen werden. Im Hinblick auf die üblichen Erkältungswellen ab Herbst sollen Kinder trotz leichten Schnupfens ihre Kindertageseinrichtung besuchen dürfen, wenn sie im Übrigen gesund sind. Das LGL erarbeitet dafür gemeinsam mit Kinderärztinnen und Kinderärzten einen leicht verständlichen Leitfaden für die Kita-Praxis, der die Erzieherinnen und Erzieher bei der Einschätzung von Krankheitssymptomen bei Kindern unterstützen soll.

Stufe 2: Eingeschränkter Betrieb

Um auf steigende Corona-Zahlen zu reagieren und eine Verbreitung des Virus zu verlangsamen, sollen Einschränkungen vorrangig lokal beziehungsweise regional begrenzt erfolgen. Zudem soll möglichst ein eingeschränkter Betrieb mit reduzierten Gruppengrößen möglich bleiben, dessen Rahmen die Träger ausgestalten können. Flexibilität vor Ort soll vermeiden, dass einzelne Kinder über einen langen Zeitraum überhaupt keine Förderung und Bildung in der Betreuung in Anspruch nehmen können. Schließungen von Kindertageseinrichtungen bleiben das letzte Mittel und sollen auf das infektionsschutzmäßig unbedingt nötige Mindestmaß begrenzt werden.

Die Entscheidung über eine Reduzierung von Gruppengrößen und die anzubietende Notbetreuung trifft bei lokal begrenzten Ausbrüchen des Coronavirus' das jeweils zuständige Gesundheitsamt, bei Bedarf in Abstimmung mit dem örtlichen Jugendamt. Die individuelle Ausgestaltung der Betreuung erfolge dann vor Ort von den Trägern in Abstimmung mit den Eltern. So könnten die Kinder den Betreuungspersonen etwa in kleinen Gruppen fest zugeordnet werden oder die Betreuungszeiten der Kinder angepasst werden, etwa in Schichtmodellen.

Stufe 3: Eingeschränkte Notbetreuung

Wenn das Infektionsgeschehen sich stark verschlechtert, müsse eine Notbetreuung in einer Art „Baukastensystem“ in Abhängigkeit vom jeweiligen Infektionsgeschehen angeboten werden. Auch hier erfolge die Entscheidung, welche Gruppen in der Notbetreuung betreut werden, bei lokal begrenzten Ausbrüchen auf örtlicher Ebene nach einer vorgegebenen Priorisierung (z.B. Kinder mit Eltern in kritischer Infrastruktur) durch das Gesundheitsamt, bei Bedarf in Abstimmung mit dem örtlichen Jugendamt. Sollte eine Einschränkung des Betriebs der Kindertagesbetreuung notwen-

dig werden, sollen auch wieder Eltern-Betreuungsgruppen möglich sein, in denen mehrere Familien sich gegenseitig bei der privaten Betreuung der Kinder unterstützen können.

CleanTech Hub für Kreislaufwirtschaft der Zukunft

Der sparsame und effiziente Einsatz von Ressourcen leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Bayern fördert deshalb Produktionsweisen, die natürliche Ressourcen und das Klima schonen. Dafür soll das Ressourceneffizienz-Zentrum (REZ) Bayern zielgerichtet zum „CleanTech Hub für Kreislaufwirtschaft der Zukunft“ am Landesamt für Umwelt (LfU) ausgebaut werden. Der Freistaat stellt für das REZ von 2016 bis 2022 rund 3,6 Mio. Euro bereit. Die Kooperation mit den bayerischen Industrie- und Handelskammern und den Regionalpartnern des REZ soll dafür weiter intensiviert werden. Das REZ soll Zukunftsthemen wie die Digitalisierung im Kontext der Kreislaufwirtschaft aufgreifen, den neuen Projektverbund für Kreislaufwirtschaft der Zukunft koordinieren und den Wissenstransfer dieser neuen nachhaltigen Technologien in bayerische Unternehmen vorantreiben. Um die interdisziplinäre Zusammenarbeit weiter zu stärken, soll das REZ künftig in einer innovativen Organisationsstruktur arbeiten. Mit dem Ausbau wird der 7-Punkte-Plan der Staatsregierung für einen effizienten Ressourceneinsatz in der bayerischen Wirtschaft weiterentwickelt.

Schutz vor Verkehrslärm

Die Staatsregierung will zudem die Belastungen für Anwohner durch Verkehrslärm so gering wie möglich gestalten. Der Vorschlag: die sogenannten Auslösewerte um mindestens drei Dezibel senken, ab denen Lärmsanierungen an bestehenden Bundesstraßen möglich sind. Dafür wird Bayern einen Entschließungsantrag im Bundesrat stellen. Auf Landesebene werden die Auslösewerte für die Lärmsanierung entlang der Staatsstraßen bereits jetzt um drei Dezibel gesenkt. Die Maßnahmen sollen das unterschiedliche Lärmschutzniveau für Anwohner von bestehenden Bundes- bzw. Staatsstraßen und Anwohnern an neu geplanten oder wesentlich geänderten Straßen angleichen. Für neue Projekte liegen die Auslösewerte deutlich niedriger als für Lärmsanierungen. **red**



V.l. Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf, Landrat Alexander Anetsberger, Landrat Albert Gürtner und Landrat Peter von der Grün. Bild: Rössle/Stadt Ingolstadt

Austausch auf Augenhöhe

Landräte und Oberbürgermeister gemeinsam für die Region

Die drei Landräte Albert Gürtner (Pfaffenhofen), Peter von der Grün (Neuburg-Schrobenhausen) und Alexander Anetsberger (Eichstätt) sowie Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf (Ingolstadt) wollen zukünftig eng zusammenarbeiten. Im Ingolstädter Rathaus ging u.a. um die Transformation von Arbeitsplätzen in der Region, um Krankenhäuser, Schulen, Verkehr und ÖPNV. „Wir haben uns intensiv ausgetauscht. Der Grundstein für eine neue Kultur der Zusammenarbeit ist gesetzt“, so Landrat Albert Gürtner.

Diese Runde soll eine feste Einrichtung werden, pro Quartal ist ein Treffen geplant. Nach der Premiere in Ingolstadt ist für September die Fortsetzung in Eichstätt geplant. **□**

Kalb und Sauerteig führen Planungsverband

Digitalisierung, Klimaschutz, Demografie: Überarbeitung des Regionalplans Oberfranken-West

Der Bamberger Landrat Johann Kalb führt auch in den kommenden sechs Jahren den Regionalen Planungsverband Oberfranken-West. Dies entschied die Verbandsversammlung einstimmig in der Regnitz-Arena in Hirschaid. Ebenfalls einstimmig wurde der Coburger Oberbürgermeister Dominik Sauerteig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Forchheimer Landrat Dr. Hermann Ulm leitete die Wahl.

„Uns ist es bisher sehr gut gelungen, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen. Ich werde alles daransetzen, dass wir auch in Zukunft mit einer Stimme sprechen. Das hat mehr Gewicht“, bedankte sich Johann Kalb bei den Landräten und Bürgermeistern der Städte Bamberg und Coburg sowie der Landkreise Bamberg, Forchheim, Lichtenfels, Coburg und Kronach.

Regionalplan als gemeinsame Basis

Deren gemeinsame Basis ist der Regionalplan. Dieser soll nach den Vorstellungen des Vorsitzenden mit Blick auf zum Beispiel Digitalisierung, Klimaschutz oder Demografie in mehreren Kapiteln grundlegend überarbeitet werden. Details und den Fahrplan stellte Regionsbeauftragter Harald Frauenknecht vor. Dr. Corinna Börner von der Regierung von Oberfranken ver-

bel (Frank Rebhan), Dr. Hermann Ulm (Edwin Dippacher), Rudolf Braun (Manfred Hümmel), Klaus Löffler (Gerhard Wunder), Christian Meißner (Helmut Fischer), Wolfgang Desel (Klaus Homann), Thomas Söder (Matthias Krapp), Carsten Joneits (Manfred Deinlein), Bernd Reisenweber (Tobias Ehrlicher), Christiane Meyer (Anja Gebhardt), Benedikt Graf von Bentzel (Stefan Förtsch), Bernd Rebhan (Norbert Gräbner), Bernhard Storath (Max Zeulner). **□**



Landrat Johann Kalb, Bamberg. Bild: Landratsamt Bamberg

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rössle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

851.000 Euro für die Stärkung der regionalen Identität in der Oberpfalz

Heimatminister Füracker übergab Förderbescheide für Oberpfalz Marketing e. V., den Bezirk Oberpfalz und den Landkreis Cham

„Einzigartige Kultur- und Naturlandschaften, moderne Highlights neben gelebten Traditionen und Bräuchen, all das macht den Reiz und die Unverwechselbarkeit von Bayerns Regionen aus. Mit der Projektförderung Regionale Identität wollen wir diese Vorzüge noch besser erlebbar machen und die Menschen für ihre bayerische Heimat begeistern. Daher freue ich mich, drei Projekte in der Oberpfalz mit insgesamt 851.000 Euro unterstützen zu können“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe der Förderbescheide an Landrat und Bezirkspräsident Franz Löffler in München.

Der Oberpfalz Marketing e. V. erhält für die Konzeption und Durchführung des Oberpfalztags am 15./16. Mai 2021 in Amberg eine Förderung durch das Heimatministerium in Höhe von 275.000 Euro. Der Oberpfalztag wird ein Fest für die ganze Oberpfalz zum Erleben, Feiern und Mitmachen: Mit Genuss und Kultur, vielen Highlights aus der ganzen Oberpfalz und Beiträgen von Unternehmen, Vereinen, Kommunen und vielen weiteren Oberpfälzer Originalen. Mit der Förderung kann der für die ganze Oberpfalz tätige Verein unter anderem einen Ideenwettbewerb für Veranstaltungsbeiträge und eine Imagekampagne durchführen, den zweitägigen Oberpfalztag im Jahr 2021 durchführen

Heimatomobil für die oberpfälzer Kultur

Der Bezirk Oberpfalz erhält für die Konzeption und den Einsatz eines „Heimatomobils“ als Präsentationsplattform für Kultur und Identität der Oberpfalz eine Förderung durch das Heimatministerium in Höhe von 176.220 Euro.

Mit dem Messefahrzeug präsentiert sich die Oberpfalz auf unterschiedlichen Veranstaltungen im ganzen Regierungsbezirk. Bei seinen Touren können Besucherinnen und Besucher

des Heimatomobils viele Facetten der Oberpfälzer Kultur und Identität kennenlernen und ausprobieren, etwa eine Dialektdatenbank oder Ausstellungen mit virtuellen und realen Heimatomobjekten. Gleichzeitig können Bürgerinnen und Bürger im Internet und vor Ort am Heimatomobil mit ihren Beiträgen und Ideen das Heimatomobil als Spiegel gelebter Oberpfälzer Traditionen mitgestalten.

Den Landkreis Cham unterstützt das Heimatministerium bei dem Projekt „Beste Ausichten im Landkreis Cham“ mit 400.000 Euro. Mit dem Vorhaben wird der kulturelle Reichtum der Museen im Landkreis digitalisiert und mit Museumsexkursionen und Veranstaltungen vorgestellt. Lebendige Bräuche und Traditionen, das Immaterielle Kulturerbe im Landkreis, wird erforscht und medial dargestellt. Mit der Veranstaltungsreihe „Tour de Cham“ werden unter dem Motto „sehen, hören, wissen, stolz sein“ Exkursionen zu den Highlights der Region und Leuchtturmveranstaltungen zu Zukunftsthemen durchgeführt.

Das Finanz- und Heimatministerium fördert im Rahmen der Heimatpolitik Projekte, die der Stärkung und Vermarktung regionaler Identität dienen. Neben einer positiven regionalen Entwicklung zielt die Förderung auch auf eine noch bessere Abstimmung und Vernetzung vor Ort und die deutlichere Profilbildung von Regionen nach innen und außen. Über die Inhalte des jeweiligen Projekts entscheiden die Akteure vor Ort. „Unsere Förderung stößt auf große Resonanz. Das zeigt, wie wichtig dieses Thema für die Menschen in Bayern ist“, betont Füracker. **Informationen:** www.regionen.bayern.de.



Landrat Thomas Eberth und Oberbürgermeister Christian Schuchardt unterzeichnen die Vereinbarung für den interkommunalen Ausschuss stadt.land.wu. Bild: Christian Weiß

Gemeinsam die Region gestalten

Stadt und Landkreis Würzburg starten interkommunalen Ausschuss

Stadt und Landkreis Würzburg – zwei getrennte Kommunen mit insgesamt rund 300.000 Einwohnern. Doch die Themen machen an den Stadt- beziehungsweise Landkreisgrenzen nicht halt. Um die Politik der Region „aus einer Hand zu gestalten“, wie Oberbürgermeister Christian Schuchardt betonte, wurde nun der interkommunale Ausschuss stadt.land.wu ins Leben gerufen, der mit Mitgliedern des Kreistages wie auch des Stadtrates besetzt ist und beide besser miteinander vernetzen soll. „Diese Arbeit als eine gemeinsame Agglomeration ist eine Chance für uns“, so Schuchardt.

„Ein Miteinander ist unser fester Wille ohne Aufgabe der eigenen Identität“, ergänzte Landrat Thomas Eberth. Es gehe vor allem darum, gemeinsam das soziale Leben zu gestalten und im Austausch die Rahmenbedingungen für die gemeinsame Region zu gestalten.

Gemeinsame Schnittstellen

Dabei baut die Arbeit auf bereits bestehenden Kooperationen wie beispielsweise die gemeinsame Vermarktung auf der Landesgartenschau, zahlreiche gemeinsame Zweckverbänden und Organisationen oder auf gemeinsamen Bauvorhaben wie das Schwimmbad im Würzburger Norden auf. „Dieser Ausschuss ist ein wichtiges Zeichen für ein gemeinsames Miteinander und Verständnis von Stadt und Landkreis“, sind sich Schuchardt und Eberth einig.

Die Zusammenarbeit findet bereits heute über alle Referate der Stadt Würzburg und alle Geschäftsbereiche des Landratsamtes statt, wo jeweils Schnittstellen existieren. Die Über-

schnidungen gehen dabei von sozialen, Umwelt-, Bau- bis hin zu Finanzthemen.

Schwerpunkte der Arbeit des gemeinsamen Ausschusses sind vor allem eine gemeinsame Abstimmung in allen Fragen der Mobilität und des Klimaschutzes, sowie des Wohnungsbaus. Daneben sind aber auch weitere Themen für eine gemeinsame Gestaltung vorgesehen, so zum Beispiel des Schulgliederungsplans, des Regionalmanagements mit verschiedenen Kooperationsprojekten, aber auch im Bereich der Kultur- Freizeit- und Naherholungsangebote.

Bei der ersten Sitzung im Panoramasaal des Congress Centrum Würzburg ging es unter anderem um die Aktivitäten von Stadt und Landkreis beim Wohnungsbau wie auch der Mobilität. Es wurde u.a. bereits einstimmig der Beschluss gefasst, den Prüfauftrag für eine Neuplanung der Fahrpläne bestimmter Buslinien, für die Einrichtung von drei Umstiegshaltestellen und für die Neuplanung des Fahrplans der Straßenbahnlinien zu erteilen. □



V.l.: Bürgermeister Hans Kaltner, stv. Landrätin Claudia Marb, Bürgermeister Markus Stettberger, Bürgermeister Veit Meggle. Bild: Katharina von Koblenz

Ein Grenzstein am Landkreiseck

Der Wanderweg zur Grenze der Landkreise Donau-Ries, Augsburg und Dillingen wurde feierlich eröffnet

Donauwörth (pm). Dass an einer Stelle drei Gemeinden aufeinanderstoßen, ist nichts Ungewöhnliches. Doch in diesem Fall sind es mit den Gemarkungen Allmannshofen (Lkr. Augsburg), Lauterbach (Lkr. Dillingen a.d. Donau) und Mertingen (Lkr. Donau-Ries) drei Landkreise des Regierungsbezirks Schwaben, die seit fast 50 Jahren in einem Wäldchen nahe des kleinen Weilers Illemdad (Gmd. Buttenwiesen) aufeinandertreffen. Und nicht nur das: Der Grenzpunkt der drei Landkreise hat auch noch eine historische Dimension. An diesem Punkt trafen nämlich jahrhundertlang drei verschiedene Herrschaftsgebiete aufeinander.

Allmannshofen gehörte damals den Reichsmarschällen von Pappenheim, Mertingen war Teil der sogenannten „Reichspflege Wörth“ und Lauterbach ein Dorf des Deutschen Ordens. Um auf diese historisch und geographisch bedeutende Stätte aufmerksam zu machen, wurde auf Initiative des ehemaligen Bürgermeisters von Allmannshofen, Manfred Brummer, der „Wanderweg zum Landkreiseck“ entwickelt.

In Kooperation mit dem Feriendort Donau-Ries e.V. und Dip-

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Ich brauch Tapetenwechsel, sprach die Birke und macht sich in der Dämmerung auf den Weg – an dieses alte Lied von Hildegard Knef muss ich denken, wenn ich über Urlaub in Zeiten von Corona lese.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ging schmunzelnd die vorläufigen Zahlen der Übernachtungen in unserer Stadt durch.

Jetzt ist unsere Stadt kein Tourismus-Brennpunkt (ja, auch für Hotspot gibt es eine Entsprechung im Deutschen) und an Overtourism (das kann man wirklich nur auf Englisch sagen) haben wir noch nie gelitten. Aber dennoch zog es immer wieder Auswärtige für zwei, drei Nächte zu uns, entweder um von hier aus das reizvolle Umland zu erkunden oder unser kulturelles

Tapetenwechsel in Corona-Zeiten

Angebot zu genießen. Jetzt unter Coronabedingungen war ja nicht abzusehen, wie es weitergeht und siehe da – die Zahlen können sich im Vergleich zu den Erwartungen sehen lassen. Kulturell kann derzeit ja weniger geboten werden, aber die Landschaft und das Ortsbild sind anziehend. Jeder ist herzlich willkommen.

Natürlich vor allem bei den Gastwirten und den Hotelbetrieben. Die geben sich denn auch alle Mühe, den Gästen den Aufenthalt angenehm und vor allem sicher zu machen. Denn eins muss man sagen: Die bayerischen Gastronomen und Hoteliers setzen die verantwortungsvollen Hygienepläne penibel um. Was davon auf das Konto schierer Vernunft geht und was der doch beachtlichen Kontrolldichte zu Gute gehalten werden muss, wird sich sicher erst zeigen, wenn mal wieder Normalität einkehrt. Und ja, auch den Gästen gebührt Respekt, da sie sich offensichtlich in der überwiegenden Mehrzahl der Tatsache bewusst sind, dass es bei uns zwar bestes Bier und exzellenten Schinken gibt, aber keinen Ballermann.

Klar kann auch bei uns immer was passieren, wie man an unseren österreichischen Freunden sieht, die ja auch äußerst verantwortungsvoll mit den Gefahren der Pandemie umgehen und jetzt sehen müssen, dass Corona an einigen Orten wieder das Haupt erhebt. Was ich aber überhaupt nicht verstehe ist,

warum einige Leute in dieser fragilen Situation, in der wir leben, in Hochrisikoländer reisen. Kann man nicht einmal auf das Baden in der Türkei oder auf das Tauchen in Ägypten verzichten? Als Steuerzahlerin finde ich es ziemlich schräg, wenn jetzt diejenigen, die alle Warnungen und guten Ratschläge in den Wind schlagen, bei der Rückkehr auch noch der Coronatest vom Staat spendiert werden soll, damit man sich die Quarantäne ersparen kann. Platt gesagt sollen wir alle zahlen, damit jemand ohne Konsequenzen Party in Antalya machen kann.

Klar ist: Nicht nur die Birke, auch der Mensch braucht Tapetenwechsel. Natürlich gibt es Menschen, die sich in ihrer Umgebung so wohl fühlen, dass sie nichts weiter sehen wollen. Es gibt aber ebenso viele, die andere Eindrücke sammeln wollen, andere Landschaften sehen, andere Kulturen erleben, anderes Essen probieren. Das alles ist unter Coronabedingungen halt nicht so einfach. Aber gerade in Bayern gibt man sich alle Mühe, die Balance zwischen dem Drang nach Abwechslung und unser aller Sicherheit zu halten. Man kann sich etwa in Echtzeit informieren, ob es in einer Ausflugsregion noch Parkplätze gibt, wie die Gaststätten ausgelastet sind und sich vor allem Alternativen empfehlen lassen, Plätzchen, die nicht so bekannt, aber genauso reizvoll sind, wie das ursprüngliche Ziel. Denn eines lehrt uns der Ballermann aber lernen uns auch die wilden Rave-Partys in Berlin – in dieser Urlaubssaison ist Abstand zu anderen Urlaubern und Ausflüglern das Wichtigste überhaupt, um den Urlaub oder die Freizeit sicher genießen zu können.

Mein Chef, der Bürgermeister, vermisst es auch, dieses Jahr keine Fernreise machen zu können. Aber bei ihm schlägt das nicht in Askesen um – er entdeckt mit seiner Familie einfach Ziele neu. In der Umgebung und im nahen, sicheren Ausland. Denn Erholung muss sein, damit es einem nicht so geht, wie von Ephraim Kishon beschrieben: „Wer anfängt, seinem Passbild ähnlich zu sehen, sollte in Urlaub fahren“.

the Sabriul

1.000 Jahre Fahrenzhausen

Die Gemeinde Fahrenzhausen im Landkreis Freising begeht heuer ihr 1.000-Jahr-Jubiläum. Eigentlich ein Grund zum Feiern, doch aufgrund der Corona-Pandemie wurden größere Zusammenkünfte abgesagt. Die Fahrenzhauser Vereine hatten Vorträge, Exkursionen zur Geschichte, wiederbelebte Traditionen und Veranstaltungen zur Brauchtumspflege organisiert. Einzig der Festakt in der Schulaula, der das Jubiläumsjahr im Februar eingeläutet hatte, konnte stattfinden.

Das Gründungsdatum im Jahr 1020 bezieht sich auf die erste schriftliche Erwähnung: In einem Tegernseer Güterverzeichnis wird „Varnolvshusa“ erwähnt, als Gründer ist Farnulf genannt. Die nächste Erwähnung der Ortschaft „Vornolvhusen“ im „Urbarium ductus Bauuvariae“ datiert aus dem Jahre 1280. Aufgrund von Funden aus der Bronzezeit und dem Ausgrabungsfund einer Villa Rustica weiß man aber, dass der Ort älter sein muss, wie Bürgermeister Heinrich Stadlbauer zu berichten wusste.

Seit 1818 gab es im Königreich Bayern die Gemeinde Fahrenzhausen, zusammen mit dem Dorf Viehbach und der Mühle in Unterbruck. In seinem Vortrag

über die Anfangszeit berichtete Festredner Dr. Beat Bühler, Vorstandsvorsitzender des „Geschichtsforum Landkreis Freising e.V.“, dass in alten Aufzeichnungen von Oberbruck und Unterbruck die Rede gewesen sei. Das erstgenannte Dorf sei nun als Fürstenfeldbruck bekannt.

Die bayerische Gebietsreform von 1972 bestimmte Fahrenzhausen zum Mittelpunkt einer neuen Gemeinde, zu der sich vier bisherige Gemeinden zusammengeschlossen hatten. Neue Herausforderungen mussten bewältigt werden, wie etwa die Flurbereinigung. Tatkräftige Vereine in den einzelnen Orten und der Gesamtgemeinde tragen dazu bei, die Identität des Gemeinwesens zu stärken. **DK**

dessen Grundbesitz der Weg verläuft. Herr Brummer berichtete bei der Veranstaltung direkt am Grenzstein bei Illemdad über seine Idee, die Entstehung des Weges und geschichtliche Hintergründe. Die stellvertretende Landrätin des Landkreises Donau-Ries, Claudia Marb, begrüßte die Initiative und betonte die Bedeutung der landkreis-

übergreifenden Zusammenarbeit im Tourismus. Gerade im touristischen Bereich sei es schwierig bis unmöglich, das Urlaubsgebiet, das es zu vermarkten des Weges und geschichtliche Verwaltungsgebiete einzugrenzen. Der Wanderweg zum Landkreiseck sei ein schönes Beispiel für eine gelungene kommunale Zusammenarbeit. □



Mitglieder des Rats der Region Mainfranken bei der Sommersitzung. Bild: Region Mainfranken GmbH - Rudi Merkl

Zusammenstehen für eine starke Regiopolregion

Rat der Region Mainfranken stellt Weichen für die Zukunft „Jetzt zusammenstehen!“ – unter diesem Motto fand die Sommersitzung des Rats der Region Mainfranken statt. Die Ratsmitglieder aus Politik, Wirtschaft und Hochschulen trafen sich im Congress Centrum Würzburg zur Abstimmung ihrer Zukunftagenda.

Kern der Agenda bilden insgesamt 15 Leitprojekte – von der Region Mainfranken GmbH definierte Leuchtturmvorhaben mit gesamtregionaler Bedeutung. Der Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen, modernen Verkehrsinfrastruktur, weitere Investitionen in Forschungs- und Entwicklungszentren, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sind Standortfaktoren mit enormem Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit Mainfrankens.

So hat diese Regiopolregion in einer aktuellen Resolution das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur aufgefordert, im Rahmen des Deutschlandtaktes 2030

die Schienenachse Main-Donau für höhere Reisegeschwindigkeiten auszubauen. Die Planungen des Ministeriums wurden Anfang Juli veröffentlicht. Darin vorgesehen sind nun Ausbaumaßnahmen im Abschnitt Aschaffenburg – Würzburg und Neubau im Abschnitt Würzburg – Nürnberg. Damit wären von Würzburg aus die Städte Nürnberg und München auf der schnellsten Verbindung 23 Minuten früher erreichbar, die Fahrzeit zum Frankfurter Flughafen würde sich um 17 Minuten verkürzen. Weiter waren sich die Ratsmitglieder einig, dass auch die regionalen Schienenprojekte Werntalbahn, Steigerwaldbahn, Mainschleifenbahn und eine Zugverbindung Fulda – Schweinfurt, die über Bad Kissingen/Bad Neustadt führt, von sehr hoher Relevanz sind. „Unsere Aufgabe ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Region Mainfranken im nationalen und internationalen Kontext zu sichern. Ebenso wichtig ist, dass sich die Lebensqualität unserer Bewohner vor Ort spürbar verbessert.“

Deshalb ist uns eine Verzahnung mit dem Regionalverkehr besonders wichtig“, erklärte Landrat Wilhelm Schneider, Vorsitzender der Region Mainfranken.

Prof. Dr. Georg Ertl, Ärztlicher Direktor des Würzburger Uniklinikums, berichtete über die aktuelle Versorgungssituation und den geplanten Klinikneubau. Die Koordination und schnelle Reaktion auf regionaler Ebene sind bei einer Pandemie erfolgsentscheidend. Dies habe in Mainfranken besonderes gut funktioniert. Ertl bedankte sich für die politische Unterstützung beim Großvorhaben „Erweiterung des Klinikums“.

Åsa Petersson, Geschäftsführerin der Region Mainfranken GmbH, stellte die aktuelle Situation in der Regionalentwicklung dar. „Wir erleben gerade eine Renaissance der Regionalität. Viele Akteure nehmen die Lieferketten kritisch unter die

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Sonderdruck „Energie und kommunaler Klimaschutz“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Lupe und wir möchten diese schlummernden Potenziale für eine stärkere innerregionale Kooperation wecken.“ So hat die Region Mainfranken GmbH ihr Angebot um neue Formate wie beispielsweise virtuelle Netzwerkstätten erweitert, um den Unternehmen das Matching mit passenden Kooperationspartnern sowie die Erweiterung des eigenen Kompetenzspektrums zu erleichtern. Im Frühjahr kamen Führungskräfte aus den mainfränkischen Leitbranchen Maschinenbau & Automotive für einen virtuellen Austausch zusammen. Dieses Kompetenzfeld mit insgesamt 54.000 Beschäftigten befindet sich mitten

in einem bislang beispiellosen Wandlungsprozess, der die Unternehmen vor große Herausforderungen stellt.

Mit aller Kraft wird sich nun der Rat der Region für die Förderung eines regionalen Innovationsclusters im Rahmen des Konjunkturpakets der Bundesregierung einsetzen. „Diese Branchen sind das Rückgrat des Industriestandortes Mainfranken. Eine gemeinsame regionalpolitische Offensive ist erforderlich, um den Strukturwandel nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten“, betonte der Vorsitzende der Region Mainfranken GmbH, Landrat Wilhelm Schneider, abschließend. □



5.000 Euro für neuen Lesestoff in Teublitz. Auch die Stadtbücherei wurde mit dem Kinderbibliothekspreis von Bayernwerk ausgezeichnet. Unser Bild zeigt v. l.: Bürgermeister Thomas Beer, Leiterin der Stadtbücherei Erika Reindl, Büchereimitarbeiterin Tanja Emmert, Leiterin der Landesfachstelle Öffentliche Bibliotheken Regensburg Doris Glonegger, Bayernwerk-Leiter des Bereichs Kommunen und Konzessionen Ostbayern Dr. André Zorger, Stadtkämmerer Georg Beer, Bayernwerk-Kommunalbetreuer Wolfgang Dumm, Büchereimitarbeiterin Pia Pielmeier

Bild: Bayernwerk

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 10. September 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Abfallwirtschaft · Recycling
- Garten- und Landschaftsbau
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstraße 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstraße 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
 Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Das GZ-Netzwerk
 Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
 www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Notify-Newsletter
 Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
 Maschinenhallen · Technikräume · Wertstoffhöfe · Mehrzweckhallen · Sporthallen · Kindergärten
 Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
 Laumer Bautechnik · 84323 Massing · Tel.: 08724/88-0 · www.laumer.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
 erdgas-schwaben.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
 DSGVO
 BayDSG
 ext. DSB
 ext. ISB
 ISIS12
 Schulungen
 eLearning
 www.Mein-Datenschutzberater.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
 Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
 Ihr Kontakt zu uns:
 juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
 energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:
 Facebook, Messenger, Instagram, YouTube, Twitter, LinkedIn, WhatsApp, Telegram

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
 www.schweitzer-online.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
 www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
 www.bayerngrund.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
 Wir gestalten Räume.
 Walter Krenzer GmbH & Co KG
 Sitz- und Polstermöbelfabrik
 Industriestraße 26
 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
 Telefon: 02771/3208-0
 Telefax: 02771/3208-13
 E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
 www.krenzer-sitzmoebel.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.
 Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
 Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
 Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
 Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
 Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
 KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
 steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
 deko-jochum@t-online.de
 www.deko-jochum.de
 Vertragshändler für **vallette star**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Bild: Karsten Wurth auf unsplash



Energie und kommunaler Klimaschutz

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Auflagen und Einschränkungen war es dem Team der Bayerischen GemeindeZeitung in diesem Jahr nicht möglich, das für den 25. Juni geplante 13. Bayerische EnergieForum in Garching durchzuführen. Dies bedauern wir sehr. Da die Themen und Herausforderungen aber nichts an Aktualität eingebüßt haben, erscheint traditionell ein Sonderdruck mit dem Thema „Energie und kommunaler Klimaschutz“.

Als GZ-Forumspartner hätten heuer neben dem Bayerischen Gemeindetag die Energieagenturen Bayern e.V., die bei der Energiewende eine zentrale Rolle einnehmen, sowie erstmals der VKU Bayern, der die „Initiative Energieeffizienz-Netzwerk“ für systematischen und unbürokratischen Austausch der Unternehmen unterstützt, fungiert. Sie alle haben sich mit spannenden und wegweisenden Beiträgen am Sonderdruck beteiligt.

Wie Bayern die dezentrale Energiewende weiter vorantreiben will, erläutert zunächst Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger in seinem Vorwort. Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, bezieht Stellung zum „Bayerischen Klimaschutzgesetz im Landtag“, während sich Erich Maurer, Vorstand der Bayerischen Energieagenturen e.V., und Andreas Scharli, Energiemanager Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland, mit dem Thema „Wasserstoff als Chance für eine dezentrale Energiewende“ auseinandersetzen.

Gunnar Braun, Geschäftsführer der VKU Landesgruppe Bayern beschreibt, warum kommunale Unternehmen Grundlage für eine nachhaltige Energieversorgung sind, und das Landesamt für Umwelt stellt spezielle Angebote für Kommu-

nen wie das Energiesparfestival „Synergie“ und den Energie-Atlas Bayern vor.

Über die Entwicklung des HKW Süd in der Landeshauptstadt berichten die Stadtwerke München, während die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH über „Regenerative Wärme“ informiert. Erdgas Schwaben bietet klimaneutrale Lösungen in der Mobilität an und TenneT gibt Einblicke in Innovationen im Übertragungsnetz.

Fakt ist: Um die beschlossenen Klimaziele zu erreichen, muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien verstärkt fortgesetzt werden. Dazu braucht es einen klaren regulatorischen Rahmen, der Planungs- und Rechtssicherheit für den weiteren Umbau unseres Energiesystems schafft. ■

TERMINHINWEIS
13. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
am 24.06.2021 im Bürgerhaus Garching
www.bayerisches-energieforum.de

DOKUMENTATION IM INTERNET

Die Beiträge aus dem Sonderdruck stehen auch im GZ-Netzwerk unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern zum Download in der Gruppe „Energie“ bereit.



Staatsminister Hubert Aiwanger | StMWi

Bayern treibt die dezentrale Energiewende weiter voran – trotz der Corona-Krise!

Die Corona-Pandemie hat den Fokus der Politik auf die Bewältigung einer kurzfristig eingetretenen Gesundheitskrise und die Bekämpfung einer gravierenden Wirtschaftskrise gelenkt. Trotzdem verlieren wir die mittel- und langfristigen Herausforderungen der Energiewende nicht aus dem Auge. Wir schieben den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter massiv an. Dabei legen wir Wert auf eine dezentrale Energieversorgung, die die Bürgerinnen und Bürger mit einbindet, damit die Vorteile der Energiewende für möglichst viele spürbar werden.

Die sichere Versorgung mit Strom ist in Bayern zusammen mit der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit das wichtigste energiepolitische Ziel. Die Menschen gehen ganz selbstverständlich davon aus, dass der Strom immer und überall sprichwörtlich aus der Steckdose kommt. Diese Erwartung werden wir weiterhin erfüllen. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass Bürger und Unternehmen, die durch die Corona-Krise ohnehin schon wirtschaftlich unter Druck stehen, durch die Energiepreise nicht unangemessen belastet werden.

Gerade die Versorgung mit erneuerbaren Energien birgt viele Chancen für Kommunen, Bürger und kleine Unternehmen. Denn entsprechende Anlagen können nicht nur von großen Energieversorgern betrieben werden, sondern auch Städte und Gemeinden, Hauseigentümer und z.T. sogar Mieter können an der Wertschöpfung teilhaben. Als umfassende Informationsquelle steht der Energie-Atlas Bayern zur Verfügung. Zur Beratung gibt es u.a. das Coaching-Programm für Kommunen, die regionalen Energieagenturen und viele Energieberater vor Ort.

Bayern ist das Sonnenland Nr. 1 in Deutschland. Hier sind bereits PV-Anlagen mit einer Leistung von 12,6 GWp installiert, das entspricht 28 Prozent der deutschlandweit installierten Leistung. Um die Photovoltaik weiter zu stärken, haben wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung des „52-GW-Deckels“ im EEG stark gemacht und dies nach hartem Ringen auch erreicht. Außerdem haben wir die Anzahl der PV-Freiflächen-Anlagen in Bayern, die bei den nächsten EEG-Ausschreibungen jährlich zum Zuge kommen können, von 70 auf 200 Anlagen massiv erhöht. Dies aber stets

unter Rücksichtnahme auf die Belange der bayerischen Landwirtschaft, die mir sehr am Herzen liegt. Damit auch die Bürger von der dezentralen Energiewende profitieren und sie mitgestalten können, haben wir außerdem das PV-Speicher-Programm für Ein- und Zweifamilienhäuser aufgelegt, das sehr erfolgreich läuft, wie die bereits mehr als 17.000 gestellten Anträge zeigen.

Neben der Photovoltaik spielt die Windenergie eine wichtige Rolle beim Ausbau der Erneuerbaren. Denn der Wind liefert auch im Winter einen großen Beitrag, wenn die Sonne nicht stark genug scheint. Wir gehen aber mit Augenmaß vor: So respektieren wir die Vorbehalte mancher Bürger und die Planungshoheit der Kommunen. Dabei ist mir besonders das Thema Akzeptanz sehr wichtig. Um die Kommunen beim Ausbau der Windenergie zu unterstützen, habe ich das Projekt AUFWIND gestartet und die „Regionalen Windkümmerer“ ins Leben gerufen. Sie werden eine gezielte Beratung und Unterstützung der Gemeinden übernehmen und ihnen bei der Initiierung von Windenergieanlagen zur Seite stehen. In Ergänzung arbeitet AUFWIND daran, die Rahmenbedingungen für die Windenergie in Bayern nach und nach zu verbessern.

Auch die Wasserkraft und die Bioenergie vergessen wir bei unserem Energiemix der Zukunft nicht. Beide haben in Bayern eine große Tradition und leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Deshalb setze ich mich auf Bundesebene für Verbesserungen im EEG ein, die v.a. kleinen Wasserkraft- und Bioenergieanlagen zu Gute kommen. Außerdem habe ich fest im Blick, dass die ersten Biogasanlagen, bei denen die EEG-Förderung nach 20 Jahren nun ausläuft, eine weitere Perspektive bekommen müssen.

Zur Energiewende gehört natürlich nicht nur der Strom, sondern auch die Wärme und die Mobilität. Auch hier packen wir an. Ich bin überzeugt, dass uns in Bayern die gesamte Energiewende gut gelingen wird, wenn die Kommunen, die Wirtschaft, die Bürger und die Politik weiterhin eng zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen. Lassen Sie uns gemeinsam als Team Energiewende Bayern voranschreiten und eine lebenswerte Energiezukunft gestalten! ■

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Kernforderungen des DStGB zur Energiewende

Mit einer deutlichen Senkung der CO₂-Emissionen um 50 Millionen Tonnen sowie einer weiteren Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien im Stromsektor ist die Energiewende aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gut vorangekommen. Angesichts der Corona-Pandemie dürfe das Erreichen der Energiewendeziele jedoch nicht aus dem Blick geraten. Energie müsse für Bürger und Unternehmen bezahlbar bleiben und die Versorgungssicherheit jederzeit gewährleistet sein. In einem Positionspapier hat der DStGB nun Kernforderungen für den Erfolg der Energiewende formuliert.

1. **Deutschland braucht einen Einschaltplan für den Ausbau der erneuerbaren Energien, der es erlaubt, die Klimaziele in 2030 bzw. 2050 realistisch zu erreichen.**

Die Debatte um Abstandsregeln im Bereich der Windenergie an Land zeige exemplarisch, dass dieser Plan auf einem gemeinsamen Konsens von Kommunen, Ländern und Bund entwickelt werden muss. Im Zentrum müssten dabei Verbindlichkeit bei den Ausbauzielen sowie Solidarität bei der Verteilung der Lasten und Erfolge zwischen Ländern und Kommunen stehen. Um Flächenkonflikte zu entschärfen, bedürfe es daher einer abgestimmten Raumordnungsplanung. Anstatt starrer Vorgaben müssten örtliche flexible Lösungen ermöglicht werden, um die Klimaziele unter Berücksichtigung der Flächenkonflikte in den Kommunen zu erreichen.

2. **Die Genehmigungen für Repowering müssen erleichtert werden.**

Repowering bedeute Artenschutz, wenn beispielsweise zwei alte Anlagen durch eine neue, deutlich höhere Anlage ersetzt und dadurch Gefahren für die Vogelwelt verringert werden. Alte Genehmigungen dürften aus diesem Grund im Rahmen des Repowering nicht entfallen. Der Neubau höherer Anlagen dürfe nicht neue langwierige Genehmigungsverfahren nach sich ziehen. Dies gelte insbesondere dann, wenn die neue Anlage unwesentlich

vom Standort der alten Anlagen abweicht und sich die zu schützenden Tiere erst nach der Errichtung der bestehenden Windkraftanlagen angesiedelt haben. Auch dürfe eine unwesentliche Abweichung von einem bestehenden Windflächenplan nicht zum Baustopp führen. Da der Windkraftausbau dem Klimaschutz dient, sollte der Ausbau auch im Bundesnaturschutzgesetz entsprechende Berücksichtigung finden. Generell müsse für Neuanlagen das Genehmigungsverfahren gestrafft werden.

3. **Die Akzeptanz für die Energiewende vor Ort muss durch Transparenz und Vertrauen gestärkt werden.**

Jede Maßnahme beim Ausbau müsse so frühzeitig bekannt gegeben werden, dass eine Beteiligung aller betroffenen Akteure bis zu einem bestimmten Stichtag am Anfang eines jeden Planungsverfahrens möglich ist. Den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern komme dabei eine zentrale Funktion zu. Standardisierte Windenergie-Kommunikationsrichtlinien wie beispielsweise in Form des Siegels „Faire Windenergie Thüringen“ oder des Siegels „Faire Windparkplaner Schleswig-Holstein“ könnten dabei helfen, zwischen den unterschiedlichen Interessen zu moderieren, um einen fairen, bürgernahen Dialog zu garantieren. Die Länder seien aufgefordert, zentrale Stellen zu benennen, die mit fachlich unabhängiger Expertise den Dialog und das gegenseitige Verständnis fördern. →

E wie entspannt unterwegs.

N-ERGIE

N-ERGIE Kunden laden zum Sonderpreis!

Laden Sie jetzt an rund 500 Ladestationen des Ladeverbund+ in Nordbayern.

Wir sind das E im Auto.

www.n-ergie.de/elektromobilitaet



4. Für die Kommunen muss eine Anspruchsgrundlage geschaffen werden, die eine angemessene Abschöpfung der Gewinne der Windenergiebranche ermöglicht.

Eine solche Anspruchsgrundlage müsse rechtssicher und für alle Verwaltungseinheiten leicht ausführbar sein. Dabei seien wiederkehrende, planbare Einnahmen zu garantieren. Dies könnten zum Beispiel eine Grundsteuer Wind und eine Sonderabgabe leisten. Der Windkraftausbau sei eine Schlüsseltechnologie der Energiewende. Der Ausbau mit den für die Bürger verbundenen Lasten beim Landschaftsbild finde jedoch nur gesellschaftliche Akzeptanz, wenn demgegenüber konkrete Vorteile vor Ort sichtbar werden, etwa bei der Kita- oder Straßensanierung.

5. Deutschland hat mit den höchsten Energiepreis in Europa, was zu Lasten der Bürger, aber auch der Wirtschaft geht.

Das Bekenntnis der Bundesregierung zur Reduzierung der EEG-Umlage um zwei Prozent stehe in keinem Verhältnis zu den höheren Preisen für Diesel und Erdgas, weshalb von einer höheren Belastung der Wirtschaft auszugehen ist. Die EEG-Umlage müsse stärker gesenkt werden; das Umlagesystem aus Steuern bzw. Abgaben sei kritisch zu überprüfen. Zudem sollten die Vertriebe günstigere Bürgerwindstromtarife für die Bürger im Umkreis von Windkraftanlagen anbieten und die Anlagenbetreiber sich an der Finanzierung beteiligen.

6. Die Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen müssen verbessert werden.

Die Herausforderungen einer dezentralen Energieversorgung seien zugleich eine Chance für viele Stadtwerke bzw. kommunalgeprägte Unternehmen, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu erhöhen und die Energiewende zu unterstützen. Gleichzeitig müssten finanzielle Anreize geschaffen werden, die auf allen Ebenen der Energieerzeugung die Sektorenkopplung fördern. Damit Deutschland seine Klimaziele auch im Gebäudesektor in den Jahren 2030 und in 2050 erreichen kann, sei die Nutzung von erneuerbarer oder klimaneutraler Wärme in den Gebäuden deutlich zu erhöhen. Die geplante Weiterführung der „Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt“ sei zu begrüßen. Jedoch müsse diese dahingehend überarbeitet werden, dass die Förderung aus der Öl-Heizung-Austauschprämie um den Anschluss, an ein Fernwärmenetz erweitert wird. Insbesondere müsse die Möglichkeit für Reallabore, wie sie bereits der Stromwirtschaft zur Verfügung stehen, auf die Bereiche Wärme und Wasser ausgedehnt werden, um weitere Energiekapazitäten zu generieren.

7. Nach wie vor fehlen die finanziellen Rahmenbedingungen, um bis zum Jahr 2030 auf 17 Gigawatt Leistung bei der Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis von Gas zu kommen.

Insbesondere sei der vorgesehene Kohleumrüstungsbonus von 180 Euro/Kilowatt elektrischer Leistung für kommunale und kommunalgeprägte Unternehmen zu gering bemessen.

Der Bonus werde in dieser Höhe keinen signifikanten Anreiz setzen, damit Kraftwerksbetreiber ihre Anlagen von Steinkohle- und Gasbefuerung umrüsten. Der Einsatz klimafreundlicher Wärme müsse weiter erleichtert werden. Dafür müsse der bestehende Erneuerbare-Energien-Bonus auch für erneuerbare Brennstoffe sowie Abwärme geöffnet werden. Die Anlagen trügen durch eine lastnahe Stromerzeugung dazu bei, den Netzausbau bzw. Kosten für den Ausbau zu minimieren, und seien somit unverzichtbarer Eckpfeiler der Energiewende und ein wichtiger Schritt zur Strom- und Wärmewende vor Ort.

8. Der Netzausbau ist die Achillesferse der Energiewende.

Deshalb müssten die Planungen der Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur, die Nord-Süd-Trassen bis 2025 auszubauen, weiter forciert werden, um Abregelungen von Windparks zu vermeiden. Dies bedeute, dass bei der konkreten Umsetzung allen Kommunen beispielsweise bei Pachtverträgen gleich gute Konditionen angeboten werden müssen. Das „Netzausbaubeschleunigungsgesetz“ biete gute Anreize, den Netzausbau schneller als in der Vergangenheit umzusetzen. Das Verfahren zum Netzausbau auf der Übertragungsebene müsse dringend weiter beschleunigt und gestrafft werden. Hierzu gehöre auch – wie allgemein beim Ausbau erneuerbarer Energien –, die Dauer von Widerspruchs- und Klageverfahren durch mehr Personal in Verwaltung und Justiz deutlich zu verkürzen. Daneben müssten sich Investitionen in intelligente Verteilnetze lohnen, um die Digitalisierung der Energiewende zu forcieren und beispielsweise das „gesteuerte Laden“ von E-Autos zu ermöglichen, was zugleich die Stromnetze entlaste.

9. Der Bund muss für die EU-Staaten eine europäische Klima-Datenplattform einfordern.

Ziel dieser Plattform müsse es sein, die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen, um die Klimaziele schneller zu erreichen. Das intelligente Energie- und Wärmenetz der Zukunft könne nur in Echtzeit alle Prozesse steuern und optimieren, wenn es über die bestmögliche unkritische Datenlage verfügt. Durch den Roll-Out der Smart-Meter komme bereits ein Teil der notwendigen Infrastruktur für neue Geschäftsmodelle zu einigen Endkunden. Um jedoch alle Vorteile der Smart-City/Regionen voll ausschöpfen zu können, bedürfe es einer einheitlichen Datenschnittstelle. Diese könnte auch den Wettbewerb im europäischen Energiesektor erhöhen.

10. Der Bund muss die Europäische Union dazu bewegen, die kommunale Ebene stärker zu berücksichtigen.

Die Energiewende könne nur gelingen, wenn sie europäisch gedacht wird. National motivierte Alleingänge führten, auch wenn sie gut gemeint sind, zu einer Überforderung des europäischen Stromsystems. Anstelle einer stetigen Verschärfung deutscher Klimaziele müsse es eine gemeinsame europäische Energie- und Klimaschutzpolitik geben. Nur so könne Europa im Interesse des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Energieversorgung auch ein Beispiel für andere Regionen auf der Welt sein. ■

Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

Bayerisches Klimaschutzgesetz im Landtag – nach Ansicht der Kommunen gerne ambitionierter¹



Als elftes Bundesland plant Bayern nun ein eigenes Klimaschutzgesetz². Ende Mai war im Landtag die erste Lesung³ – ein begrüßenswertes, aber nicht einfaches Unterfangen: Denn letzten Dezember hat der Bund sein Klimaschutzgesetz⁴ (KSG) verabschiedet. Dessen Herzstück sind auf Millionen Tonnen genaue Jahresemissionsmengen bis ins Jahr 2030 für die Energiewirtschaft, die Industrie, die Gebäude, den Verkehr, etc. Mit einem einwohnerbezogenen Ziel (unter 5 Tonnen CO₂ pro Jahr bis 2030) entzieht sich Bayern dieser Systematik und verschafft sich über die Bevölkerungsentwicklung einen „atmenden Deckel“. „Richtig“, sagt die Wirtschaft, weil kleinräumige Sektorziele ineffizient seien, da sie keinen Raum für Eigenheiten wie Industrieschwerpunkte, meteorologische und geologische Besonderheiten sowie die Verteilung von CO₂-Senken lassen⁵. „Beliebig“, sagen die Kritiker, da es für die einzelnen Sektoren keine Verbindlichkeit gebe und insbesondere für den begleitend erforderlichen Umbau der deutschen Energieversorgung keine bayerischen Verpflichtungen entstehen.

Kann Bayern bei der Wegbeschreibung hin zu den Emissionszielen glänzen?

Man muss lobend hervorheben, dass die Staatsregierung begleitend ein 94 Seiten starkes Maßnahmenpaket mit Förderprogrammen in 10 Aktionsfeldern herausgegeben hat⁶. Aber die allermeisten Förderprogramme sind nicht neu, sind eine Momentaufnahme und stets unter Finanzierungsvorbehalt. Außerdem bräuchte es dafür kein Klimaschutzgesetz. Im Gesetzentwurf selbst sind zwei Aspekte innovativ: Zum einen soll das Landesamt für Umwelt zur Prüfstelle für Kompensationsmaßnahmen (z.B. Aufforstungen, Moorrenaturierungen) werden. Hier geht es sowohl um die Eignung von eigenem Ausgleich durch den Emittenten, von Kompensationsmaßnahmen in Bayern, wie auch von Zertifikaten. Zum anderen sind zukünftig bei allen bayerischen Fördermaßnahmen (auch bei deren Fortschreibung) die Klimaschutzziele mitabzuzügel.

Was sagt der Gesetzentwurf zu den Kommunen?

Den Kommunen wird „empfohlen“ (so ausdrücklich der Wortlaut⁷), ihre Verwaltungen bis 2030 klimaneutral zu machen, Klimabildungsarbeit zu leisten und Klimaschutz-

konzepte aufzustellen. Hier hat die Angst vor dem Konnexitätsprinzip („wer bestellt, muss bezahlen“) die gestaltende Hand zum erhobenen Zeigefinger erstarren lassen! Ein unverbindlicher Aufruf hat jedoch in Gesetzen nichts verloren⁸. Aufgrund der Bedeutung der kommunalen Ebene für den Klimaschutz kommt aber eine ersatzlose Streichung und damit die Nichterwähnung der Kommunen (wie es aber einzelne Landesklimaschutzgesetze⁹ tun) nicht ernsthaft in Frage.

bleiben zwei Alternativen:

1. Der Staat ringt sich durch, partiell, dort wo die Kommunen unbedingt handeln sollen (z.B. Ausgangs-CO₂-Bilanzen für die Kommunalverwaltungen oder flächendeckende Energienutzungspläne) Verpflichtungen i.S.v. Art. 83 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung in das Klimaschutzgesetz aufzunehmen. Gleichzeitig sind dann aber Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen.
2. Der Staat regelt staatliche Unterstützungsleistungen für besonders wichtige kommunale Klimaschutzmaßnahmen im Gesetz. Damit legt er sich als verlässlicher Partner der Kommunen fest, was einen jahrelangen Förderstopp wie beim Programm „Klimaschutz in Kommunen“ deutlich erschweren würde. Diesen Weg ist Bayern beim artenschutzrechtlichen „Versöhnungsgesetz“ gegangen¹⁰. Z.B. könnten Mitfinanzierungen für CO₂-Bilanzen der Kommunalverwaltung, für die energetische Sanierung von kommunalen Liegenschaften und für kommunale Energienutzungspläne festgeschrieben werden. Außerdem sollten, wie die staatlichen Biodiversitätsberater, staatliche Klimaschutzmanager an den Kreisverwaltungsbehörden in das Gesetz aufgenommen werden. Über solche „goldene Zügel“ würden sich die Kommunen gerne führen lassen!

Von daher titelte BR 24 vor kurzem nicht zu Unrecht:

„Gemeinden wünschen sich ein strengeres Klimaschutzgesetz.“ Zu hoffen ist, dass nun wie beim Versöhnungsgesetz die Stunde des Landtags schlägt. Mit der für den 25. September angesetzten Sachverständigenanhörung zeigt dieser schon, dass er an den Expertenmeinungen interessiert ist. ■

Quellenhinweise:

- 1 BR Nachrichten: <https://t1p.de/dfca>
- 2 Bayerischer Landtag: <https://t1p.de/dryb>
- 3 Bayerischer Landtag Protokoll: <https://t1p.de/47re>
- 4 Gesetze im Internet: <https://t1p.de/7rw7>
- 5 Die bayerische Wirtschaft hat dies in ihrer Stellungnahme ausgeführt: <https://t1p.de/j4m2>
- 6 <https://t1p.de/wqx9>
- 7 Siehe Art. 3 Abs. 3 und Art. 5 Abs. 2.
- 8 vgl. Lindner/Möstl/Wolf, Verfassung des Freistaats Bayern, Art. 70 Rn. 5: Als Gesetz im materiellen Sinne wird eine hoheitliche Anordnung verstanden, die für eine unbestimmte Vielzahl von Adressaten allgemein verbindliche Regelungen enthält.
- 9 So jüngst das niedersächsische Klimagesetz: <https://t1p.de/6piw>
- 10 <https://t1p.de/2csy>, siehe dort Art. 5a bis 5d.

Angebote für Kommunen | Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)

Energie-Atlas Bayern mit Mischpult, mobilen Karten und Praxisbeispielen

Im Internetportal „Energie-Atlas Bayern“ werden laufend neue und interessante Inhalte für Bürger, Kommunen und Unternehmen präsentiert. Dazu zählt das Mischpult „Energimix Bayern vor Ort“, eine interaktive und kostenlose Anwendung, die Kommunen bei der Energienutzungsplanung unterstützt. Hier kann zwischen dem Mischpult „Strom“ und dem Mischpult „Wärme“ gewählt werden. www.energieatlas.bayern.de/kommunen/mischpult

Das Mischpult ist einfach bedienbar

Mit wenigen Klicks zeigt die Anwendung für ein ausgewähltes Gebiet (Gemeinde, Landkreis, Regierungsbezirk) die aktuelle und künftig mögliche Versorgungssituation mit erneuerbaren Energien. Über Schieberegler können Szenarien für Einsparungen und den dazu passenden Energiemix aus erneuerbaren Energien entworfen werden. Auch die interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden kann simuliert werden und Grundlage für gemeinsame Ideen sein. Damit ist das Mischpult eine erste Orientierung für die Planung einer zukunftsfähigen und effizienten Energienutzung vor Ort.

Mobile Version Kartenteil

In über 200 digitalen Info-Karten, die inzwischen auch unterwegs mit dem Smartphone oder Tablet aufgerufen werden können, sind zahlreiche Daten kombinierbar. Die Themen reichen vom Ausbaustand der Energiewende über erneuerbare Energien bis zu Abwärme, Stromnetze sowie nötige Planungsgrundlagen, z. B. zu Naturschutzgebieten.

Die Sonderfunktionen Recherche, Mischpult und 3D-Analyse von Windrädern sind noch nicht mobil aufrufbar, können aber weiterhin über die Desktop-Version genutzt werden. Erreichbar ist die mobile Version unter:

www.energieatlas.bayern.de/karten-mobil.



Praxisbeispiele

Städte und Gemeinden übernehmen bei der Energiewende und im Klimaschutz unterschiedliche Rollen – sei es als Planer und Regulierer, Verbraucher, Motivatoren und Promotoren und oft auch als Versorger. In den Praxisbeispielen des Energie-Atlas Bayern zeigen Kommunen, Firmen und Privatpersonen, wie sie ihren Energiebedarf gesenkt haben, wie Energieeffizienz Kosten spart und wie erneuerbare Energien sinnvoll genutzt werden. Beim Stöbern in der Datenbank trifft man auf zahlreiche inspirierende Beispiele wie den ersten deutschen Solarparcours in Alzenau, der die Besucher zu über 20 Stationen mit unterschiedlichen Solaranwendungen führt, oder den Energiepark Hirschaid, dem nachhaltigen Veranstaltungszentrum für Messen und Tagungen in der Metropolregion Nürnberg, der seine Gäste innovative Technologien „erleben“ lässt.

Der Wärmeverbund Ingolstadt, Bayerns größtes Projekt zur außerbetrieblichen Nutzung von Abwärme, ist ebenso am Start wie Deutschlands erstes interkommunales Geothermie-Projekt in Aschheim.

Dass eine 100 Jahre alte Bergquellleitung eine Peltonturbine zur Stromerzeugung antreiben kann, zeigt die Kleinwasserkraftanlage in Murnau-Westried – und wie man ein Nahwärmenetz erfolgreich umsetzt, wird am Beispiel des kleinsten Heilbads in Bayern, Bad Alexandersbad, deutlich. ■

Für die umfassenden Aufgaben der Städte und Gemeinden gilt es, die Erfahrung anderer Kommunen zu nutzen und Kontakte zu knüpfen. Deshalb hier der Appell an alle innovativen Kommunen und Unternehmen: Melden Sie gerne neue Beispiele unter:

www.energieatlas.bayern.de/energieatlas/praxisbeispiele.



Energiesparen macht Spaß

Synergie-Festival in Deggendorf



Bild: Tobias Hase

Das Energiesparfestival „Synergie“

Energiesparen muss nicht langweilig sein. Das zeigen die vom Bayerischen Landesamt für Umwelt und vom Wirtschaftsministerium unterstützten Energiesparfestivals „Synergie“, die landauf landab von Aschaffenburg bis Deggendorf und von Traunreut bis Würzburg mit kreativen Workshops, Nachhaltigkeitsmessen und buntem Bühnenprogramm Inspiration und praktische Anregungen für einen neuen Lebensstil bieten.

Die Unterstützung richtet sich an Klimaschutzmanager, Entscheidungsträger und andere Mitarbeiter in bayerischen Kommunen, die selbst ein Energiesparfestival oder eine vergleichbare Veranstaltung umsetzen wollen.

Wie ein solches Energiesparfestival durchgeführt werden kann, welche Kommunen mitmachen können und

welche Unterstützung Sie dabei erhalten, können Sie bei einem Webseminar erfahren.

Das Webseminar findet am 16. September 2020 von 14 Uhr bis 16.30 Uhr statt. Bis zum 14. September können sich Interessenten unter oeoenergie@lfu.bayern.de anmelden. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Daran anknüpfend werden im Oktober 2020 mehrere Themen-Webseminare, unter anderem zur Finanzierung eines kommunalen Events, zur Werbung und zum Eventmanagement, durchgeführt, und ab 2021 teilnehmende Kommunen mit weiteren Leistungen unterstützt. ■

Mehr Informationen zum Energiesparfestival finden sich unter: www.synergie-festival.de.



**Energie für heute
und morgen**

**Mein ÖkoGas –
100% CO₂-neutral**

Echt fair für Ihre Zukunft
erdgas-schwaben.de

 **erdgas
schwaben**
sicher, günstig, nah

Gunnar Braun | Geschäftsführer, VKU Landesgruppe Bayern

Kommunale Unternehmen sind Grundlage für eine nachhaltige Energieversorgung



Gunnar Braun

Unsere kommunalen Unternehmen stellen Tag für Tag die Versorgung der Bevölkerung mit Wärme, Gas und Strom als Teil der Daseinsvorsorge sicher. Verlässlich – selbstverständlich – jedoch keinesfalls als Selbstläufer zeigt sich ihre besondere Verantwortung als Erbringer der verschiedenen Leistungen der Daseinsvorsorge auch in der gegenwärtigen Krisensituation. Zu diesen zählen auch die Versorgung mit Wasser, Internet sowie die Abfall- und Abwasserentsorgung. Gut vorbereitet und anpassungsfähig haben kommunale Unternehmen in der Corona Pandemie ihrer Systemrelevanz Rechnung getragen. Grundlage dafür ist es, dass anstelle von reiner (Kosten-)Effizienz immer auch das Thema Resilienz im Blick behalten wird. Kommunale Infrastrukturen schaffen nicht zuletzt auf diesem Wege Sicherheit. Sie sind stabil und zugleich flexibel, um sich Herausforderungen immer wieder anzunehmen und in den aktuellen Transformationen Bayern am Laufen zu halten.

Dies betrifft insbesondere die Energiewende, die vom politisch geförderten Projekt zum Treiber einer auf erneuerbaren Quellen basierten Energieversorgung gewachsen ist. Die kommunalen Unternehmen sind dabei Vorreiter und Träger der Energiewende vor Ort: Durch den Aufbau einer regionalen Erzeugung aus erneuerbaren Quellen in ihren Strom-, Gas- und Wärmenetzen zeigen sie, wie man diese Transformation managen kann und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleistet. Mit meist gasbasierten, hocheffizienten KWK-Anlagen aller Größen, Konzepten wie Mieterstrom oder PV-Anlagen auf kommunalen Dächern tragen sie aktiv zum Klimaschutz bei. Auch Biomasseanlagen auf Basis von Abfall oder Klärschlamm und Ladeinfrastruktur der Elektromobilität sind hier zu nennen. Teilweise sind Wärmesysteme schon heute auf Geothermie gestützt. In innovativen Projekten betten kommunale Unternehmen Speicherlösungen (Power to Heat, Wasserstoffgewinnung) in die Strom- und Wärmeversorgung ein. Sie vernetzen das Energiesystem spartenübergreifend (Strom, Wärme, Gas, Verkehr) in der sogenannten Sektorenkopplung.

Dieser Umbau des Energiesystems erfordert Investitionen. Sie sind die Grundlage des Erfolgs von morgen. Daher müs-

sen Mittel für Erhalt, Modernisierung und Neubau der kommunalen Infrastrukturen gestärkt werden. Gewinnausschüttungen von heute sind möglicherweise die fehlenden Erträge von morgen. Als Investitionen mitgedacht gehören die Digitalisierung und qualifizierte Fachkräfte für den Wandel des Energiesystems.

Die Stadtwerke arbeiten täglich an dieser digitalen Vernetzung der über zwei Millionen dezentralen Stromerzeugungsanlagen, wie etwa PV-, Windenergie- oder KWK-Anlagen sowohl untereinander als auch mit Energiespeichern oder Smart-Metern. Sektorkopplung in den Wärme- und Verkehrsbereich hinein, wird durch Digitalisierung noch besser möglich. So dient eine bessere Koordination zwischen Angebot und Nachfrage schon in den Verteilnetzen der Versorgungssicherheit, dem Klimaschutz sowie der Ressourceneffizienz. IT-Sicherheit spielt hierfür eine entscheidende Rolle.

Nicht zu vergessen ist, dass die Basis für die Transformationsprozesse in den Kommunen zu Energie, Digitalisierung oder Verkehr immer die Menschen sind: Sie sind Teil der Gesellschaft, die diesen Veränderungsprozess mitträgt und vorantreibt. Sie verlassen sich auf wichtige Institutionen, die Transformationen umzusetzen, allen voran kommunalen Unternehmen, denen in einer Umfrage vom Juni 2020 75% der Deutschen ihr Vertrauen schenken. Sie sind aber auch Mitarbeiter*innen in den kommunalen Unternehmen, wo ihnen eine Schlüsselrolle zukommt. Dort halten sie unsere Infrastrukturen tagtäglich am Laufen und sorgen dafür, dass Wasser, Daten und Strom verlässlich fließen. Kommunale Unternehmen bieten allein in Bayern über 37.000 Menschen sinnstiftende Beschäftigungsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Berufsbildern vor Ort, als Fach- oder Führungskraft, in kaufmännischer oder technischer Funktion. Jede*r Kommunalpolitiker*in tut somit gut daran, sie in ihrer gesamten Breite zu unterstützen. Eine wichtige Aufgabe für unsere neugewählten Politiker*innen. ■

Laden Sie auf unserer Webseite www.vku.de/bayern kostenlos unsere Informationsbroschüre zur Daseinsvorsorge herunter und nehmen Sie am 10. September 2020 an unserem Web-Seminar „Daseinsvorsorge ist kommunale Verantwortung“ teil. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie bei Frau Anne-Sophie Dörnbrack (doernbrack@vku.de).

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN
LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

www.tvbayernlive.de



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern

Erich Maurer | Vorstand der Bayerischen Energieagenturen e.V.
Andreas Scharli | Energiemanager Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland

Wasserstoff – Chance für eine dezentrale Energiewende



Erich Maurer



Andreas Scharli

Der Deutsche Bundestag brachte kürzlich die nationale Wasserstoffstrategie auf den Weg. Selbstverständlich wäre der fachliche Austausch im Rahmen des bayerischen Energie-Forums zu diesem Thema der richtige Rahmen. Sehr zum Bedauern der bayerischen Energieagenturen ist dies heuer nicht möglich.

Die Wasserstoff-Technologie bietet für den Klimaschutz eine sehr große Chance. Die weithin bekannte Technologie der Elektrolyse könnte bereits jetzt für die Speicherung von Lastspitzen im europäischen Stromnetz sorgen. Laut Bundesnetzagentur gab es allein im deutschen Stromnetz im Jahr 2019 insgesamt 211 Stunden mit negativen Preisen im kurzfristigen Stromgroßhandel. Dies alleine reicht derzeit nicht aus, um Elektrolyse-Anlagen wirtschaftlich zu betreiben. „Die Rahmenbedingungen werden sich aber ändern, wenn die Kapazitäten an Erneuerbare-Energien Anlagen zukünftig deutlich ausgebaut werden. Hier spielt der in Bayern durch 10H verhinderte Ausbau der Windenergie eine große Rolle. Regionaler Wasserstoff hat nur eine Chance, wenn Windkraftanlagen wieder zugebaut werden. Eine groß angekündigte bayeri-

sche Wasserstoffinitiative und das Festhalten an 10H passen somit nicht zusammen“, sagt Erich Maurer, Geschäftsführer der Energieagentur Nordbayern.

Die deutsche Wasserstoff-Strategie setzt sehr stark auf den internationalen Handel mit Wasserstoff. Hauptargument dafür ist, dass es weltweit geografisch geeignetere Regionen gibt um regenerative Energien zu erzeugen. Nicht berücksichtigt wird allerdings, dass die Stromwende, so wie sie seit Einführung des EEG im Jahr 2000 in Deutschland vorangetrieben wurde, nur funktioniert, weil vor Ort regionale Wertschöpfung und ein wirtschaftlicher Vorteil geschaffen wird. Mit Verlagerung dieser positiven Aspekte ins Ausland schwindet sicherlich die Dynamik der Energiewende. Auch muss der Transport in die Kosten und Energiebilanz einbezogen werden. Des Weiteren ist zu hinterfragen, ob die Abhängigkeit von Öllieferländern durch die Abhängigkeit von Wasserstoff ersetzt werden soll. Darüber hinaus steht man in einem weltweiten Wettbewerb für die Lieferung dieses Wasserstoffs.

Gerade zum jetzigen Zeitpunkt, wo erste Anlagen aus der EEG-Vergütung herausfallen, wäre eine Strategie wichtig, die zum Erhalt und kostendeckenden Weiterbetrieb der bestehenden Anlagen führt.

Eine derzeit noch nicht so bekannte Produktion von regenerativem Wasserstoff ist die Erzeugung von Wasserstoff aus Biomasse. Als sog. Bio-Wasserstoff lässt sich eine kontinuierlichere und kostengünstigere Produktion von regenerativem Wasserstoff bewerkstelligen. Die effiziente Wandlung zu Bio-H₂ durch Pyrolyse (Vergasung) in Verbindung mit Dampfreformierung sorgt für eine wirtschaftliche Erzeugung. Die unmittelbar anschließende Aufwertung →

Wir suchen Energieprojekte und solche, die es werden wollen: für Wind, PV, Wasser und Speicher.

zu Bio-Methan in Verbindung mit CO₂ aus industriellen Prozessen trägt zur energetischen Nutzung mit größtmöglicher Wertschöpfung bei.

Mit biogenen Reststoffen und organischen Abfällen von Mensch und Tier ließen sich dezentral große Mengen von Wasserstoff erzeugen und dies gerade dort wo die Abfälle entstehen. Die Wasserstoffstrategie kann also mehr leisten als die Abkehr von fossilen Energieträgern. Sie könnte auch zum Aufbau einer dezentralen Versorgungsstruktur beitragen. Die derzeitige Krise zeigt deutlich, dass Abhängigkeiten von beispielsweise Pharma-Rohstoffen schnell zu großen Problemen führen können. Eigene regenerative und nachhaltige Energieversorgung ist langfristig sicherlich ein wirtschaftlicher Vorteil für den Standort Deutschland und leistet einen Beitrag zu gesteigerter Resilienz.

Dass dies nicht nur eine Vision ist, zeigen die bayerischen Energieagenturen. Im Einzugsgebiet der Energiewende Oberland, einem Mitglied des Verbands liefert eine Firma bereits die entsprechende Anlagentechnik dazu. Andreas Scharli, Energiemanager der Organisation legt Wert auf die Marktfähigkeit seiner Empfehlungen: „Es nutzt uns wenig, auf die übernächsten Schritte in der Energiewende zu verweisen, das was jetzt technisch ausgereift ist, kann umgesetzt werden.“ Dies trifft unter anderem auf die Technologie zu, die unter dem Namen Blueflux in Peißenberg, Landkreis Weilheim-Schongau verfügbar ist. Im Norden Bayerns tauscht sich die Energieagentur Nordbayern regelmäßig mit einer Firma aus, die geeignete Speichertechnologie für Wasserstoff vorantreibt.

Die bayerischen Energieagenturen verfolgen mit ihren Zielen selbstverständlich vorrangig den Klimaschutz, gleichzeitig bringt jedoch die Nutzung von Ressourcen vor Ort eine regionale Wertschöpfung mit sich. Mit dem Bezug von Wasserstoff aus allen Kontinenten der Erde werden ähnliche Strukturen bedient, die heute schon die Energiewende erschweren. „Wer die Umsetzung konkreter EE-Projekte vorantreibt, kann über gesetzliche und bürokratische Hürden ein Lied singen. Da ist der Ausweg über den Import von Wasserstoff eine willkommene Strategie, um Konflikte hierzulande zu umgehen“, so Andreas Scharli von der Energiewende Oberland.

Die Bundesregierung sieht bis zum Jahr 2030 in Deutschland Erzeugungsanlagen von bis zu 5 GW vor. Damit können jährlich ca. 14 TWh in Form von grünem Wasserstoff erzeugt werden. Bei einem Primärenergiebedarf von derzeit 3.600 TWh pro Jahr ist diese Dimension für den Klimaschutz noch nicht der Durchbruch, jedoch eine richtungsweisende Entscheidung.

Weiterhin müssen Potenziale der Energieeinsparung sowie aller regenerativen Energieträger verstärkt genutzt werden. Die regionalen Energieagenturen machen sich als neutraler Partner der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern für eine dezentrale Energiewende stark und setzen sich für eine höhere Sanierungsrate von Bestandsgebäuden, für Energieeinsparungen sowie den weiteren Ausbau aller fünf regenerativen Energieträger ein. ■

Weitere Informationen unter:
www.energieagenturen.bayern

Vom Dampfkraftwerk zum modernen Energiestandort | SWM

Die Entwicklung des HKW Süd in München

Am Beispiel des Kraftwerksstandorts Süd in München-Sendling lässt sich der Wandel von der alten zur neuen Energiewelt sehr gut nachvollziehen. Im Laufe der Zeit wurde das Areal immer wieder modernisiert. Derzeit bauen die Stadtwerke München (SWM) es zum Energiestandort Süd um – mit moderner Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung.



Dampfkraftwerk von 1899



HKW Süd 2019



Soll-Zustand

Das Dampfkraftwerk Süd wurde 1899 gebaut und in Betrieb genommen, um den steigenden Strombedarf der Stadt München zu decken. Nachdem zunächst Kohle und später für einige Jahrzehnte auch Müll verbrannt wurde, ist seit den 80er Jahren die klimafreundliche Kraft-Wär-

me-Kopplung (KWK) mit Gas- und Dampfturbinen (GuD) Stand der Technik. Dabei wird die Abwärme in Fernwärme umgewandelt und so gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt. Das erhöht den Anlagennutzungsgrad auf bis zu 90 Prozent. →



Die Zukunft: hocheffizienter und umweltfreundlicher Standort

Visualisierung: SCG Architekten

Der neue Energiestandort Süd

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Die SWM investieren in das Gelingen der Energiewende und bauen das Areal des HKW zum Energiestandort Süd um. Sie modernisieren die beiden GuD-Anlagen und errichten eine Geothermie-Anlage zur regenerativen Wärmezeugung, die 2021 in Betrieb gehen soll. Denn die SWM wollen den Münchner Bedarf an Fernwärme CO₂-neutral decken, überwiegend mit Ökowärme aus Geothermie. Bis ca. 2023 kommt ein Wärmespeicher hinzu, um überschüssige Wärme flexibel nutzen zu können und so den Einsatz der Anlagen zu optimieren.

Ein weiterer Baustein des Klimaengagements der SWM ist der Ausbau von Fernkälte, um individuelle Klimaanlage zu ersetzen. Am Energiestandort Süd errichten sie eine flexible Fernkälteanlage, mit der umweltfreundliche Kälte entweder mithilfe des Wassers aus dem Isarwerkkanal und/oder mit Wärme aus den KWK-Anlagen oder der Geothermie-Anlage bereitgestellt werden kann.

Diese Kombination aus KWK, Geothermie, Wärmespeicher und Fernkälte machen den zukünftigen Energiestandort Süd hocheffizient, umweltfreundlich und flexibel steuerbar – ein gutes Beispiel für den Wandel zur neuen Energiewelt. ■

Stadtwerke
München



Zukunft gemeinsam gestalten

Ihr Partner – Stadtwerke München

- ▶ Kompetenter Netzbetrieb: umweltverträglich und sicher
- ▶ Für die Menschen vor Ort: 100 Prozent kommunal
- ▶ Vernetzte Mobilität
- ▶ Erneuerbare Energien



*Innovative Ansätze für
eine bewährte Technik*

Bild: Matthew Henry auf unsplash

Markus Lieberknecht | Innovation im Übertragungsnetz durch TenneT

Wie die Stromversorgung der Zukunft Gestalt annimmt

Der in Bayern beheimatete Übertragungsnetzbetreiber TenneT spielt eine zentrale Rolle beim Umbau der elektrischen Energieversorgung. Die letzten Kernkraftwerke gehen bis 2022 vom Netz und der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist beschlossen. Dass die Lichter trotz dieses fundamentalen Wandels in der Stromproduktion nicht ausgehen, ist eine der größten Herausforderungen der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts. Inmitten dieses laufenden Prozesses des Umbaus des Energiesystems steht der Bayreuther Netzbetreiber TenneT und zeigt mit innovativen Ansätzen, welches Potenzial der technische Fortschritt für eine seit Jahrzehnten bewährte Technik eröffnet.

Am Anfang steht Oskar von Miller. Mit seinen innovativen Ideen im Bereich der Elektrotechnik und der Stromübertragung setzte er den Grundstein für eine Groß-Stromversorgung Bayerns und war Vorbild für viele weitere Länder. Bis heute kann TenneT 220-kV-Leitungen sicher betreiben, die in den 1920er bis 1940er Jahren gebaut wurden. Im Zuge des Wirtschaftswunders etablierten sich seit den 1960ern dazu die 380-kV-Verbindungen. Die Deutsche Einheit erforderte Ost-West-Verbindungen, um 1995 die beiden deutschen Stromsysteme zu synchronisieren und mit Beginn der 2000er Jahre startete die Energiewende.

TenneT hat aufgrund der Lage seiner Regelzone, die von Schleswig-Holstein bis zur bayerisch-österreichischen Grenze reicht, eine zentrale Rolle im Rahmen der Energiewende. Der Bau neuer Leitungen wie die 2015 fertiggestellte Thüringer Strombrücke und der Ersatzneubau alter Leitungen (z.B. Ostbayernring und Juraleitung) sind wichtige Eckpfeiler, um das bis 2050 gesteckte Ziel, 80 Prozent des Stroms rund um die Uhr aus erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung zu stellen, zu erreichen. Hierzu dienen naturgemäß auch die Erdkabel-Gleichstromverbindungen SuedOstLink und SuedLink, über die der küstennah erzeugte Windstrom direkt nach Bayern gelangt. Mit der Verknüpfung des SuedLinks mit dem bereits im Bau befindlichen NordLink schafft

TenneT sogar eine Verbindung der norwegischen Wasserkraftwerke zum Freistaat.

Und das Bestandsnetz wird mit innovativen Ansätzen verbessert. Seit 2010 werden Leitungsabschnitte dahingehend optimiert, dass diese bei kühler Witterung bis zu 80 Prozent mehr Übertragungskapazität erreichen. TenneT schaffte mit der Etablierung dieses witterungsabhängigen Freileitungsbetriebs in Deutschland echte Pionierarbeit und hat bis heute knapp 45 Prozent seines Netzes dafür ausgelegt.

Mit dem Projekt „Element Eins“ plant TenneT gemeinsam mit Gasunie Deutschland und Thyssengas den Bau einer 100 Megawatt Power-to-Gas-Pilotanlage. An einem Standort, an dem vor allem Windstrom aus der Nordsee gesammelt wird, soll die Anlage grünen Strom in grünes Gas umwandeln, um so neue Speicherpotenziale für erneuerbaren Strom zu erschließen.

Und auch der Heimspeicher hat Potenzial: gemeinsam mit dem Allgäuer Hersteller für Heimspeicher sonnen zeigt TenneT, dass mit der Blockchain vernetzte, dezentrale Heimspeicher das Stromnetz stabilisieren können. Ein weiterer Weg zum Energiesystem von morgen, den Oskar von Miller in seinen kühnsten Träumen sicher nicht zu träumen wagte. ■

erdgas schwaben bietet klimaneutrale Lösungen in der Mobilität an

Mit BioCNG-Mobilität und Ökostrom klappt der GreenDeal

Augsburg. Mit ökologischen Produkten und Dienstleistungen trägt erdgas schwaben dazu bei, dass Autofahrer – ob privat, kommunal und gewerblich – echte nachhaltige Lösungen für die Mobilität in der Region Bayerisch Schwaben bereits heute nutzen können.

Die E-Mobilität von erdgas schwaben

Klimaneutraler Ökostrom aus 100 Prozent Wasserkraft in Kombination mit ausgereiften E-Ladesäulen sind sehr gute Rahmenbedingungen für die Nutzung von lokal emissionsfreier Elektromobilität – auch in ländlichen Regionen. Immer größer ist die Auswahl an attraktiven Modellen – vom preisbewussten Kleinstwagen bis hin zu verschiedenen Oberklasse-Fahrzeugen.

Die CNG-Mobilität von erdgas schwaben – Mit BioCNG ein guter Plan B

Auch Verbrennungsmotoren können heute bereits nahezu klimaneutral unterwegs sein, mit BioCNG aus Reststoffen. Egal ob im PKW, Bus und bei LKW-Nutzfahrzeugen.

erdgas schwaben bietet an seinen CNG-Tankstellen mittlerweile seit Jahren das aus Reststoffen produzierte Biomethan an.

Entscheidend für die langfristig erfolgreiche Umsetzung eines nachhaltigen Fuhrpark-Konzeptes sind die Fahrgenschaften und -profile der eingesetzten Fahrzeuge im PKW-, Bus- und LKW-Bereich. Denn 90 Prozent der täglichen Wege sind meist gleich. Hier gilt es zu analysieren, welcher nachhaltige Antrieb – BioCNG-Mobilität oder E-Mobilität – erfolgreich eingesetzt werden kann. Sprechen Sie mit erdgas schwaben über die nachhaltigsten und sofort umsetzbaren Antriebe. Wir unterstützen und beraten Sie für den GreenDeal im Sektor Mobilität. ■

www.erdgas-schwaben.de



Netzausbau für die Energiewende

TenneT ist einer der führenden Übertragungsnetzbetreiber in Europa. Wir schließen die Offshore-Windparks an unser Netz an und transportieren große Strommengen von Nord nach Süd. Um die Herausforderungen der Energiewende zu bewältigen, entwickeln wir unser Netz ständig weiter und somit auch unser Energiesystem der Zukunft. Dazu gehören neben Netzausbau und -instandhaltung auch Innovationen in unterschiedlichen Bereichen wie zum Beispiel Sektorenkopplung, innovative Systemführung und Vernetzung dezentraler Erzeugungs- und Verbrauchsanlagen.



Erfahren Sie mehr unter
www.tennet.eu



Gesicherte Versorgung mit Holzbrennstoffen



Bild: Jeremy Ricketts auf unsplash



Bild: Mralda auf Pixabay

BayWa Energie Dienstleistungs GmbH

Regenerative Wärme – rundum sorglos

Die mit dem Ziel des Klimaschutzes erforderliche Energie- und Wärmewende zählt zu den großen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Während bei der elektrischen Energie der erneuerbare Anteil in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist, gibt es im Wärmemarkt noch einen sehr starken Nachholbedarf.

Viele öffentliche Gebäude werden bereits mit Ökostrom versorgt oder produzieren über Photovoltaikanlagen auf den Dächern selbst erneuerbaren Strom. Die Umstellung der Wärmeerzeugung ist in der Regel individuell zu prüfen und zu planen. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH unterstützt ihre Kunden seit Jahren durch Contracting-

Angebote bei der Umstellung auf Wärmeerzeugung mit nachwachsenden Brennstoffen. Dabei plant, errichtet und betreibt die Gesellschaft Wärmeanlagen zur schlüsselfertigen Lieferung von Wärme für Raumheizung und Warmwasserbereitung und hält diese auch instand. Bei der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH werden heute bereits über 80 Prozent der Wärme aus regenerativen Brennstoffen wie Holzpellets oder Holzhackschnitzel bereitgestellt. Dabei reicht die Bandbreite von der Versorgung einzelner Gebäude durch Einzelkesselanlagen bis hin zu Biomasseheizwerken mit angeschlossenen Nahwärmenetzen. Letztere kommen in vielen Fällen nicht nur der kommunalen Kundschaft zu Gute, sondern häufig auch den privaten oder gewerblichen Anliegern im Bereich der Nahwärme.

Eine durch eigene Lager gesicherte Versorgung mit Holzbrennstoffen und ein eigenes Serviceteam gewährleisten einen zuverlässigen und für die Kunden sorgenfreien Betrieb. Die Gesellschaft steht auch den kommunalen Kunden zur Seite, die in Eigenregie eine Hackschnitzelheizung errichtet haben und zukünftig professionell betreiben lassen möchten oder mit Brennstoff versorgen lassen wollen.

Dabei bietet die Gesellschaft für Holzhackschnitzelkessel bis etwa 800 kW Premium-Hackschnitzel an, die nach der anspruchsvollen Qualitäts-Norm ENplus A1 zertifiziert sind. Diesen Holzbrennstoff stellt die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH durch Sieben und Trocknen von Waldrestholz selbst her. Diese Premium-Hackschnitzel zeichnen sich nach der technischen Trocknung durch einen sehr geringen Wassergehalt aus. Sand, Staub und Erde sowie übergroße Partikel werden zuverlässig ausgesiebt.

Im Gegensatz zu den sonst oft heterogenen Waldhackschnitzeln ist das Ergebnis ein Qualitätsprodukt mit konstanten, hochwertigen Eigenschaften, wie z.B. einem hohen Heizwert und einer stabilen Lagerfähigkeit. Das Produkt muss nicht nach der sonst üblichen Volumeneinheit „Schüttraummetter“ abgerechnet werden, die für Kunden schwer nachvollziehbar ist. Das Produkt kann entweder nach dem auf geeichten Waagen ermittelten Liefergewicht abgerechnet werden oder nach der Wärmemenge, die an einem geeichten Wärmemengenzähler nach dem Kessel gemessen wird. Damit bezahlen die Kunden dann nach der tatsächlich erzeugten Wärmeenergie ihre Hackschnitzel. Dieses transparente Abrechnungsverfahren wird von immer mehr Kunden gerne in Anspruch genommen. ■

BayWa

**BayWa macht fit für
die Wärmewende.**
Wärme-Contracting:
maximal Grün.

Als „Grüner Contractor“ setzen wir auf Wärmeversorgungen mit nachwachsenden Brennstoffen. Als Betreiber übernehmen wir die Verantwortung für die CO₂-Neutralität.

 +
  +
  = Wärme-Contracting
 Heizanlage Brennstoff Service



Informationen unter
www.baywa-edl.de
und 089 9222-2841.



Bleiben Sie gesund!

Terminhinweis

13. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

24.06.2021

Bürgerhaus Garching bei München

www.bayerisches-energieforum.de

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 15-16/2020 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel,
Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg



Sanierungsprojekt der Stadt
Amberg: Denkmalgeschütztes
kurfürstliches Wagenhaus

Sanieren Sie auch denkmalgeschützte Gebäude mit 0% Zinsen!

**Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit
Kommunal Bayern.**

Wir unterstützen Sie bei der Finanzierung der energetischen Sanierung von Gebäuden mit und ohne Denkmalschutz und dem energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre plus Tilgungszuschüssen (Stand 30.06.2020). Informieren Sie sich jetzt unter ► bayernlabo.de oder über unsere Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB

 **Bayern Labo**



Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern



Alle Beiträge dieses Sonderdrucks sowie die Vorträge früherer Veranstaltungen stehen zum Download im GZ-Netzwerk zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern an und treten Sie der Gruppe „Energie“ bei.

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:



BAYERISCHES
INFRASTRUKTUR
FORUM



BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM



BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM



BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM